Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einhundertzweiundvierzigste öffentliche Sitzung

Nr. 142

Mittwoch, den 8. Februar 1950

V. Band

	Seite		Seite
Geschäftliches	650, 675, 678, 680, 690	Mündliche Berichte zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten	
Eintritt des Erbkammern Michael Helmerich	650	a) des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 3279)	
Konstituierung des Grenzlandausschusses	650	b) des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 3324)	
Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. Ehard betr. Rücktritt des Staatsministers der Finanzen Dr. Kraus	650	Donsberger (CSU) [Berichterstatter]	675
Neuwahl		Zillibiller (CSU) [Berichterstatter]	676
a) des Landtagspräsidenten		Mündliche Berichte zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen	
b) eines Schriftführers		a) des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 3280)	
Dr. Hundhammer (CSU)	650	b) des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 3325)	
Bezdold Otto (FDP) [zur Geschäftsordnung]	650	Donsberger (CSU) [Berichterstatter]	677
Ergebnis der Wahl des Präsidenten	651	Zillibiller (CSU) [Berichterstatter]	678
Dr. Stang (CSU)	651	Mündliche Berichte zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hille und Genossen betr. Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen	
Glückwünsche des Vizepräsidenten Hagen	651	a) des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 3316)	
Ansprache des Präsidenten Dr. Stang	651	b) des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 3327)	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VII) — Beilage 2773 — (Fortsetzung der Beratung)		Trepte (CSU) [Berichterstatter]	678
Staatsminister Dr. Seidel	653	Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VII) — Beilage 2773 — (Fortsetzung der Beratung)	
Geschäftliche Behandlung des Antrags Dr. Korff und Fraktion betr. Vorlage der für die Schulreform notwendigen Gesetze (Beilage 3343)	665	Dr. Bed (SPD) [zur Geschäftsordnung]	681
(Die Sitzung wird unterbrochen.)		Dr. Bed (SPD)	681
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Beschluß des Senats vom 25. Januar 1950 zum Vierten Gesetz über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates (Beilage 3326)		Dr. Kroll (CSU)	685
Schefbeck (CSU) [Berichterstatter]	666	Ministerpräsident Dr. Ehard [zur Geschäftsordnung]	690
Stod (SPD)	666, 671	Stod (SPD) [zur Geschäftsordnung]	690
Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]	668	Nächste Sitzung	690
Staatsminister Dr. Seidel	668		
Bodesheim (FDP) [zur Geschäftsordnung]	669		
Brechtl (CSU)	669		
Weidner (FDP)	670		
Dr. Kief (FDP)	671		
Schefbeck (CSU) [zur Geschäftsordnung]	672, 673		
Bodesheim (FDP)	672		
Dr. Hille (SPD)	673		
Dr. Lacherbauer (CSU) [zur Abstimmung]	674		

Die Sitzung wird um 9 Uhr 14 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Ich eröffne die 142. Sitzung des Bayerischen Landtags.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Bickler, Brunner, Endemann, Dr. Franke, Gräßler, Haas, Dr. Kroth, Lau, Piehler, Dr. Rindt, Sauer.

Das Haus hatte dem Abgeordneten Dr. Franke in der Sitzung vom 20. Juli 1949 einen Auslandsurlaub von drei Monaten bewilligt. Der Urlaub konnte damals nicht angetreten werden. Abgeordneter Dr. Franke teilt mit, daß jetzt die Möglichkeit dazu besteht, und bittet um entsprechenden Urlaub. Ich schlage dem Haus vor, ihm Urlaub bis einschließlich 30. April 1950 zu bewilligen. — Es erhebt sich kein Widerspruch, der Urlaub ist genehmigt.

Neu eingetreten ist der Abgeordnete Michael Helmerich. Ich heiße ihn herzlich willkommen und bitte ihn, sich an unseren Arbeiten recht rege zu beteiligen.

(Beifall.)

Der Grenzland-Ausschuß hat sich gestern konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Kief, zum stellvertretenden Vorsitzenden Abgeordneter Freundl, zum Schriftführer Abgeordneter Witom gewählt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe auf:

Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten über den Rücktritt des Herrn Staatsministers der Finanzen Dr. Kraus.

Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

München, 6. Februar 1950

Der Bayerische
Ministerpräsident

An den
Präsidenten des Bayerischen Landtages,
München

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beehre mich mitzuteilen, daß Herr Staatsminister Dr. Kraus mich mit Schreiben vom 3. Februar 1950 gebeten hat, im Hinblick auf sein vorgerücktes Lebensalter und seine gesundheitlichen Verhältnisse seine Enthebung vom Amte des Staatsministers der Finanzen zu verfügen. Herr Staatsminister Dr. Kraus bezieht sich hierbei auf seine bereits am 29. Dezember vorigen Jahres vorgebrachte mündliche Bitte.

Ich bin bereit, dem Wunsche des Herrn Staatsministers Rechnung zu tragen, und bitte die Zustimmung des Landtages zur Entlassung herbeizuführen.

Bis zur Ernennung eines Nachfolgers werde ich vorübergehend das Staatsministerium der Finanzen selbst übernehmen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung!

(gez.) Dr. Hans Ehard
Bayerischer Ministerpräsident.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die der Entlassung des Staatsministers der Finanzen zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um

die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß das Haus dem Ausscheiden des Herrn Staatsministers der Finanzen Dr. Kraus zugestimmt hat.

Das Haus nimmt weiter davon Kenntnis, daß bis zur Ernennung eines Nachfolgers der Ministerpräsident das Staatsministerium der Finanzen selbst übernehmen wird.

Ich rufe den zweiten Punkt der Tagesordnung auf:

Neuwahl a) des Landtagspräsidenten

b) eines Schriftführers.

Nach § 23 unserer Geschäftsordnung müssen die Mitglieder des Präsidiums in geheimer Wahl bestellt werden. Nach der meines Wissens ununterbrochenen Übung schon des alten und auch des jetzigen Landtags wurde der Präsident des Hauses in geheimer Wahl gewählt, die übrigen Mitglieder des Präsidiums durch Zurf. Es wurde also schon bisher immer der § 98 der Geschäftsordnung angewendet, wonach im Einzelfall durch Beschluß des Landtags von der Geschäftsordnung abgewichen werden kann, wenn nicht eine Fraktion oder mindestens 15 Mitglieder widersprechen.

Ich schlage dem Hause vor, den Präsidenten, wie bisher, in geheimer Wahl zu wählen, den Schriftführer durch Zurf. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß so beschlossen ist.

Ich bitte nun um Vorschläge für die Wahl des Präsidenten. — Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer.

Dr. Hundhammer (CSU): Die Fraktion der Christlich-Sozialen Union schlägt dem hohen Hause vor, als Präsidenten das Mitglied des Hauses, Herrn Abgeordneten Dr. Stang, zu wählen. Abgeordneter Dr. Stang war Präsident des Bayerischen Landtags vor 1933. Er war auch Vorsitzender des im Jahre 1945 vom damaligen Ministerpräsidenten berufenen Beratenden Landesausschusses. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß seine Person das Vertrauen aller Fraktionen für dieses Amt entgegennehmen darf.

(Allgemeiner Beifall.)

I. Vizepräsident: Weitere Vorschläge liegen nicht vor. Wir schreiten zur Abstimmung. § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung bestimmt hierzu:

Für geheime Wahlen werden verdeckte Stimmzettel verwendet, die im Beisein des Stimmberechtigten vom Schriftführer in eine Urne gelegt werden.

Ich bitte die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Zehner, den Namensaufruf vorzunehmen. Die Stimmzettel nimmt der Herr Abgeordnete Kiene entgegen. Ich bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf.)

Das Alphabet wird wiederholt.

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Resultat wird nun von den Schriftführern Kiene und Frau Zehner festgestellt.

Ich schlage dem Hause weiter vor, gleich die Neuwahl eines Schriftführers zu erledigen.

(Bezold Otto: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Bezold das Wort.

Bezold Otto (FDP): Ich möchte auf § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung hinweisen, der lautet:

Der Landtagspräsident, seine zwei Stellvertreter und die vier Schriftführer werden vom Landtag für seine Wahldauer in gesonderten Wahlgängen gewählt.

Ich sehe keinen Grund, einen neuen Schriftführer zu wählen, und bitte, diese Wahl von der Tagesordnung abzuheben.

I. Vizepräsident: Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen; demzufolge ist so beschlossen.

(Abg. Stod: Gegen die Geschäftsordnung kann ja keiner ankommen.)

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

Es wurden abgegeben 140 Stimmen. Davon entfallen auf Dr. Stang 118 Stimmen,

(Lauter Beifall auf allen Seiten des Hauses)
auf Dr. Sacherbauer 7, Schefbeck 2, Vogl 1,
(Heiterkeit)

Trettenbach 6, Dr. Winkler 1 Stimme; Enthaltungen 5.

Der Abgeordnete Dr. Stang ist damit zum Präsidenten des Hauses gewählt.

(Erneuter allgemeiner Beifall und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses.)

Ich frage Herrn Abgeordneten Dr. Stang, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Stang (CSU): Ich nehme die Wahl an.

I. Vizepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Namens des Hauses spreche ich Ihnen zu Ihrer Wahl zum Präsidenten des Landtags die herzlichsten Glückwünsche aus. Die Wahl zeigt Ihnen, daß Sie das vollste Vertrauen des Landtags besitzen. Das mag Sie mit großer Freude erfüllen. Ausgestattet mit den besten geistigen Fähigkeiten, reich an Erfahrungen, gesammelt in einem langen erfolgreichen parlamentarischen Leben, ausgekehrt den Verfolgungen des Dritten Reichs, das nicht davor zurückschreckte, Sie den Leiden des RZ Dachau auszusetzen, erfüllen Sie alle Voraussetzungen für dieses hohe Amt. Möge Ihnen Kraft und Gesundheit erhalten bleiben, damit Sie Ihr Amt recht lange ausüben können zum Segen unseres Volkes und Vaterlandes!

(Bravo! und Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses.)

Ich bitte den Herrn Präsidenten Dr. Stang, sein Amt anzutreten.

Präsident Dr. Stang: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der soeben vollzogene Wahlakt, der mich in meinem langen, fast über vier Jahrzehnte sich erstreckenden politischen und parlamentarischen Leben zum vierten Mal zur Würde und zur Bürde des Präsidenten des Bayerischen Landtags beruft, ist ein mich ehrender und erfreuender Beweis der Gewogenheit und des Vertrauens dieses hohen Hauses. Ich bin mir der verpflichtenden Kraft wohl bewußt, die in dem Ruf zu diesem hohen Amt umschlossen ist. Dieser Vertrauensbeweis umschließt eine doppelte Verpflichtung: eine Verpflichtung des Dankes gegen alle jene, die mit so überwältigender Mehrheit mir diesen Vertrauensbeweis gegeben haben, und eine Verpflichtung

zu dem redlichen und ernstesten Willen, diesem Vertrauen gerecht zu werden.

Ich stelle an die Spitze meiner kurzen einleitenden Ausführungen das Bekenntnis der Treue zur Verfassung des bayerischen Staates und der Treue zu den verfassungsähnlichen Gesetzen, die der Landtag in seiner Geschäftsordnung sich selbst gegeben hat. Ich habe den ernstesten Willen, nach den Grundsätzen unheirbarer Gerechtigkeit und strenger Objektivität meines Amtes zu walten, aber auch mit Güte und Wohlwollen, mit der ganzen Natur, die mir eigen und die keine polemische, sondern eine irenische ist, meinen Amtspflichten gerecht zu werden. Die Objektivität und die Gerechtigkeit gegen alle in diesem Hause bedingen nicht etwa, daß ich meine politische Überzeugung für die Dauer meiner Präsidentenzeit auf die Seite stelle. Es kann nicht sein, daß der Mann, der auf dem Präsidentenstuhl sitzt, als eine des politischen Charakters bare und gewissermaßen politisch farblose Persönlichkeit seine Geschäfte führt.

Politische Überzeugungstreue und Objektivität und Gerechtigkeit gegen alle sind keine sich ausschließenden Begriffe. Ich bitte alle verehrten Kollegen und Kolleginnen, unter denen — das wußte ich ja — ich kaum einen Feind habe und hatte, mit mir zusammenzuarbeiten, um mir die Führung meines Amtes zu erleichtern. Ich erbitte und erhoffe auch von der Staatsregierung ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit dem Präsidenten dieses Hauses und mit dem ganzen Bayerischen Landtag.

Meine Damen und Herren! Wenn ich mein Amt antrete, so soll es mir eine erste ritterliche Pflicht sein, ein Wort aufrichtigen und herzlichen Dankes zu widmen dem Manne, der lange Jahre hindurch mein Kollege in diesem Hause, der im RZ in Dachau mein Schicksalsgenosse und der mein Nachfolger wie zugleich mein Vorgänger im Amte war, dem verehrten Dr. Michael Horlacher. Sein Name ist aufs engste verknüpft nicht nur mit der Baugeschichte der Parlamentsräume, in denen wir tagen, sondern auch mit der Geschichte der jungen deutschen Demokratie auf bayerischem Boden, die aus den von der Tyrannis, der Willkür und der Diktatur hinterlassenen Trümmern der Vergangenheit kraftvoll, zukunftsgläubig und hoffnungsfroh emporstieg, den Weg zum Lichte sich bahnte und in Verfassung und Parlament die Grundlagen und die Stützen für den Bau eines neuen Rechtsstaates schuf.

In der Verfassungsgebenden Landesversammlung, die in den Sommermonaten des Jahres 1946 tagte und der Bauhof für die Errichtung des neuen, durch die spätere Volksabstimmung gebilligten Verfassungsbaues war, wie auch in dem am 1. Dezember 1946 neu gewählten Landtag hat Dr. Michael Horlacher als Präsident dreieinhalb Jahre mit Gewandtheit und Zielklarheit, mit Tatkraft und Umsicht, mit Güte, Humor und Gerechtigkeit seines Amtes gewaltet. Wenn er nun aus diesem Hause als Abgeordneter und damit auch aus seinem Amte als Präsident ausgeschieden ist, um dem weitgespannten Tätigkeitsfeld als Bundestagsabgeordneter in ungeschmälerter und ungeteilter Arbeitskraft sich zuzuwenden, so begleiten ihn auf dem Wege nach Bonn unsere besten Wünsche, die vor allem dahin gehen, daß der reiche Schatz seines politischen und

(Präsident Dr. Stang)

wirtschaftlichen Wissens dort fruchtbar gemacht werde für das Wohl unseres deutschen Volkes und insbesondere auch für das Wohl unserer bayerischen Heimat.

(Beifall.)

Ich darf aber mit diesem Ausdruck dankbarer Gesinnung für Dr. Michael Horlacher auch ein Wort dankender Anerkennung an seine beiden Stellvertreter, die Herren Vizepräsidenten Georg Hagen und Konrad Kühler, verbinden, die bei der Verhinderung des Präsidenten vollwertig die Lücke füllten. Ich darf sie bitten, auch mir als dem neugewählten Präsidenten dieses Hauses ihre wertvolle, nicht etwa bloß in der Geschäftsordnung wurzelnde und pflichtgemäße, sondern mehr mit freundschaftlicher und kollegialer Gesinnung bemessene Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Meine Damen und Herren! Der Aufgabekreis des Präsidenten des Landtags ist in § 11 unserer Geschäftsordnung umrissen:

Der Präsident führt die Geschäfte des Landtags. Er vertritt den Landtag nach außen sowie den Staat in allen Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten der von ihm geführten Hausverwaltung, übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Landtagsgebäude aus, verfügt über die Einnahmen und Ausgaben des Hauses und regelt auf Grund der Beschlüsse des Präsidiums die Dienstverhältnisse der Beamten und Hilfskräfte des Landtags. Ihm obliegt die Leitung der Sitzungen und die Handhabung der Ordnung.

Ich habe gleich beim Beginn meiner Tätigkeit eine herzliche Bitte und einen dringenden Wunsch an alle Kollegen und Kolleginnen dieses Hauses, nämlich daß sie sich trotz aller trennenden Schranken politischer Meinungsgegensätze zu sachlicher Arbeit zusammenfinden. Mag sich auch an der einen oder anderen Frage politische Leidenschaft und Kampfesstimmung entzünden, es soll doch mehr ein edler Wettstreit sein in dem Bestreben, das Beste für das Volk zu tun, als ein von rein agitatorischen Bedürfnissen bestimmter Hader. Vor allem soll die Wahrung der Würde dieses Hauses uns verpflichtendes Gebot sein.

Meine Damen und Herren! Das Parlament ist die bedeutsamste Ausdrucksform der Demokratie und das einflußreichste Organ des demokratischen Lebens. Es heißt die Demokratie schützen, wenn Sie die Würde des Hauses und nicht bloß die Rechte des Hauses wahren.

(Sehr gut! Sehr richtig!)

Das Parlament und seine Haltung ist der beste Wertmesser für die Demokratie und die sicherste Gewähr für ihre Einwurzelung im Bewußtsein des Volkes. Das Wort des Dichters kann zweckbestimmt auch für unsere Arbeit und für unsere Haltung in diesem Haus abgewandelt werden: „Des Volkes Würde ist in Eure Hand gegeben; bewahret sie!“

Meine Damen und Herren! Wir haben aber auf die Würde des Hauses und auf eine fruchtbare Arbeit, die sich von persönlichen Gehässigkeiten fernhält, wenn sie auch von edlen Leidenschaften bewegt wird, besonders deshalb zu achten, weil eine solche Haltung des Landtags der wirksamste schützende Schild ist

gegen alle Totengräber der demokratischen Freiheit und des demokratischen Rechts. Gegen sie wollen wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen, um eine Wiederkehr der Diktatur zu verhüten, gleichviel welchen Vorzeichens sie sein mag.

(Allgemeiner Beifall.)

Wir wenden uns in dieser Stunde mit Teilnahme geistig hinüber zu den Brüdern der Ostzone, zu jenen Gebieten, in denen die aufrechte politische Überzeugung in Fesseln geschlagen und geknebelt werden soll, um auf dem Wege einer Einheitsliste den wahren Willensausdruck des Volkes zu unterbinden und zu verhindern und so eine neue Knechtschaft herbeizuführen. Wir grüßen unsere Brüder im Osten und bringen unsere Sehnsucht zum Ausdruck, daß bald der Tag kommen möge, wo die trennenden Dämme beseitigt werden und wieder ein einiges großes deutsches Vaterland ersteht.

(Beifall.)

Ich glaube aber auch Anlaß zu haben und berechtigt zu sein, bei diesen meinen Eröffnungsworten meinen Blick hinüber zu wenden an die Saar und unsere deutschen Brüder dort zu grüßen und mit besonderer Herzlichkeit vor allem auch der Pfalz zu gedenken,

(Laute Bravorufe)

mit dem glühenden Wunsche, daß das, was Jahrhunderte verbunden war, auch eines Tages wieder verbunden sein wird.

Reich und vielgestaltig ist das Arbeitsfeld des Bayerischen Landtags, das er bis zu dem durch die Verfassung bedingten Ende seiner Lebensdauer noch zu bestellen hat. Es kann nicht meine Aufgabe sein und es würde den Rahmen meiner Einführungsdarlegungen sprengen, wollte ich jetzt all diese Aufgaben und Probleme aufzeigen. Es ist mir vor allem eine ernste Sorge, daß der Haushaltsplan des Jahres 1949 möglichst bald seine Erledigung findet.

(Sehr gut!)

Wenn ich als Vorsitzender des Haushaltsausschusses bisher häufig, freilich nicht immer erfolgreich, gemahnt habe, die Verhandlungen zu kürzen, so muß ich als Präsident mit besonderem Nachdruck diese Mahnung wiederholen und die Fraktionen bitten, auch ihrerseits auf eine Beschränkung der Redetätigkeit im Ausschuß wie im Plenum hinzuwirken.

(Sehr richtig!)

Es geht nicht an, daß der Haushalt, der freilich infolge Verkettung verschiedener unglücklicher Umstände uns erst verspätet vorgelegt werden konnte, so spät erst, fast am Ende des Rechnungsjahrs, seinen Abschluß findet. Wenn es überhaupt gelingen soll, ihn bis zum Ende des Rechnungsjahrs abzuschließen, dann ist beschleunigte Arbeit im Ausschuß wie im Plenum das Gebot der Stunde.

Wenn ich von den drängenden Problemen, die uns beschäftigen, nur einige in Ihr Blickfeld rücken darf, so ist es zunächst die furchtbare Sorge um die stets wachsende Arbeitslosigkeit, die in Bayern bereits über eine halbe Million emporgewachsen ist. Es ist die Sorge um den Lehrplatz- und Arbeitsplatzmangel unserer Jugend, die unter dieser Not in den schwersten moralischen und wirtschaftlichen Gefahren steht, die Sorge um unsere hilfsbedürftigen, schwer-

(Präsident Dr. Stang)

geprüften Heimkehrer und Ausgebombten, schließlich ist es die Sorge um unsere Heimatvertriebenen; denn mit der manchmal recht dürftigen Unterbringung unserer Flüchtlinge ist es nicht getan, sondern das schwierigste Problem ist die Existenzbeschaffung für die Millionen, die, durch brutale Gewalt von ihrem Heimatboden vertrieben, zu uns gekommen sind.

Ich darf auch noch darauf hinweisen, daß es gilt, bei uns in Bayern entsprechend der großen Tradition unseres bayerischen Staates die Kulturpflege in jenen Bahnen zu halten beziehungsweise in noch bessere Bahnen hinüberzuführen. Dies liegt im Interesse der Kultur im allgemeinen und ist im Hinblick auf das Ansehen unseres Kulturstaates Bayern eine gebieterische Notwendigkeit.

(Beifall.)

Ich glaube, in dieser Stunde aber auch ein warnendes Wort aussprechen zu dürfen. Man versuche nicht, in die uns verbliebene Rechtsphäre eigenständigen Lebens auf dem Gebiet der Kulturpflege einzubrechen, wie manche Anzeichen der letzten Zeit es vermuten lassen.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Hundhammer.)

Ich habe damit nur einige der Probleme genannt, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Ich wünsche dieser Arbeit des Landtags ein volles Maß gottgesegneten Erfolges.

So trete ich denn, meine Damen und Herren, mein neues Amt an im Vertrauen auf Gottes Hilfe, im Vertrauen auch auf Ihre verständnisvolle Mitarbeit. Für mich als Präsident und für Sie alle soll der wegweisende und richtunggebende Leitstern und das oberste Gesetz sein das öffentliche Wohl, das Wohl unserer bayerischen Heimat, das Wohl unseres gesamten deutschen Volkes.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Wir treten nun in die Beratung der zur Behandlung stehenden Gegenstände ein. Wir stehen noch bei der Beratung des

Haushalts des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VII) — Beilage 2773 —

Der Herr Staatsminister für Wirtschaft Dr. Seidel setzt seine gestern unterbrochene Rede fort. Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Seidel: Meine Damen und Herren!

Der gestern von mir umrissene Aufgabekreis der Landeswirtschaftsverwaltung ergab sich aus der Notwendigkeit, die Wirtschaft in gewissen Teilbereichen nach wie vor zu überwachen und zu lenken, wobei uns die Aufgaben durch das Vorhandensein von Mangelerscheinungen und gesetzlichen Bestimmungen oder durch Weisungen der Besatzungsmacht gesetzt sind.

Erlauben Sie mir nun, über einen zweiten Tätigkeitsbereich zu berichten, in dem mein Ministerium der Wirtschaft unter dem übergeordneten Gesichtspunkt

einer laufenden Betreuung dient. Die Betreuung der Wirtschaft kann man wohl als die klassische Aufgabe eines Wirtschaftsministeriums bezeichnen; sie ist so alt wie die Wirtschaftsverwaltung selbst.

In der Art und im Umfang der Betreuung wird man besonderes Augenmerk auf die wirtschaftliche Struktur eines Landes richten müssen. Bayern, das in seiner Wirtschaftsstruktur in stärkerem Maße als die anderen westdeutschen Länder mittelständisch orientiert ist, wird dabei besonderes Gewicht auf die Betreuung des mittleren und Kleingewerbes, insbesondere des Handwerks legen müssen. Bayern besitzt gerade in der großen Zahl der selbstständigen Klein- und Mittelbetriebe mit ihrer Vielfalt von Berufszweigen ein nicht zu unterschätzendes Positivum für die wirtschaftliche Stärke und das konjunkturelle Gleichgewicht des Landes. Es liegt daher im unmittelbaren Interesse des Staates, dem Handwerk seine volle Unterstützung und Fürsorge zukommen zu lassen. Ich habe deshalb in meinem Ministerium eine eigene Handwerksabteilung eingerichtet. Die Tätigkeit der Handwerksabteilung ist, in enger Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Handwerksforschung, vor allem auf die Förderung des Handwerks in seinen einzelnen Zweigen, sowie auf die Betreuung seiner Berufsorganisationen gerichtet.

Manche Sorgen haben uns in letzter Zeit die Direktiven der Militärregierung über die Wirtschaftsorganisationen und die Einführung der unbeschränkten Gewerbefreiheit bereitet. Dank starker Bemühungen ist es — im Gegensatz zu anderen Ländern — wenigstens gelungen, hierbei größere Schwierigkeiten und ungünstige Rückwirkungen auf die Handwerkswirtschaft zu vermeiden. Der kleine Befähigungsnachweis konnte erhalten bleiben, und eine Reihe von Handwerkszweigen wurde als zulassungspflichtig erklärt. Unsere Bemühungen gehen weiter darum, den Nachweis der fachlichen Eignung bei der Eröffnung eines zulassungspflichtigen Handwerksbetriebs wieder von der Meisterprüfung abhängig zu machen. Vor allen Dingen ist es gelungen, die grundsätzlichen Fragen des Handwerksrechts vorläufig noch in der Schwebe zu halten und damit eine endgültige Regelung der Handwerksgesetzgebung nicht in einer Zeit zu verbauen, in der die deutsche Gesetzgebung noch nicht ihre volle Entscheidungsfreiheit besaß.

Eine weitere Sorge bereitete uns die Kreditnot des bayerischen Handwerks. Bei der außergewöhnlichen Kapitalknappheit unserer Wirtschaft bestand die Gefahr, daß bei der Vordringlichkeit zahlreicher großer Wirtschaftsprojekte für Klein- und Mittelbetriebe keinerlei Kreditmittel mehr übrig blieben. Es ist von meinem Ministerium nichts versäumt worden, um sowohl aus den beschränkten bayerischen Mitteln, wie den ERP-Gegenwerten und dem allgemeinen Kapitalmarkt Kredite für das Handwerk bereitzustellen. Auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die einer Berücksichtigung des Handwerks bei der Gewährung von Krediten aus den Gegenwertfonds entgegenstehen, habe ich in der Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Brechtl am 13. Oktober bereits hingewiesen.

Besonderes Augenmerk richtet die Handwerksabteilung meines Ministeriums auf die Förderung des handwerklichen Exports. Die einzelnen

(Staatsminister Dr. Seidel)

Handwerker sind im allgemeinen nicht in der Lage, sich Außenhandelsfachkräfte zu leisten, sich Kenntnisse über die ausländischen Märkte zu beschaffen und durch Werbung auf den Auslandsmärkten in Erscheinung zu treten. Durch die Errichtung von Exportförderungsstellen bei den Handwerkskammern, die auf Anregungen meines Ministeriums zurückgeht, und durch finanzielle Unterstützung des Staates bei besonders wichtigen Exportförderungsmaßnahmen, z. B. für die Beteiligung des Handwerks bei ausländischen Messen, sind Erleichterungen für den Handwerkerexport geschaffen worden. Die auf Initiative des bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft zustandgekommene Deutsche Handwerksmesse München 1949, die auf Grund ihres außerordentlichen Erfolges nunmehr jedes Jahr stattfinden soll, hat sich ebenfalls als fruchtbares Mittel für die Wiederherstellung des Rufes deutscher handwerklicher Erzeugnisse im Ausland erwiesen.

Neben einer Reihe von anderen Maßnahmen zur Betreuung des Handwerks, z. B. gegen die Schwarzarbeit oder zur Regelung der Verteilung von Staatsaufträgen, wird vom Ministerium der Berufs-ausbildung besondere Sorgfalt gewidmet. Der Krieg hat gerade auf diesem Gebiet großen Schaden angerichtet. Es ist daher notwendig, alle Möglichkeiten der beruflichen Nachwuchs-förderung auf das nachhaltigste, auch durch Zurverfügungstellung staatlicher Mittel, zu unterstützen.

Auch der wissenschaftlichen Pflege und Förderung des Handwerks muß in enger Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen des Handwerks besondere Beachtung geschenkt werden.

Das Handwerk hat nicht nur die Wirkungen des Kriegs überstanden, auch die Zahl der Handwerksbetriebe hat eine Zunahme von 18,3 Prozent und die Zahl der Beschäftigten eine Zunahme von 22 Prozent gegenüber 1939 erfahren. Ohne Überheblichkeit glaube ich sagen zu dürfen, daß dies nicht zuletzt auf die Unterstützung zurückzuführen ist, die mein Ministerium dem Handwerk zuteil werden ließ.

Auch die Betreuung des Handels liegt dem bayerischen Wirtschaftsministerium am Herzen, da die Verteilungsfunktion des Handels eine ebenso produktive und wichtige Aufgabe innerhalb des gesamten Wirtschaftsprozesses ist wie die Erzeugung. Seit der Währungsreform sind gegen den Handel manche Vorwürfe erhoben worden. Wenn sie auch im einzelnen berechtigt gewesen sein mögen, so können wir im großen und ganzen doch sagen, daß sich der bayerische Handel seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe bewußt blieb. Der Beweis für diese Behauptung liegt in der Tatsache, daß in Bayern das Preisniveau etwas tiefer gehalten werden konnte als in anderen westdeutschen Gebieten. Er liegt weiterhin in der Tatsache, daß seit Dezember 1948 der Preisabbau im Bereich des Einzelhandels bedeutend stärker als beim Produzenten war. Er liegt schließlich in der Tatsache, daß zum Beispiel der Textilhandel während der rund zwei Wochen anhaltenden Kaufwelle anlässlich der D-Mark-Abwertung seine Preise nicht erhöht hat. Es wird — in Vereinbarung mit der Industrie — angestrebt, die erhöhten Rohstoffpreise zu je einem Fünftel auf Spinner, Weber, Ausrüster, Groß- und Kleinhandel zu verteilen.

Damit besteht begründete Aussicht, daß die Importverteuerung der Textilrohstoffe aufgefangen und eine Erhöhung der textilen Verbraucherpreise vermieden wird.

Gefahren bestehen heute allerdings in der Übersehung des Handels.

(Sehr richtig!)

Die Erfahrung lehrt, daß ein übersehter Handel nicht die Neigung hat, die Preise zu senken, sondern vielmehr bestrebt ist, den durch die Übersehung verursachten geringen Umsatz durch hohe Handelsspannen auszugleichen.

(Hagen Lorenz: Sehr gut! Unnötiger Zwischenhandel!)

Von Staats wegen kann zum Schutz des Handels und des Verbrauchers vorläufig nur eine straffe Überwachung der Anmeldepflicht nach der Gewerbeordnung erfolgen, um wenigstens den wilden Handel soweit als möglich zu unterbinden. Ferner ist die Wirtschaftsverwaltung bestrebt, für einzelne Handelszweige, bei denen die Interessen der Allgemeinheit, insbesondere der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit eine wesentliche Rolle spielen, künftig wieder eine Erlaubnispflicht einzuführen, wobei die Erlaubnis von der Sachkunde und der persönlichen Zuverlässigkeit des Geschäftstellers abhängig gemacht wird. Da jedoch Fragen der Gewerbebefreiung nach amerikanischer Auffassung zum Sachgebiet der Dekartellifizierung und damit zum Vorbehaltsgebiet der Besatzungsmächte gehören, ist es fraglich, ob wir unsere Auffassung in absehbarer Zeit durchzusetzen vermögen.

Nicht zuletzt auf Wunsch des Handels selbst habe ich vor kurzem in meinem Ministerium ein selbständiges Referat Handel eingerichtet. Es mag auf den ersten Blick überraschend erscheinen, daß für einen so wichtigen Wirtschaftszweig, durch dessen Hände die Hälfte des Volkseinkommens fließt, ein eigenes Referat erst jetzt gebildet wurde. Der Grund lag in den Verhältnissen. Während der Bewirtschaftungsperiode mußte der Handel im wesentlichen von den einzelnen Fachgebieten, zum Beispiel Textil, Leder usw. her betreut beziehungsweise gelenkt werden. Erst nach dem Wegfall der Bewirtschaftung traten die eigentlichen und vielfältigen Probleme des Handels wieder klar zutage und es galt, diese an einer Stelle des Ministeriums zusammenfassend zu behandeln.

Ganz besonderer Fürsorge und Unterstützung bedarf in Bayern der Fremdenverkehr. Der Ministerrat hat daher im September 1949 Herrn Staatssekretär Geiger beauftragt, alle Förderungsmaßnahmen für den bayerischen Fremdenverkehr zusammenzufassen und seine Belange im Rahmen der bayerischen Wirtschaft zu wahren. Der Fremdenverkehr hat vor dem Krieg eine überragende Rolle im bayerischen und deutschen Wirtschaftsleben gespielt. In zäher und mühevoller Wiederaufbauarbeit ist es gelungen, ihn auch heute wieder zu einem wichtigen Faktor der bayerischen Volkswirtschaft zu machen. Dies ist um so bedeutungsvoller, als die Auswirkungen eines lebhaften Fremdenverkehrs auf Verkehrswirtschaft, Bauwirtschaft, sportliche und kulturelle Einrichtungen usw. nicht unterschätzt werden dürfen. Im Sommer 1949 hat der bayerische Fremdenverkehr mit über 6 Millionen Fremdenübernachtungen den bisherigen Nach-

(Staatsminister Dr. Seidel)

kriegshöchststand erreicht. Trotzdem ist er noch weit von seiner Vorkriegshöhe entfernt. Wie schwierig es war, allein das vorjährige Ergebnis zu erzielen, veranschaulichen am besten einige Zahlen. Die bayerische Vorkriegskapazität umfaßte 145 000 Hotelbetten und 150 000 Privatquartiere. 35 000 Hotelbetten gingen durch Kriegszerstörung und dauernde Zweckentfremdung dem Fremdenverkehr verloren. Von den restlichen 10 000 Hotelbetten wurden fast 90 Prozent für die Zwecke der Besatzungsmacht, zur Unterbringung von Heimatvertriebenen, Evakuierten und sonstigen Dauermietern in Anspruch genommen. Diese Beschlagnahmen hatten in den meisten Fällen einen völligen Verlust der Einrichtungsgegenstände, eine Demontage der Betriebsanlagen und starke bauliche Schäden zur Folge. Von dem sonstigen Schaden, den der Fremdenverkehr durch die Zerstörung der Städte usw. erlitt, will ich hier gar nicht sprechen.

Nach vier Jahren zähester Bemühungen ist es gelungen, das Fremdenverkehrsgewerbe wenigstens zum Teil neu erstehen zu lassen. Rund 75 000 Betten, zum Teil in erstrangigen Hotels, stehen dem in- und ausländischen Reiseverkehr wieder zur Verfügung. Der Zwang, die durch Kriegseinwirkungen und Zerstörungen demolierten Betriebe wieder neu aufzubauen oder doch neu einzurichten, setzt sie heute in die Lage, erstklassige Dienstleistungen zu bieten, die auch bei einem Vergleich mit den Leistungen des internationalen Fremdenverkehrs durchaus bestehen können.

In Weiterverfolgung der bisher geleisteten Arbeit wird sich mein Ministerium besonders folgenden Aufgaben zuwenden müssen.

1. Eine weitere Freimachung von Hotelraum durch Verhandlungen mit der Besatzungsmacht. Vor allem aber muß alles getan werden, Beherbergungsraum, der für Dauermieter zweckentfremdet wurde, freizumachen. Voraussetzungen dafür ist freilich die weitere Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere an Orten, wo Arbeitsmöglichkeiten für die Heimatvertriebenen vorhanden sind. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, daß die Belegung der Hotels mit Flüchtlingen am teuersten und unrationellsten ist und eine Lösung des Flüchtlingsproblems damit schon gar nicht erreicht werden kann.

(Sehr richtig!)

2. Für den Wiederaufbau der kriegszerstörten oder durch Belegung heruntergewirtschafteten Hotels müssen Finanziermöglichkeiten geschaffen werden. Mein Ministerium hat die größten Anstrengungen gemacht, um der bayerischen Hotellerie langfristige Kredite zu erträglichen Zinssätzen, zunächst zur Durchführung des sogenannten Sofortprogramms, zu beschaffen. Die bisher erzielten Erfolge ermöglichen wenigstens eine Lösung der allerdringlichsten Wiederherstellungsvorhaben für Oberammergau und die übrigen Veranstellungen des Jahres 1950.

3. Gleichzeitig mit den Bemühungen um die Wiedererlangung der alten Kapazität unserer Fremdenverkehrswirtschaft müssen die Bemühungen verstärkt werden, um den inländischen und vor allem auch ausländischen Reiseverkehr anzuregen und nach Bayern zu ziehen. Dazu ist vor allem eine Senkung der Reise-

kosten, der Beförderungs-, Hotel- und Verpflegungskosten notwendig.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Dazu kommen auch die Fragen der Steuerentlastung, zum Beispiel bei der Biersteuer, der Senkung der gemeindlichen Abgaben sowie der Tarifiermächtigungen im Fernreiseverkehr usw. Die Arbeit auf diesem Gebiet erfordert laufende Koordinierung mit anderen staatlichen Stellen.

4. Die Notwendigkeit, keine Anstrengung zu scheuen, um den Ausländerreiseverkehr wieder in Gang zu bringen, liegt bei unserer Außenhandelslage auf der Hand. Der Ausländerreiseverkehr hat Bayern in früheren Jahren bis zu 100 Millionen Mark, Oberammergau im Jahre 1930 allein 40 Millionen Mark in Devisen gebracht. Die derzeitigen Liberalisierungsbestrebungen in Ein- und Ausfuhr erfordern auch eine Liberalisierung im internationalen Reiseverkehr. Bei der OEEC in Paris wurde daher ein Ausschuß für Fremdenverkehr gebildet, der bemüht ist, die überaus erschwerten Einreise- und komplizierten Zollbestimmungen abzubauen. Es wurde mir von amerikanischer Seite zugesichert, daß bis zum Frühjahr 1950 vor allem das lähmende Entry-Permit fortfällt. Auf Grund des von ERP-Administrator Hoffman vorgelegten Planes zur Erleichterung des internationalen Reiseverkehrs hat die OEEC einer Vereinheitlichung der Zoll-, Paß- und Visa-Bestimmungen im Grundsatz zugestimmt. Es ist für uns unerlässlich, daß diese Maßnahmen in vollem Umfang und ohne Diskriminierung Deutschlands, also auch auf Deutschland ausgedehnt werden.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

5. Die Wiedererstarbung unserer für Bayern so wichtigen Fremdenverkehrswirtschaft ist ohne eine großzügige Werbung nicht möglich. Werben aber kostet Geld. Dieses Geld ist im Fremdenverkehrsgewerbe im Augenblick nicht in ausreichendem Umfang vorhanden. Ich halte es daher für erforderlich, daß für die Fremdenverkehrswerbung auch Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden. Der österreichische Staatshaushalt sieht für 1950 hierfür 5,15 Millionen Schilling, für Investitionen im Fremdenverkehr sogar 19,6 Millionen Schilling vor. Auch die Schweiz, Frankreich, Italien, Großbritannien und andere Länder haben für die Fremdenverkehrswerbung ganz erhebliche Summen in Form von Staatsbeiträgen zur Verfügung gestellt.

Ich möchte nachdrücklich darauf hinweisen, daß mein Ministerium nur dann in der Lage ist, der bayerischen Fremdenverkehrswirtschaft tatkräftige Unterstützung und Förderung zuteil werden zu lassen, wenn es in gewissen Fällen, wie gerade bei der Werbung, auch finanzielle Hilfe leisten kann. Dem Fremdenverkehr kommt neben aller wirtschaftlichen Bedeutung auch ein hoher kultureller und ideeller Wert zu. Die völkerverjöhnende Wirkung des Fremdenverkehrs ist für die Wiedereinschaltung Deutschlands in die europäische und außereuropäische Völkergemeinschaft von großer Bedeutung. Daß gerade unser schönes Bayernland hierbei einen wesentlichen Beitrag leisten kann, sollte uns nicht nur Genugtuung, sondern auch Verpflichtung sein.

Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft hängen aufs engste zusammen. Die Probleme der Ver-

(Staatsminister Dr. Seidel)

kehrswirtschaft und der Verkehrsträger sind jedoch auch für alle anderen Wirtschaftszweige von ausschlaggebender Bedeutung. Das Wirtschaftsministerium muß sich daher dann mit Verkehrsfragen beschäftigen, wenn Interessen der Wirtschaft unmittelbar davon berührt werden. Dies ist in unserer gegenwärtigen Situation in hohem Maße der Fall. Die Bundesbahn befindet sich in einer katastrophalen Finanzlage und muß sehen, sich Einnahmen zu verschaffen. Durch erhöhte Verkehrstarife aber wird die Wirtschaft in ihrer Kostenstruktur empfindlich belastet und der Verbraucher der Gefahr von Preiserhöhungen ausgesetzt. Es kommt daher alles darauf an, einen tragbaren Kompromiß zwischen den Erfordernissen der Bundesbahn und der Wirtschaft zu finden. Wenn von unserer Wirtschaft immer wieder eine nachhaltige Rationalisierung verlangt wird, und zwar mit vollem Recht, so stellen wir zugleich an die Bundesbahn die Forderung nach einer Reorganisation und Rationalisierung. Die Wirtschaft hat das größte Interesse an einer baldigen Sanierung der Bundesbahn, da sie zugleich der wichtigste Auftraggeber für die Industrie ist.

Durch die verkehrsgünstige Lage Bayerns ist unsere Wirtschaft beim Bezug der Rohstoffe ebenso wie beim Versand ihrer Fertigerzeugnisse gegenüber den meisten deutschen Ländern im Nachteil. Wir fordern daher nachdrücklich, daß Bayern und insbesondere unsere schwerbedrängten Ostgebiete bei der Tarifbildung einen Härteausgleich erfahren.

(Zurufe: Sehr gut!)

Auch die durch die notwendige Umfahrung der russischen Zone entstandenen Tarifbelastungen müssen unbedingt in Bälde ausgeglichen werden.

(Sehr richtig!)

Die Wiederzulassung der einstigen Grenzübergänge zur Tschechoslowakei sind für unseren Handelsverkehr eine unabdingbare Forderung.

Zusammen mit der Obersten Baubehörde ist das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft auch um die Verbesserung der Straßen bemüht. Ich habe im Bundesrat gegen die nunmehr durchgeführte Treibstoffpreiserhöhung gestimmt, da ich sie — in diesem Umfang jedenfalls — für eine nicht vertretbare Belastung des bayerischen Kraftwagenverkehrs erachte. Da die Anordnung aber auf einen Zeitraum von einem Vierteljahr befristet wurde, hoffe ich, daß der vom Bundesrat eingesetzte Ausschuß zur Prüfung der Verhältnisse der deutschen Erdölindustrie und des Mineralölpreisgefüges eine bessere Lösung finden kann.

Bei der Schifffahrt gilt unsere Sorge in erster Linie der Wiederingangezung der Donauschifffahrt und der Wiederaufnahme des Handels und Verkehrs mit den Donauuferstaaten. Auch auf diesem Gebiet konnten kleine Fortschritte erzielt werden, eine endgültige Lösung aber hängt von politischen Entscheidungen ab, die außerhalb unserer Einflußsphäre liegen. Daß wir in diesem Zusammenhang auch um den Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau bemüht sind und in sehr starkem Maße bemüht bleiben müssen, bedarf keiner langen Ausführungen.

In engem Zusammenhang mit Fremdenverkehr und Verkehrswirtschaft steht auch das Messe- und Ausstellungswesen. Hier haben wir in Bayern gerade im letzten Jahr einen erfreulichen Aufschwung erlebt. Ich darf nur auf die Erfolge der Handwerksmesse, auf die Elektromesse, die Nürnberger Bauausstellung, die Flüchtlings-, die ERP-Ausstellung, aber auch auf die großen Kongresse, wie den Rationalisierungs-, Kellame- und Schneiderkongreß hinweisen.

Nicht nur in München und Nürnberg, sondern überall im Lande herrschte im vergangenen Jahr ein reger Ausstellungsbetrieb, der allerdings auch manche kritische Stimmen laut werden ließ. Dieser Kritik gegenüber kann jedoch eingewandt werden, daß die Ausstellungen in allen Teilen des Landes einem Bedürfnis der Wirtschaft und der Bevölkerung entsprachen. Man muß nur einmal durch eine dieser regionalen Ausstellungen gegangen sein, um zu sehen, welches pulstierende Leben hier herrschte, mit welcher Freude und welchem Stolz handwerkliche und industrielle Betriebe der Alt- und Neubürger ihre Leistungen zur Schau stellten und wie sich die aus dem Umkreis der Ausstellungsorte zusammengeströmte Bevölkerung schaufreudig durch die Hallen drängte.

(Zurufe: Sehr gut!)

Zu einer Leistungs- und Wettbewerbswirtschaft gehören nun einmal Ausstellungen und Messen. Für Bayern, das sich noch immer im industriellen Entfaltungsprozeß befindet und im Fremdenverkehr einen seiner stärksten Wirtschaftszweige besitzt, ist eine rege Messe- und Ausstellungstätigkeit, vor allem wenn es sich um überregionale Veranstaltungen handelt, ein begrüßenswerter Zuwachs an wirtschaftlicher Stärke.

Mein Ministerium betrachtet es daher als eine Pflicht, das Messe- und Ausstellungswesen weiterhin zu fördern und Bayern und insbesondere München zu einem neuen Messezentrum zu entwickeln.

Zu den Betreuungsaufgaben des Ministeriums gehört auch der bayerische Bergbau. Das Referat Bergwesen hat in diesem Haushaltsjahr vor allem an der Weiterentwicklung des Berggesetzes, das veraltet war, der Herausgabe neuer Ausbildungsvorschriften für die Bergbaubeflissenen und Bergreferendare, an den Vorarbeiten zur Herausgabe einer Bundesmontanstatistik, der Weiterentwicklung der Bergpolizei, zahlreichen bergwirtschaftlichen Fragen, vor allem auf dem Gebiet des Absatzes und der Einfuhr bergbaulicher Produkte, der Kredite, Subventionen und nicht zuletzt an den Fragen der Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet des Bergwesens gearbeitet. Das Referat hat sich darüber hinaus mit den auf Grund des Gesetzes 75 der Militärregierung auftauchenden Problemen beschäftigt, ohne daß hier schon bestimmende Maßnahmen präjudiziert worden wären.

Für das Steinkohlenbergwerk Stockheim/Ofr. wurde bei der Deutschen Kohlenbergbauleitung interveniert, mit dem Erfolg, daß dieser Betrieb von der Deutschen Kohlenbergbauleitung eine Subvention von 120 000 DM erhalten wird. Auf Grund des im Haushaltsausschuß des Landtags am 15. November an die Staatsregierung gestellten Ersuchens ist ein weiterer Zuschuß von 75 000 DM in den Ergänzungshaushalt aufgenommen worden.

(Staatsminister Dr. Seidel)

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bockkohlen-gruben wurden in Zusammenarbeit mit dem Staats-beauftragten für Art. 160 der Verfassung eingehend ge-prüft. Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung des Bockkohlenbergbaus wurden erörtert. Das hohe Haus hat sich selbst häufig mit der Frage der Aufrechterhal-tung des Kohlenbergwerkes und Zementwerkes, Ma-rienstein auseinandergesetzt.

Das Mögliche wurde auch getan, um die Auswir- kungen der Absatzkrise im Braunkohlenbergbau zu mil- dern. Hierfür hat das hohe Haus vorläufig den Betrag von 1 Million als Staatskredit zur Verfügung ge- stellt. Der Einsatz dieser Mittel ist in vollem Gang. Es wurden bisher eine Reihe von Feuerungsanlagen auf den Verbrauch von Oberpfälzer Braunkohle umgestellt. Eine Anzahl weiterer Anträge ist zur Zeit noch in Be- arbeitung. Die energisch in Angriff genommenen Maß- nahmen zur Absatzsteigerung der bayerischen Braun- kohlen haben sich günstig ausgewirkt, können aber die Einstellung eines Teils der Grubenbetriebe nicht ver- hindern.

Trotz der Bemühungen meines Ministeriums mußte die Eisensteinzeche „Kleiner Johannes“ den Betrieb einstellen, da die Ruhr nur eine ungenügende Menge des staubförmigen Konzentrats abnehmen konnte. Die intensiven Bemühungen zur Körnigmachung des Kon- zentrats haben inzwischen zum Erfolg geführt. Es kann damit gerechnet werden, daß der Betrieb dann wieder arbeiten kann, wenn die technischen Einrichtungen zur Herstellung des verbesserten Konzentrats im Großen geschaffen sind. Dazu wird es allerdings staatlicher Mittel bedürfen. Daneben werden Versuche gefördert, die der besseren Aufbereitung armer Eisenerze dienen. Falls sie zum Erfolg führen, werden sie einen erheb- lichen Aufschwung der bayerischen Doggererzgewinnung bringen können.

Auf dem Gebiet des Graphit-, Schwerm- und Feldspat-, Kaolin-, Quarzand- und Talkumbergbaus konnten die Interessen von Produktion und Handel in etwa abgeglichen werden. Es wurde alles getan, um in Zukunft die Einfuhr von Bergbauprodukten zu ver- hindern, die wir im eigenen Land selbst ausreichend fördern. Bei dem Versuch, die Aufhebung des JETA- Verbots der Ausfuhr von Graphit in die Oststaaten durchzusetzen, konnte nur ein Teilerfolg erzielt werden. Besonderer Hilfe bedurfte der Flußspatbergbau. Die auf diesem Gebiet inzwischen getroffenen Maßnahmen versprechen einen nennenswerten Erfolg.

Zur Erforschung des südbayerischen Raumes im Hinblick auf Erdöl-lagerstätten wurden mit den Erdölfirmen die späteren Konzessionsgebiete und die hierfür geltenden Bedingungen ausgearbeitet. Die end- gültige Erteilung der Konzessionen ist inzwischen er- folgt. Auf diese Weise wird eine intensive Bearbeitung des bayerischen Raumes durch Geophysik, Flach- und Tiefbohrungen ermöglicht werden. Sie werden ver- stehen, daß ich bei der Delikatesse aller dieser Lager- und Fundstätten mich mit diesen wenigen Ausführun- gen begnüge.

Auch das dem Ministerium unterstehende Geo- logische Landesamt befaßt sich zur Zeit intensiv mit der Erforschung der Erdölquellen. Die genaue geo-

logische Kartierung des tieferen Untergrundes, insbe- sondere des Alpenvorlandes, soll hierbei neue Möglich- keiten zur wirtschaftlichen Ausbeutung der geologischen Ablagerungen aufdecken. Die vornehmste Aufgabe des Landesamtes ist es, eine neue geologische Karte von Bayern zu schaffen, die moderne Erkenntnisse und Möglichkeiten einer Auswertung unserer Bodenschätze berücksichtigt. Die geologische Kartierung ist für alle Untergrundfragen, sei es für die Wasserversorgung, für Energievorhaben, den Verkehrs- und Ingenieurbau oder den Bergbau von größter Bedeutung. Ein Jahr geologischer Kartierungsarbeit kostet uns noch nicht so viel Geld wie eine verfehlte Baumaßnahme, die wir auf Grund verbesserter geologischer Kenntnisse hätten vermeiden können. In Verbindung damit führt das Amt auch eine Kartierung unserer Böden durch, die eine umfassende Wertung der Böden für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung, für Landesplanung und andere Aufgaben erlauben wird.

Die Arbeiten des Geologischen Landesamtes sind dem Blick der Öffentlichkeit zwar entrückt; das Amt er- füllt jedoch für unsere Wirtschaft eine Aufgabe, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Die früheren Veröffentlichungen des Amtes erscheinen jetzt unter neuem Namen als „Geologica Bavarica“. Auch steht das Amt wieder mit verschiedenen ausländischen wissen- schaftlichen Instituten in regem Austausch.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Not- wendigkeit der Unterstützung der wissen- schaftlichen Forschung hinweisen. Die Auf- gaben, die meinem Ministerium in dieser Hinsicht ge- setzt sind, unterscheiden sich insofern von den Aufgaben des Kultusministeriums, als es sich ausschließlich der Förderung der sogenannten angewandten Forschung widmet. Die wirtschaftliche Bedeutung der angewand- ten Forschung wird in weiten Kreisen noch keineswegs genügend erkannt. Der volkswirtschaftliche Wert der Forschungsergebnisse übersteigt die aufgewendeten Kosten jedoch um ein Vielfaches.

Während der Kriegs- und Nachkriegsjahre haben viele Länder einen nur schwer einzuholenden technischen und wissenschaftlichen Vorsprung erlangt, der die Wett- bewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stark beeinträchtigt. In Anbetracht des hohen technisch-wissen- schaftlichen Standes der modernen weltwirtschaftlichen Produktion wird Deutschland daher nicht allein darnach trachten müssen, wieder den alten Grad seiner Qualitäts- arbeit zu erreichen, sondern auch neue wissen- schaftliche Pionierarbeit zu leisten. Die meisten Forschungslaboratorien der Unternehmen sind durch Kriegseinwirkungen zerstört oder durch Konzern- entflechtung aufgelöst; die Industrie ist finanziell nicht in der Lage, sie wieder aufzubauen und selbst ange- wandte Forschung zu betreiben. Sie kann sich in der Regel höchstens auf reine Zweckentwicklungen für die eigene Produktion beschränken. Angesichts dieser Lage muß der Staat in kluger Vorausschau die Verantwor- tung für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft mit- übernehmen, alle Möglichkeiten zur Unterstützung der Forschung aufgreifen und vor allem auch staatliche Mittel für die angewandte Forschung bereitstellen. Leider sind die in diesem Jahr in Ansatz gebrachten Mittel keineswegs ausreichend, um den großen Auf- gaben auch nur einigermaßen gerecht zu werden, wäh- rend andere westdeutsche Länder wesentlich höhere Be-

(Staatsminister Dr. Seidel)

träge für die Unterstützung der angewandten Forschung ausgeworfen haben. Bei der Förderung der angewandten Forschung handelt es sich wirklich um Wirtschaftspolitik auf lange Sicht, deren Ergebnisse von heute die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft von morgen und damit letztlich ja auch die zukünftigen Einnahmen des Staates bestimmen.

Neben der technisch-naturwissenschaftlichen Forschung darf die volkswirtschaftliche Grundforschung nicht in ihrer Bedeutung unterschätzt werden. Wir haben in Bayern, insbesondere im Institut für Wirtschaftsforschung in München, ein wissenschaftliches Instrument erhalten, das weit über die bayerischen Grenzen hinaus Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

Lassen Sie mich nun zum Abschluß meiner Ausführungen über die Betreuung unserer bayerischen Wirtschaft noch einige Worte über eines unserer jüngsten Sorgenkinder sagen: über die bayerische Filmindustrie. Die Filmindustrie ist schon lange bei uns zu Hause. Nach Kriegsende hat sich aber durch den weitgehenden Ausfall Berlins und durch das Auseinanderfallen der im Dritten Reich zentralistisch zusammengefaßten Filmfirmen der größte Teil der gesamten deutschen Filmindustrie nach Bayern verlagert. Die derzeit bedeutendsten, unzerstörten Ateliers befinden sich heute in München-Geiselsberg, sowie weitere im Aufbau in Wolfratshausen-Gartenberg. Die Verlagerung der deutschen Filmwirtschaft nach Bayern stellt für uns einen wichtigen Gewinn, aber zugleich auch eine Verpflichtung dar. Bayern ist nicht im gleichen Maße industrialisiert wie andere westdeutsche Länder, es kann daher durch eine gesunde Filmindustrie eine wesentliche Stärkung seiner wirtschaftlichen Kraft erfahren. Wenn die Filmindustrie, soweit sie noch nicht festen Boden bei uns gefaßt hat, nicht in andere, stark daran interessierte Länder abwandern soll, müssen wir auch etwas dafür tun, ihr eine Lebens- und Aufstiegsmöglichkeit zu verschaffen.

Von der Militärregierung wurde unmittelbar vor dem ersten Zusammentreten der Bundesorgane das Gesetz Nr. 24 über die Liquidation des reichseigenen Filmvermögens erlassen. Das Gesetz war den Ländern in der nunmehr verkündeten Form nicht bekannt und deckt sich in keiner Weise mit unserer Auffassung. Es müssen daher unbedingt Verbesserungen des Gesetzes angestrebt werden. Die hiesür notwendigen Bemühungen sind auf Bundesebene eingeleitet und werden von uns durch sachliche Vorschläge unterstützt. Gerade weil sich in Bayern heute die Filmwirtschaft konzentriert, müssen wir daran interessiert sein, in welcher Weise das erhebliche reichseigene Filmvermögen liquidiert wird. Darüber hinaus ist für Bayern Art und Zuständigkeit bei der Verwertung des Liquidationserlöses von großer Bedeutung, zumal wir den Standpunkt vertreten, daß es sich dabei nicht allein um wirtschaftspolitische und vermögensrechtliche, sondern auch um erhebliche kulturelle Belange der Länder handelt.

(Abg. Bezold Otto: Da ist der Apfel schon längst ab!)

Bei den Bemühungen um eine Förderung der Filmindustrie stoßen wir wie überall auf unseren unge-

heuren Kapitalmangel. Die neugegründeten Filmproduktionsfirmen verfügen nur über geringes Eigenkapital und benötigen daher für die Filmherstellung Kredite, die aus den Einspielergebnissen zurückfließen sollen. Wenn wir verhindern wollen, daß die deutsche Filmwirtschaft dem starken ausländischen Wettbewerb erliegt, oder ausschließlich unter ausländische Kontrolle gerät, müssen der Filmproduktion die für die Herstellung deutscher Filme benötigten Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Neigung der Kreditinstitute zur Gewährung solcher Kredite ist leider nicht sehr groß. Der Hauptgrund für diese Zurückhaltung liegt, abgesehen von der allgemeinen Kapitalknappheit, wohl darin, daß sich die Finanzierung von Filmen grundlegend von der Finanzierung anderer Wirtschaftszweige unterscheidet, da weder vorhandene noch nach einfachen Grundsätzen zu erstellende Waren dem Kreditgeschäft zugrundeliegen. Die Filmherzeugung unterliegt vielmehr Gesetzen, die für die normale Kreditsicherung nur unter gewissen Umständen geeignet sind, vor allem aber lassen sich ihre Erfolgsaussichten nicht von vornherein klar übersehen.

Um trotzdem eine Lösung zu finden, wurden von mir Verhandlungen zur Schaffung eines Filmfinanzierungsinstitutes eingeleitet, das als Zwischenschaltung zwischen Filmwirtschaft und Banken die bestehenden Bedenken überbrücken soll. Die Gesellschaft wurde Anfang Januar gegründet. Das Institut muß auf Grund besonderer Fachkunde und Zusammensetzung die bestehenden Risiken übersehen können, die Kreditgewährung auf eine breitere Basis stellen und Fehlinvestitionen zu vermeiden suchen. Die Gesellschaft muß demnach nach bankmäßigen Gesichtspunkten von Personen geleitet werden, die die Eigenart der Filmproduktion sowohl nach der wirtschaftlichen als auch nach der rechtlichen Seite hin genau kennen. Ihre Aufgabe ist es zunächst, die Kreditwürdigkeit der um Kredit nachsuchenden Produzenten und die Erfolgsaussichten des geplanten Vorhabens festzustellen und ferner dafür zu sorgen, daß die Herstellungskosten für Filme peinlich genau kalkuliert und sämtliche Unkosten genau geprüft werden und schließlich ein ordnungsmäßiger Rückfluß der Gelder gesichert ist. Eine weitere Möglichkeit zur Gesundung der deutschen Filmwirtschaft liegt in einer für den Film tragbaren Vergünstigungsteuer und in der Erweiterung der Steuerermäßigungen.

Meine Damen und Herren! Mit meinen kurzen Ausführungen über die bayerische Filmindustrie bin ich nunmehr zum dritten großen Aufgabengebiet der Landeswirtschaftsverwaltung, der Industrieförderung im weitesten Sinne des Wortes, übergegangen.

Die bayerische Industrie steht, absolut gesehen, hinter Nordrhein-Westfalen an zweiter Stelle innerhalb Westdeutschlands; trotzdem sind Württemberg, Hessen und Hamburg viel stärker industrialisiert als unser Land. Seit ungefähr 40 bis 50 Jahren befindet sich Bayern in einem ständig wachsenden Industrialisierungssprozeß. Die bayerische Industriekapazität aber war — abgesehen von den Zerstörungen des Krieges — nicht groß genug, um den Zustrom an heimatvertriebenen Arbeitskräften reibungslos zu absorbieren oder gar die Versorgung dieses zusätzlichen Menschenpotentials zu gewährleisten. Es kam und

(Staatsminister Dr. Seidel)

kommt daher alles darauf an, den bayerischen Industrialisierungsprozeß mit allen Mitteln weiter voranzutreiben und damit neue Arbeitsplätze, eine gesteigerte Produktion und eine breitere Lebensbasis für die bayerische Wirtschaft und Bevölkerung zu schaffen. Daß sich diese notwendige Ausweitung des bayerischen Industriepotentials nicht reibungslos vollziehen konnte und uns auch heute immer wieder vor beinahe unlösbare Aufgaben stellt, wird Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie die bayerischen Verhältnisse wohl am besten kennen, ohne weiteres einleuchten. Trotzdem oder gerade deshalb sieht mein Ministerium in der Förderung der bayerischen Industrie seine vornehmste und wichtigste Aufgabe; denn die Lösung dieses Problems ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein soziales Anliegen. Wir sind uns dessen stets bewußt und die in den vergangenen Monaten hartnäckig ansteigende Arbeitslosigkeit schafft gerade uns immer wieder Kopfzerbrechen. Sie können versichert sein, daß von meinem Ministerium aus alles geschieht, um die Arbeitslosigkeit durch einen weiteren Aus- und Aufbau unserer Industrie auf ein erträgliches Mindestmaß zurückzuführen.

Der Aufbau und die Ausweitung der Industrie eines Landes läßt sich nicht in unbeschränktem Ausmaß und vor allem nicht nach jeder Richtung hin vollziehen. Wir sind dabei immer wieder an die Gegebenheiten des Landes selbst gebunden und müssen die Entwicklung der Wirtschaft in eine Richtung zu lenken versuchen, die den Gegebenheiten im bestmöglichen Sinne Rechnung trägt oder sich diese Realitäten zunutze macht. In einem Land wie Nordrhein-Westfalen, das unmittelbar auf dem wichtigsten Rohstoff, der Kohle, sitzt und mitten im Herzen des westeuropäischen Industrieries liegt, ist das wesentlich einfacher als für das revierferne und rohstoffarme Land Bayern.

Jede moderne Industriewirtschaft baut sich auf den Grundstoffen Kohle, Eisen und Energie auf. Je näher die Industrie bei diesen Rohstoffen liegt, desto rohstoffintensiver kann sie arbeiten. Je entfernter sie von den Grundstoffen liegt, umso größere Bedeutung kommt der Verarbeitung zu, d. h. umso arbeits- und lohnintensiver muß sie sein. Bayern ist verhältnismäßig arm an Kohle und Eisen, seine Energiequellen, d. h. vor allem seine Wasserkräfte, waren ursprünglich ein besonderer Reichtum Bayerns und die Grundlage insbesondere für den Aufbau der sehr energieintensiven chemischen und metallergehenden Industrie. Die Nuzbarmachung der Wasserkräfte konnte aber mit der industriellen Entwicklung Bayerns nicht Schritt halten und stellt daher heute einen unserer entscheidendsten Engpässe dar.

Auf Grund dieser Rohstofflage mußte Bayern eine lohnintensive Veredelungswirtschaft aufbauen und muß auch den weiteren Ausbau seiner Industriekapazität in dieser Richtung vollziehen. Aber auch eine hochentwickelte Veredelungswirtschaft kommt ohne beträchtliche Mengen an Kohle, Eisen und Energie nicht aus. Die Aufgabe der Wirtschaftsverwaltung ist es daher, die Rohstoffversorgung auf lange Sicht sicherzustellen.

Die Kohlenversorgung konnte, wie ich schon im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung erläuterte,

wesentlich gebessert und kann beim gegenwärtigen Produktionsstand als ausreichend angesehen werden. Allerdings ist das Sortenproblem nicht befriedigend gelöst. Trotz der erfolgreichen Umstellung einiger Industriewerke auf den Verbrauch oberpfälzischer Braunkohle kann daher auf die Einfuhr der vor allem für die Porzellan-, Glas- und Eisenindustrie notwendigen Tschechenkohle nicht verzichtet werden. Das sage ich insbesondere dem Herrn Abgeordneten Piehler. Glücklicherweise konnte die von alliierter Seite geforderte Angleichung der inländischen und der Exportkohlenpreise in einer Weise durchgeführt werden, die das inländische Kohlenpreinsniveau pro Tonne durchschnittlich nur um 30 D-Bfg. erhöht.

Auf Grund der oberpfälzischen Eisenvorkommen hat sich in Bayern seit Jahrhunderten eine bedeutende Eisenverarbeitung entwickelt. Die eisen- und verarbeitende Industrie ist dabei so groß geworden, daß unser eigenes Eisenaufkommen den Bedarf heute nur zu 30 bis 40 Prozent zu decken vermag. Bei dem gegenwärtigen Produktions- und Investitionsstand kann eine ausreichende Eisenversorgung aus dem Ruhrgebiet gewährleistet werden. Sie zeigt aber auch unsere Abhängigkeit vom Ruhrgebiet. Das würde ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Baumgartner sagen, wenn er hier wäre. Von besonderer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen eisen- und verarbeitenden Industrie sind jedoch die vor kurzem vollzogene Eisenpreiserhöhung sowie die endgültige organische Tarifreform.

Eine ausreichende Rohstoffversorgung der bayerischen Industrie stellt keine Lösung dar, wenn es uns nicht gelingt, das bayerische Energieproblem zu lösen. Die bayerische Staatsregierung hat daher den Ausbau der bayerischen Energiewirtschaft mit allen Kräften vorangetrieben. Die ersten der in Angriff genommenen Ausbauvorhaben sind bereits fertiggestellt, wie die Ribbachüberleitung zum Walchensee und die Inbetriebnahme der 200 000 Kilo-Volt Ost-Westleitung. Kraftwerke mit einer Erzeugungsfähigkeit von 170 000 Kilowatt und Übertragungsanlagen sind im Bau. Entscheidend für ihre beschleunigte Durchführung ist die Bereitstellung der notwendigen Mittel, die sich auf insgesamt 290 Millionen DM belaufen. Von diesem Betrag sind 139 Millionen DM durch Finanzierung aus den ERP- und GARIOA-Gegenwerten gesichert. Weitere 63 Millionen DM bedürfen noch der Genehmigung durch die ECA-Verwaltung in Washington. Der Rest von 89 Millionen DM ist zur Hälfte durch Eigenfinanzierung der Elektrizitätswerke, zur Hälfte durch andere deutsche Mittel aufzubringen. Mit der Durchführung dieser Vorhaben und der weiterhin eingeleiteten Rahmenplanung für die Vergebung von ausbaufähigen Laufwasserkraften an die Landesversorgung, an zonale Energieversorgungsunternehmen, Großchemie und Industrie, schaffen wir die notwendigen Voraussetzungen für eine weitere Ausweitung unserer Industriekapazität.

Die bayerische Gaswirtschaft ist sowohl kapazitätsmäßig als auch hinsichtlich der Kohleverorgung in der Lage, den gegenwärtigen Bedarf der Industrie und der Haushaltungen zu decken. Sie wird, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, im Winter keine einschneidenden Verbrauchsbeschränkungen vornehmen müssen. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen,

(Staatsminister Dr. Seidel)

daß die bayerische Gaswirtschaft vor großen Aufgaben steht, wenn sie den Vorsprung der anderen westdeutschen Länder und vor allem des Auslandes in Bezug auf Versorgungsdichte und Gasverbrauch aufholen will. Der hierfür aufgestellte Generalplan sieht den Aufbau einer großangelegten Gruppengasversorgung in der Weise vor, daß die bestehenden Großgaswerke ihr Verteilungsnetz über die Bannmeile hinaus vortreiben und das Land im weiten Umkreis mit Gas versorgen. Damit wäre gleichzeitig der erste Schritt für eine spätere Ferngasversorgung getan. Ferner wird erwogen, die im nordostbayerischen Raum konzentrierte Glas- und Porzellanindustrie mit billigem, hochwertigem Stadtgas zu versorgen. Der Verwirklichung dieser Pläne stehen freilich noch große Finanzierungsschwierigkeiten entgegen. Sie müssen aber baldmöglichst in Angriff genommen werden, da unsere verarmte Volkswirtschaft es sich nicht leisten kann, den kostbaren Rohstoff Kohle mit geringem Wirkungsgrad unmittelbar zu verfeuern, während auf dem Wege über die Gasenergie eine wesentlich rationellere Deckung des industriellen und hauswirtschaftlichen Wärmebedarfs erreicht werden kann.

Die Versorgung unserer Wirtschaft mit den übrigen Grund- und Rohstoffen konnte vor allem dank der wesentlich gesteigerten Einfuhren weitgehend sichergestellt werden. Wenn dabei auch immer wieder einmal Schwierigkeiten auftauchen, so entstehen uns daraus doch zur Zeit keine unüberwindlichen Probleme. Die Aufgabe der Industrieabteilung meines Ministeriums liegt vielmehr heute darin, die bayerische Produktionskapazität auszuweiten. Dabei gilt es, einmal die in Bayern vor dem Krieg vorhandene und zum Teil zerstörte oder noch nicht wieder genutzte Kapazität wieder aufzubauen und für eine Produktionssteigerung einzusetzen. Zum zweiten aber müssen neue Produktionen und neue Industrievorhaben realisiert werden. Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung müssen hierbei Schulter an Schulter um die Verwirklichung der Wieder- oder Neuaufbaupläne kämpfen. Die Wirtschaftsverwaltung muß jedoch in erster Linie die gesamtwirtschaftlichen Interessen im Auge behalten, da Bremsen, wo Kapitalfehlleitungen zu befürchten sind, und dort fördernd eingreifen, wo sich die Pläne eines Einzelunternehmens mit gesamt-bayerischen Wirtschaftsbelangen decken. Die Stärke der bayerischen Wirtschaft liegt, wie ich schon betonte, in einer hochentwickelten Veredelungsindustrie, vor allem auf dem Gebiet der Metallverarbeitung, der Textil-, Leder-, Holz- und chemischen Industrie. Die Entstehung dieser Industriezweige läßt sich zum Teil auf historische Gründe, zum Teil auf rohstoff- und standortsbedingte Ursachen, zum Teil aber auch auf die besondere Eignung des bayerischen Arbeiters zurückführen. Ich bin sicher, daß mein Ministerium richtig gehandelt hat, wenn es die Ausweitung dieser für die bayerische Industriestruktur bisher bestimmenden Industriezweige besonders gefördert und darüber hinaus Unternehmungen in Bayern angesiedelt hat, die sich in den Rahmen dieser Wirtschaftsstruktur sinnvoll eingliedern oder sie ergänzen. Diese neuen Industriebetriebe werden am ehesten Aussicht auf dauernden Erfolg und Rentabilität haben. Erlauben Sie mir hierzu einige Beispiele.

Bayern besitzt, wie ich schon erwähnte, eine beträchtliche und besonders lohnintensive metallverarbeitende Industrie. Es war daher günstig, daß sich unter den nach Bayern kommenden Betrieben einige bedeutende Unternehmungen der metallverarbeitenden Industrie befanden, die einen guten Arbeiterstamm, ihre Erfahrungen und ihr Können der bayerischen Wirtschaft zur Verfügung stellten. Bayern hat hier ein Erbe angetreten, über dessen wirtschaftlichen Wert man sich nicht überall im klaren ist. Vor allem hat die Elektroindustrie, die bisher zum größten Teil in Berlin und der Ostzone ansässig war, in den letzten vier Jahren in Bayern einen ungewöhnlichen Aufstieg genommen. Es ist uns gelungen, Unternehmen von Weltrup aus der Ostzone nach Bayern zu verlagern und damit den Ausfall der so dringend benötigten elektrotechnischen Erzeugnisse wieder einzuholen. Die Beschäftigtenzahl konnte gegenüber 1936 mehr als verdoppelt werden. Die bayerische Elektroindustrie umfaßt heute 30 Prozent der gesamten westdeutschen Kapazität und nimmt damit eine hervorragende Stelle ein. Die Produktion hat sich im Jahr 1949 verdoppelt und befindet sich weiterhin im Steigen. Eine Gefahr ist der bayerischen Elektroindustrie neuerdings aus dem illegalen Ostzonenhandel erwachsen. Es wird unsere Sache sein, ihn so gut als möglich zu unterbinden.

Im Laufe der Kriegsjahre hatte die optische und feinmechanische Industrie in Bayern einen für Kriegszwecke bestimmten Ausbau erfahren. Dank des Interesses der Alliierten an der deutschen Feinmechanik und Optik blieb uns jedoch der größte Teil dieser Industrie erhalten und konnte — zum Teil mit neuen Produktionen — relativ gesund in die D-Markzeit eintreten. Darüber hinaus konnten weitere optische und feinmechanische Betriebe bei uns angesiedelt werden, so daß Bayern heute ein Viertel der westdeutschen Kapazität besitzt. Von meinem Ministerium wurden insbesondere die exportintensiven Produktionen, z. B. die Reißzeugindustrie, die Kamerafabriken und Zubehörwerke sowie die Aschaffenburgische Meßzeugindustrie gefördert.

Die für die bayerische Wirtschaft so wertvolle Firma Steinheil hat uns allerdings in diesem Jahr manche Sorgen bereitet. Wir hoffen jedoch in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium einen Weg zu finden, der die kostbare Betriebsstätte und die Arbeitsplätze für Bayern erhält. Insgesamt hat die optische und feinmechanische Industrie in Bayern einen vielversprechenden Aufschwung genommen; sie hat wesentlich zu unserer Exportleistung beigetragen und wird ihre Exporte in den kommenden Jahren hoffentlich noch weiter steigern können.

Der bayerische Fahrzeugbau, der in der Erzeugung von Motor- und Fahrrädern vor dem Kriege eine maßgebliche Rolle spielte, hat schwere Demontageschäden erlitten. Es war daher Aufgabe meines Ministeriums, dem Fahrzeugbau jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Diese Bestrebungen fanden lebhafteste Unterstützung durch eine Reihe von Großbetrieben der Ostzone, die sich nach Bayern verlagerten. Noch können ihre Entwicklungsmöglichkeiten nicht voll abgeschätzt werden, doch sieht mein Ministerium in der Kapazitätsausweitung der bayerischen Fahrzeugindustrie ein wichtiges Mittel zur Steigerung des bayeri-

(Staatsminister Dr. Seidel)

sehen Umsatzes und Exportes. Trotz beträchtlicher Schwierigkeiten ist dieser Industriezweig von einer Beschäftigtenzahl von 10 000 Arbeitern im Jahre 1936 auf 35 000 Beschäftigte angewachsen, unter denen zahlreiche Flüchtlinge sind. Auf Bayern entfallen damit ein Fünftel aller im westdeutschen Fahrzeugbau Beschäftigten.

Eine hervorragende Stellung innerhalb der bayerischen Wirtschaft nimmt der Maschinenbau ein. Mit 38 000 Beschäftigten stellte er im Jahre 1936 eine der größten Industriegruppen Bayerns dar. Kriegsschäden und Demontagen haben aber gerade diesen Industriezweig am stärksten getroffen. Ich brauche nur an die Demontage von Kugelfischer, MAN-Nürnberg usw. zu erinnern. Hier gilt es also vor allem durch Remontagekredite den Wiederaufbau zu forcieren und eine volle Kapazitätsausnutzung durch gesteigerte Investitionen in der gesamten Wirtschaft zu sichern. Mein Ministerium hat in den Verhandlungen mit den Betrieben die Aufnahme neuer Fertigungen und die Abrundung der einzelnen Produktionsprogramme angeregt. In diesem Zusammenhang muß vor allem auf die Förderung des Textilmaschinenbaues hingewiesen werden, der nach dem Ausfall der Ostzone für die westdeutsche Textilindustrie lebenswichtig und darüber hinaus eine Möglichkeit zur Exportsteigerung ist. Bayern ist mit den bis jetzt angegliederten Textilmaschinenbetrieben führend in Westdeutschland geworden. Viele Industriewerke der Ostzone haben ihren Weg nach Bayern gefunden und den bayerischen Maschinenbau vielseitiger, aber auch konjunkturrempfindlicher gemacht. Die Zahl der im Maschinenbau Beschäftigten ist um 55 Prozent auf 58 000 gestiegen. Der Spezialmaschinenbau wird mit Sicherheit auch in Zukunft ein wichtiges Aktivum der bayerischen Wirtschaft sein, allerdings werden zunächst noch beträchtliche Investitionen notwendig sein. Die ungünstigen Standortbedingungen zwingen dabei zur Rationalisierung der Betriebe und zu schärfster Kalkulation.

Erlauben Sie mir zum Thema Industrieförderung noch einige Beispiele aus anderen Wirtschaftszweigen. Die bayerische Textilindustrie hat seit Kriegsende eine lebhafte Entwicklung erfahren. Ihre Kapazität hat sich um rund 15 Prozent, in der Bekleidungsindustrie sogar um 30 Prozent, erweitert. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat seine Bemühungen dabei insbesondere auf die Überwindung der durch Krieg und Kriegsfolgen entstandenen Engpässe, zum Beispiel auf dem Gebiet der Streich- und Kammgarnspinnereien, gerichtet. Inzwischen konnte schon eine fühlbare Erleichterung in der Garnversorgung der Webereien und Strickereien erreicht werden. Gerade die neuentstandenen Flüchtlingsbetriebe, denen die notwendigen Geschäftsverbindungen zunächst fehlten, hatten hier lange Zeit mit beträchtlichen Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen. Das Ministerium hat sich — solange es auf diesem Gebiet noch Lenkungsfunktionen ausübte, um eine möglichst gerechte Verteilung der Rohstoffe bemüht.

Unsere Anstrengungen um den Ausbau der Textilindustrie sind durch die erfolgreiche Ansiedlung wertvoller sächsischer und sudetendeutscher Strumpfwirkeleien, Ausrüstungsfabriken, den neuen Einsatz von

Rottonmaschinen usw. belohnt worden. Die bayerische Textilindustrie bedarf dringend einer Modernisierung, wenn sie im Export wieder voll wettbewerbsfähig sein will. Beträchtliche Investitionen werden daher unerlässlich sein. Es ist uns gelungen, die Textilindustrie an die dritte Stelle — nach Maschinenbau und Elektroindustrie — im westdeutschen Investitionsplan zu bringen.

Die bayerische Lederindustrie hat durch den Zustrom zahlreicher Flüchtlingsbetriebe, vor allem der Handschuhherzeugung und Lederbekleidungsindustrie, ebenfalls einen starken Zuwachs erfahren. Wenn Bayern auch den stärksten süddeutschen Lederanfall besitzt, so liegt das Schwergewicht der lederverarbeitenden Industrie doch in Württemberg und Hessen. Die neuentstandenen Betriebe haben daher zum großen Teil einen harten Existenzkampf zu bestehen. Die Liquiditätslage ist durch die Lederpreiserhöhungen stark eingengt und macht sie kreditbedürftig. Die Struktur unserer ledererzeugenden Betriebe verursacht auf der einen Seite ein Überangebot an schweren Lederforten, auf der anderen Seite einen fühlbaren Mangel an Oberleder. Es galt daher vor allem, die Fabriken durch Gewährung von Flüchtlings- und sonstigen Krediten zu unterstützen, die hochwertiges Oberleder erzeugen. Für den Weiterbestand der bayerischen ledererzeugenden Betriebe, die in scharfem Wettbewerb mit den billigeren Einfuhrledern stehen, ist eine Modernisierung und Rationalisierung ebenso unerlässlich. Dazu sind wiederum langfristige Kredite notwendig.

Während Bayern dank seines Holzreichtums schon immer eine starke holzbearbeitende Industrie besaß, stand es in der Holzverarbeitung hinter Nordrhein-Westfalen und Württemberg oder dem Sudetenland zurück. Der Zuwachs an sudetendeutschen holzverarbeitenden Betrieben wurde daher von uns begrüßt und ihrer Ansiedlung wurde alle mögliche Unterstützung gewährt. Die neuentstandenen Betriebe wurden allerdings zum Teil durch die Geldreform in ihrer Existenz schwer bedroht. Die Gewährung von Flüchtlingsproduktivkrediten erwies sich daher gerade hier als besonders notwendig. Aber auch die alleingelassenen bayerischen Betriebe müssen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden, wenn sie weiterhin mit den vielfach stärkeren und moderneren Betrieben Nordrhein-Westfalens konkurrieren wollen. Die Gewährung langfristiger Investitionskredite zur Rationalisierung der Betriebe ist auch hier eine wesentliche Voraussetzung.

In unserer Glas- und Porzellanindustrie besitzen wir ein wirtschaftliches Aktivum, auf das Bayern mit Recht stolz sein kann. Die bayerische Porzellanindustrie umfaßt nahezu die gesamte westdeutsche Geschirrerzeugung und einen sehr hohen Anteil an der technischen Keramik. Dem Ministerium kam es vor allem darauf an, die Voraussetzungen für eine wesentliche Produktionssteigerung und volle Kapazitätsausnutzung zu schaffen, um einmal Bestrebungen anderer Länder, eigene Porzellanfertigungen zu errichten, auszuschalten, und zum anderen die Industrie durch Kostenlenkung im Export konkurrenzfähig zu erhalten.

Es galt hierbei vor allem, eine ausreichende Rohstoffversorgung mit Kohle, sowie tschechischem und sächsischem Kaolin sicherzustellen. Es ist gelungen, die Produktion gegenüber dem vergangenen Jahr um 56 Pro-

(Staatsminister Dr. Seidel)

zent zu steigern. Auch der Export konnte wesentlich erhöht werden, doch hat sich gezeigt, daß unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten gelitten hat und viele Länder der Einfuhr deutscher Porzellanerzeugnisse beträchtliche Schwierigkeiten bereiten.

Gerade im Hinblick auf den Export wird unsere Porzellanindustrie wesentlich rationeller arbeiten und sich den modernsten Produktionsmöglichkeiten anpassen müssen. Die Einführung von Tunnelöfen und die Verbesserung der wärmetechnischen Transportmöglichkeiten ist hierfür als erster Schritt in Angriff genommen worden.

Unsere sudetendeutschen Flüchtlinge brachten eine hochentwickelte glasverarbeitende Industrie nach Bayern. Die Ansiedlung der Gablonzer Industrie hat uns dabei vor manches schwierige Problem gestellt. 50 bis 60 Prozent der ausgewiesenen sudetendeutschen Glasfacharbeiter konnten in den beiden Hauptzentren Kaufbeuren und Warnefeld eingestiedelt werden. Das Ministerium hat die Errichtung einer Reihe von Glashütten tatkräftig unterstützt. Die Gablonzer Industrie hat seit der Geldreform mit großen Existenzschwierigkeiten zu kämpfen. Der inländische Markt reicht für die Erzeugnisse der Gablonzer nicht aus, der Export der Glas- und Schmuckwaren wurde daher nachhaltig gefördert. Die bisherigen Handelsverträge mit ihrer scharfen Unterscheidung von lebenswichtigen und weniger wichtigen Gütern haben aber die Ausfuhr beinahe unmöglich gemacht. Es ist zu hoffen, daß der inzwischen mit Italien abgeschlossene Handelsvertrag und die nunmehr in Anlauf befindliche Liberalisierung des Handels mit den ERP-Ländern erleichterte Exportmöglichkeiten für die Gablonzer schaffen wird. Wir haben schon viel Geld in die Glas- und Schmuckwarenindustrie gesteckt, wir sind aber überzeugt, daß der harnächtige Aufbaumwille der Gablonzer eines Tages doch belohnt wird. Allerdings ist Voraussetzung dafür, daß die Gablonzer mehr als bisher unter sich einig sind.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Meine Damen und Herren, die Aufzählungen von Beispielen der Industrieförderung ließe sich noch wesentlich erweitern und auf zahlreiche andere Industriezweige ausdehnen. Ich bin jedoch sicher, daß Sie hinter meinem nüchternen Bericht etwas von der Mühe, den zahllosen Schwierigkeiten und Überlegungen gespürt haben, die meinem Ministerium aus diesen Aufgaben erwachsen sind.

Die Ausweitung der industriellen Kapazität Bayerns hat seit Kriegsende ein Tempo und Ausmaß angenommen, wie wir es bisher in der Geschichte unseres Landes noch nie erlebt haben. Die Probleme der Arbeitslosigkeit, denen wir heute gegenüberstehen, werden in etwa aufgewogen von den Erfolgen, die wir auf dem Gebiet der Ansiedlung neuer Betriebe und damit der Schaffung zahlloser neuer Arbeitsplätze erzielen konnten. Daß ein in so kurzer Zeit vollzogener Industrieausweitungsprozeß manchmal auch von Konkursen, Kapitalfehlleitungen und Mißerfolgen begleitet ist, wird sich in keinem Wirtschaftssystem vermeiden lassen. In einem autoritären Wirtschaftssystem lassen sie sich höchstens

verheimlichen. Wir aber wollen wieder eine ehrliche Wirtschaft, die auf der Leistung der einzelnen Betriebe aufgebaut ist und in der die Betriebe untereinander in einen ehrlichen Wettbewerb treten. Es ist gerade der Verbraucher, der am meisten aus einer solchen Wettbewerbs- und Leistungswirtschaft profitieren wird. Ich bin sicher, daß wir auch mit dem Arbeitslosenproblem fertig werden, wenn wir in der bisherigen Arbeitsweise fortfahren können.

Eine große Aufgabe kam der Landesplanung meines Ministeriums bei der Neuansetzung der Betriebe zu. Die Neuansetzung von Betrieben konnte und durfte nicht planlos erfolgen, da die Raumnot — der Mangel an Wohnraum und Arbeitsstätten — alle unternehmerische Initiative überschattete. Aufgabe der Landesplanung ist es daher, eine bestmögliche Raumnutzung im volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse zu gewährleisten. Die Kriegswirtschaft und die Nachwirkungen des Krieges haben die bayerische Raumordnung weitgehend zerstört. Die Menschen ballen sich an Orten, an denen sie keine Arbeit finden können; die Industrie aber hat zum Teil Mangel an Arbeitskräften, weil es am Betriebsort an Wohnungen fehlt. Die Arbeit der Landesplanung ging daher in erster Linie dahin, einmal das Auseinanderklaffen von Wohnung und Arbeitsstätte zu beseitigen, das heißt Möglichkeiten aufzuzeigen, bei denen die Arbeitssuchenden an die Arbeitsplätze herangeführt werden können. Zum zweiten ist sie bemüht, die Standorte ausfindig zu machen, an denen neue Betriebe zu möglichst günstigen Produktionsbedingungen entstehen können. Die Landesplanung hat sich dabei vor allem für die gewerbliche Auswertung der ehemaligen Heeres- und Rüstungsanlagen, der sogenannten Munas und Kasernen eingesetzt. Bayern hat in der Verwertung ehemaliger Wehrmachtsgelände Vorbildliches geleistet. Vor allem arbeitsintensive, nicht ausgesprochen standortgebundene Industrien konnten auf diese Weise angesiedelt werden. 23 000 Arbeitskräfte haben in 1090 auf derartigem Gelände angesiedelten Betrieben Arbeit und zumeist auch Wohnungen gefunden. Die Industrie-raumnot konnte durch die Arbeit der Landesplanung wesentlich gemildert werden.

Zum dritten arbeitet die Landesplanung an allen grundsätzlichen raumpolitischen Wiederaufbaufragen. Sie verfolgt dabei das Prinzip der Dezentralisation und versucht, eine wesentlich stärkere gewerbliche Durchdringung der Landstädte, Marktflecken, der Fremdenverkehrs- oder vorwiegend agrarischen Gebiete unseres Landes zu erreichen. In besonderem Maße widmet sie sich den notleidenden Gebieten Bayerns und erarbeitet Unterlagen, die zu einer systematischen Abhilfe der überaus schwierigen Notstände führen können. Hier liegt noch ein weites Arbeitsfeld vor uns. Die Begrenztheit unserer Mittel macht es uns nicht möglich, diese Probleme so rasch und umfassend anzupacken, wie es unser Wunsch wäre.

Neben der laufenden Beratung und Betreuung der Wirtschaft hat die Landesplanung eine langfristige raumpolitische Aufgabe zu erfüllen, die in der Aufstellung eines umfassenden Landesentwicklungsplans ihren Ausdruck findet. Auf Grund der Verordnung vom 23. Juni 1949 wurde ein interministerieller Aus-

(Staatsminister Dr. Seidel)

schuß für Landesplanung gebildet, der alle an den Fragen der Raumordnung interessierten Ressorts für die Behandlung wichtiger Landesplanungsfragen zusammenfaßt. Die Arbeit dieses Ausschusses ermöglichte eine enge Koordinierung und gegenseitige Abstimmung und hat sich als außerordentlich fruchtbar erwiesen.

Meine Damen und Herren, bei der Behandlung einzelner bayerischer Wirtschaftszweige habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß beträchtliche Neuinvestitionen notwendig sind, um die Betriebe auszubauen, zu rationalisieren und zu modernisieren, ihre Produktion zu steigern und ihre Wettbewerbsfähigkeit im In- und Ausland zu erhöhen. Investitionen aber verlangen den Einsatz von Kapital. Krieg und Kriegsfolgen haben die Kapitalbasis unserer Wirtschaft außerordentlich geschwächt. Das für Neuinvestitionen notwendige Kapital kann nur zu einem geringen Teil von den Betrieben selbst aufgebracht werden, wodurch die Nachfrage nach mittel- und langfristigen Kredit ins Ungemessene angewachsen ist. Die Kapitalnot ist heute neben der Arbeitslosigkeit zum Hauptproblem unserer Wirtschaft geworden. Kredit aber kann, wenn nicht zugleich inflationistische Gefahren ausgelöst werden sollen, nur dann gegeben werden, wenn er durch anderweitig geschaffene Kapitalwerte gedeckt ist. Die Sparkapitalbildung hat nach der Geldreform nur sehr langsam wieder eingesetzt und die hieraus dem Kapitalmarkt zufließenden Beträge sind angesichts des Kreditbedarfs nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Auch die Summen, die von den Versicherungsträgern und anderen Kapitalsammelstellen für langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden können, reichen keineswegs aus, um den Kreditbedarf zu decken. Die bisher aufgelegten Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der übrigen Banken sind trotz Steuervergünstigungen und anderer Erleichterungen aus privaten Quellen nur geringfügig gezeichnet worden. Der Staat mit seinen riesigen fixen Kosten kann nur in Ausnahmefällen selbst Kreditgeber sein, er kann höchstens durch die Gewährung von Staatsgarantien oder Zinsbürgschaften die Kreditgewährung der Banken begünstigen.

Bei dieser Sachlage ist es selbstverständlich, aber auch gefährlich, daß sich die Erwartungen aller Kredit-suchenden auf den einzigen größeren Kapitalsammeltopf gerichtet haben, der in Westdeutschland gebildet wurde, nämlich die DM-Gegenwerte aus GARIOA- und ERP-Einfuhren. Hier handelt es sich wirklich um echtes Kapital, das aus der DM-Bezahlung für schon in die Wirtschaft geflossene, in Dollars kreditierte Einfuhren entstanden ist. Die Freigabe dieser Gegenwerte hat sich aber die ECA-Verwaltung in Washington für ERP-Gegenwerte und die USZ-Bezahlungsmacht für die GARIOA-Gegenwerte selbst vorbehalten. Die Ansprüche auf diesen Kapitalfonds übersteigen die effektiv angesammelten Beträge bei weitem. Ihre Verteilung muß daher nach Dringlichkeitsstufen gelenkt werden und in Einklang mit dem langfristigen Wiederaufbauplan der westdeutschen Wirtschaft, also auch dem europäischen Wiederaufbauprogramm, stehen. Dieser Plan ist im Zusammenwirken mit den Ländern auf bizonaler beziehungsweise Bundesebene erstellt wor-

den. Die Investitionskreditanträge wurden und werden dabei auf Landesebene begutachtet, geprüft und gehen, wenn sie als vertretbar angesehen werden, mit der Befürwortung des Ministeriums an das Bundeswirtschaftsministerium. Dort ist wieder in enger Zusammenarbeit mit den Ländern ein westdeutscher Investitionsplan ausgearbeitet worden. Dieses Verfahren hat sich als kompliziert und langwierig erwiesen; bei dem ungeheuren Mißverhältnis von Kapitalverfügbarkeit und Kreditansprüchen bietet es jedoch die Gewähr dafür, daß die volkswirtschaftlich vordringlichen Investitionsprojekte vor den weniger dringlichen Vorhaben zum Zuge kommen. Zudem hat es mit der tatsächlichen Verfügbarkeit von langfristigen Kreditmitteln Schritt gehalten. Wir kommen heute um eine Kreditlenkung nicht herum — sie ist zum entscheidenden Mittel der Wirtschaftspolitik geworden. Außerdem werden diese Steuerungsmaßnahmen von der ECA-Mission gefordert. Die in der Verwaltung für Wirtschaft ausgearbeitete Kapitalmarkttempfehlungsliste — ich weise nachdrücklich auf das Wort „Empfehlung“ hin — wurde an die Kreditanstalt für Wiederaufbau als zentrales Refinanzierungsinstitut weitergereicht. In dieser Liste wurden nur langfristige Kredite über 100 000 DM berücksichtigt.

Mein Ministerium hat bei der Verwaltung für Wirtschaft bisher Anträge in einer Gesamthöhe von 410 Millionen für die gesamte gewerbliche Wirtschaft Bayerns, also Industrie, Handel, Handwerk, Fremdenverkehr eingereicht. Die bei der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung beantragten Kredite für den bayerischen Bergbau, sowie die Energie- und Eisenprojekte sind nicht darin enthalten. Es ist nicht zu erwarten, daß die gesamten bayerischen Kreditwünsche in absehbarer Zeit erfüllt werden können. Von den bayerischen Investitionsanträgen sind in die Kapitalmarkttempfehlungsliste vorläufig Vorhaben mit einem Kreditbedarf von 236 Millionen aufgenommen worden. Dies sind 18,2 Prozent der insgesamt aufgenommenen Projekte aller Länder des Bundesgebietes. Es wurde damit eine Quote erzielt, die weit über unserem Kapazitätsanteil an der westdeutschen Industrie liegt. Damit ist aber noch nichts über die tatsächlichen Ausichten auf Kreditgewährung gesagt. Aus den Counterpart Funds sind im vergangenen Jahr nur Mittel aus GARIOA-Einfuhren, sowie ERP-Gegenwerte für den Energieausbau, den Bergbau, die Bewag Berlin und einige wenige andere Projekte freigegeben worden.

Im Rahmen des sogenannten Sofortprogramms, das aus GARIOA-Gegenwerten finanziert wurde, sind für die westdeutsche Industrie 70,5 Millionen DM freigegeben worden, wobei auf Bayern der beträchtliche Anteil von 18 Millionen DM entfiel; ein Erfolg, mit dem wir zufrieden sein können. Hiervon wiederum erhielt die Elektroindustrie, deren Bedeutung für ganz Westdeutschland allgemein anerkannt wurde, den Löwenanteil. Unmittelbar nach Abschluß des EKR-Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland hat die ECA-Verwaltung der Freigabe von 1036 Millionen DM ERP-Gegenwerten für sämtliche Wirtschaftszweige zugestimmt. 600 Millionen davon werden zur Zeit freigegeben, weitere 436 Millionen DM sollen zu einem späteren Zeitpunkt freigegeben werden. An den für Industrie (ohne eisen-schaffende Industrie), Handel und Fremdenverkehr mit einer ersten

(Staatsminister Dr. Seidel)

Kreditrate zur Auswahl vorgeschlagenen Projekten mit einem Gesamtbetrag im Bundesgebiet (einschließlich Berlin) von rund 318 Millionen DM ist Bayern mit rund 52 Millionen DM beteiligt. Bayern erreicht also einen Anteil von mehr als 16 Prozent, der seinen Kapazitätsanteil innerhalb des Bundesgebietes beträchtlich übersteigt. Im Vordergrund der Kreditprojekte stehen der Maschinenbau mit 13,9 Millionen, die Elektroindustrie mit 16,2 Millionen, Feinmechanik und Optik mit 1,3 Millionen, Holzbe- und Holzverarbeitung mit rund 6,2 Millionen, Steine- und Erden-Industrie mit 1,5 Millionen, Glas, Porzellan und Keramik mit 1,2 Millionen, Textil- und Bekleidungs-Industrie mit 6,1 Millionen und die Chemische Industrie mit 1,7 Millionen DM.

Ich darf betonen, daß die Zuteilungsentcheidung nach Genehmigung der Kreditanträge durch die vorgenannten Instanzen ausschließlich bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau liegt. Hieraus ergeben sich erhebliche Schwierigkeiten, da die Kreditanstalt auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen dingliche Sicherheiten verlangt, die in vielen Fällen von den Betrieben, namentlich von sogenannten Pionierunternehmen, nicht gegeben werden können. Dem hohen Haus ist deshalb ein Gesetzentwurf vorgelegt und von ihm inzwischen auch beschlossen worden, der das Land Bayern instandsetzt, auch für derartige Kredite gegenüber der Kreditanstalt Staatsbürgschaften zu übernehmen. Ich brauche nicht zu betonen, daß die Entscheidung hierüber eine besonders verantwortungsbewußte Maßnahme darstellt.

(Abg. Wimmer: Sofern kein inzwischen bankrott gewordenes Unternehmen dabei ist!)

— Das Unternehmen, Herr Abgeordneter Wimmer, das Sie im Auge haben, ist bereits ausgeschaltet.

Zum Abschluß meiner Ausführungen über die staatlichen Maßnahmen zur Industrieförderung möchte ich noch kurz auf ein Aufgabengebiet hinweisen, das sich meinem Ministerium erst seit kurzer Zeit gestellt hat. Ich meine damit die von der Landeswirtschaftsverwaltung zu ergreifenden Maßnahmen zur Überwindung der Absatzkrisen, die in einzelnen Industriezweigen entstanden sind und entstehen können. Absatzkrisen können in jeder normalen Wirtschaft von Zeit zu Zeit auftreten, sie verlangen jedoch helfende und unterstützende Maßnahmen des Staates, wenn wichtige Industriezweige mit hohen Beschäftigungsziffern durch konjunkturelle Einflüsse in ihrem Bestand gefährdet werden und die Vernichtung dieser Industriezweige im Interesse der volkswirtschaftlichen Struktur und der Arbeitskräfte auf alle Fälle verhindert werden muß. Es kann dabei also nicht darauf ankommen, jeden existierenden Betrieb um jeden Preis in seinem Bestand zu sichern, sondern vorübergehend in Not geratenen Wirtschaftszweigen durch geeignete Maßnahmen wieder auf die Beine zu helfen. Absatzkrisen sind in der Zeit nach der Geldreform zum Teil durch das Ausbleiben großer Investitionen und eines großzügigen Wohnungsbaues im ganzen Bundesgebiet eingetreten.

Der eben vor mir geschilderte Mangel an Kapital wirkt sich damit naturgemäß nicht nur auf die investitionsbedürftigen Industriezweige, sondern auch auf die

Investitionsgüter erstellenden Industriegruppen, also z. B. den Maschinenbau usw., aus. Vor allem die Holzverarbeitende Industrie hatte durch das Fehlen des Wohnungsbaues unter Absatzstokungen zu leiden. Der Notlage der Holzverarbeitenden Industrie wurde von meinem Ministerium insofern Rechnung getragen, als es sich im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und der Obersten Baubehörde dafür einsetzte, daß ein Betrag von 3,3 Millionen DM für die Abnahme von Fertighäusern aus dem Soforthilfeprogramm abgezweigt wurde. Diese Aktion ist nunmehr zum Abschluß gekommen. Es ist gelungen, die größten Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie vor der Betriebsstillegung und damit vor größeren Arbeiterentlassungen zu bewahren. Von verschiedenen Seiten ist gegen die Aktion Kritik geübt worden, zum Teil mit der Begründung, es wäre besser gewesen, die Firmen zum Konkurs kommen zu lassen und dann aus der Konkursmasse die Fertighäuser umso billiger zu erwerben. Zweck der Aktion aber war es ja gerade, Betriebsstillegung und eine Entlassung von Arbeitskräften zu vermeiden.

Absatzkrisen sind durch mangelnde Investitionsmöglichkeit des Staates auch in der Pflasterstein-Industrie eingetreten. Der Landtag hat sich im Wirtschaftsausschuß schon mit dieser Frage beschäftigt. Dieser hat zur Behebung der Absatzkrise beschlossen, das Finanzministerium zu veranlassen, der Obersten Baubehörde hierfür eine nachträgliche Bewilligung von 1 Million DM zu geben. Dieser Betrag ist zweckgebunden für den Ankauf von bayerischen Pflastersteinen, die auf Straßen 1. Ordnung eingebaut werden müssen. Weiterhin hat sich das Finanzministerium nach gemeinsamer Beratung mit dem Wirtschaftsausschuß bereit erklärt, den Städten eine langfristige Anleihe von 2,5 Millionen DM zum Ankauf von Pflastersteinen zu geben. Damit werden nicht nur die 50 000 Tonnen Lagerbestand abgenommen, sondern auch noch weitere 20 bis 30 000 Tonnen zusätzlich erzeugt werden können.

Die derzeitige Handhabung der Handelsvertragspolitik zwingt Westdeutschland teilweise dazu, Rohstoffe einzuführen, die es im eigenen Land ausreichend besitzt, oder Fertigwaren zu beziehen, für die bisher nur die Rohstoffe importiert wurden. So besitzt Bayern soviel Flußpat und Graphit, daß es nicht nur den eigenen Bedarf decken kann, sondern darüber hinaus von jeher beachtliche Mengen exportierte. In den bisherigen Handelsverträgen wurde jedoch Deutschland aus handelspolitischen Gründen gezwungen, Flußpat und Graphit zu Preisen einzuführen, die unter den inländischen Produktionskosten liegen. Oder ein anderes Beispiel: Deutschland muß Holz einführen und wird in diesem Jahr Holz aus Österrreich einführen. Im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten haben aber die Österreicher —

(Bezold Otto: Die Herren Österreicher!)

— die Herren Österreicher darauf gedrungen, daß wir Schnittholz, also schon einmal bearbeitetes und damit devisenteureres Holz, abnehmen, während unsere an der österreichischen Grenze liegenden Sägewerke ihre Kapazität nicht auszulasten vermögen.

Besondere Sorgen bereitete uns seit Mitte des vergangenen Jahres die Beschäftigungslage in der bayerischen Zellstoffindustrie. Durch ein Übermaß an

(Staatsminister Dr. Seidel)

nordischen Importen zu wesentlich billigeren Preisen trat eine Absatzkrise ein, die in Anbetracht der hohen Lagerbestände zu Produktionsstilllegungen führte. Durch Bereitstellung kurzfristiger Kredite ist es gelungen, die Ausfuhr der nahezu tausendköpfigen Belegenschaft des Kelheimer Zellstoffwerkes zu vermeiden. Vor allem aber hat sich mein Ministerium mit Nachdruck für eine sofortige Sperrung der Importe eingesetzt.

In zahllosen Verhandlungen hat mein Ministerium versucht, auf die Handelsvertragspolitik Einfluß zu nehmen und berechnete bayerische Wirtschaftsinteressen zu schützen. Bei den bisherigen Handelsvertragsabschlüssen, in denen den deutschen Stellen die Hände weitgehend gebunden waren, ist dies nicht immer gelungen; wir hoffen aber jetzt dadurch bessere Verhältnisse schaffen zu können, daß wir selbst die Handelsverträge abschließen und nicht mehr nur Begleitpersonen der Alliierten sind.

Eines aber muß in diesem Zusammenhang mit Nachdruck gesagt werden: Wir werden zwar alles tun, um unsere Industrie vor dem Einbruch der ausländischen Konkurrenz zu schützen, wir können dies aber dann nicht tun und auch dem deutschen Verbraucher gegenüber nicht verantworten, wenn das Ausland qualitativ besser und wesentlich billiger zu liefern in der Lage ist.

(Abgeordneter Bezold Otto: Sehr richtig!)

Auch hier erhebt sich also wieder die Forderung an die Industrie, zu rationalisieren und ihre Kosten so weit als möglich zu senken. Rationalisieren ist keine bequeme Aufgabe und wir besitzen eine noch zu geringe Anzahl von echten und wirklichen Unternehmern, die sich einer solch schwierigen und undankbaren Aufgabe unterziehen.

(Dr. Hille: Sehr richtig!)

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zum letzten Kapitel meiner Ausführungen: dem Außenhandel. Wie ich Ihnen eingangs erläuterte, ist die Führung der Außenhandelspolitik Angelegenheit des Bundes und der Bundesregierung. Das enthebt die Landeswirtschaftsverwaltung nicht der Verpflichtung, sich sehr eingehend mit allen Außenhandelsfragen zu befassen und die besonderen Interessen der Wirtschaft ihres Landes auf dem Gebiet der Ein- und Ausfuhr zu wahren. Solange die Alliierten den Außenhandel vollkommen in eigener Regie leiteten, bestand die Aufgabe der deutschen Stellen nur in der Vorbereitung der äußerst komplizierten Antragstellung für Ein- und Ausfuhr, der Auslandsreisen, Devisengenehmigungen usw. Es war eine rein technische Arbeit, und diese Aufgabe wurde von dem Außenhandelskontor wahrgenommen, das meinem Ministerium angegliedert war. Allmählich konnte eine immer weiter gehende Übertragung der Aufgabengebiete in deutsche Hände und eine Vereinfachung der Verfahrensweise erreicht werden. Damit wuchsen gleichzeitig aber auch die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Außenhandelsabteilung. Die Vereinfachung des Außenhandelsverfahrens und die teilweise Übertragung der Devisengenehmigungen an die Außenhandelsbanken machten den Abbau des Außenhandelskontors möglich und ließen schließlich seine Auflösung im Frühjahr 1949 zu. Nunmehr befindet sich die JEIA in Liquidation; die Zweigstellen der JEIA sind bereits aufgelöst.

Damit haben die Bundes- und Länderverwaltungen nicht mehr nur vorbereitende und technische Arbeiten zu leisten, sie sind vielmehr selbst zu verantwortlichen Trägern der Außenhandelspolitik geworden. Die Landeswirtschaftsverwaltung hat dabei in erster Linie die bayerischen Aus- und Einfuhrinteressen beim Bund geltend zu machen. Andere Aufgaben, wie devisenwirtschaftliche, Geschäftsreiserverkehr, Lizenzzahlungen, Patentanmeldegebühren und viele andere Devisengeschäfte auf dem Gebiet der Dienstleistungen und Nebenkosten, sind wichtig und in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen.

Ich muß es mir versagen, grundsätzliche Ausführungen über den Außenhandel zu machen. Eine Bemerkung kann ich jedoch nicht unterlassen. Wir haben 1949 doppelt so viel eingeführt, als wir zu exportieren in der Lage waren. Die nicht durch die Ausfuhr gedeckten Einfuhren wurden uns durch Marshallplan- und GARIOA-Gelder vorläufig finanziert. Schon in diesem Jahr werden aber die amerikanischen Dollarzuschüsse beträchtlich kleiner werden, im Jahre 1952/1953 werden sie mit Sicherheit völlig ausbleiben. In solcher Lage ist der Satz „Exportieren oder Sterben“ wirklich keine Redensart.

(Sehr gut!)

Wir haben deshalb allen Anlaß, Maßnahmen zu erfinden, die eine exportfördernde Wirkung haben können. Bayern hat in der Vergangenheit seine Exportaufgabe erfüllt. Wir lagen lange Zeit an der Spitze. Als Land mit einer ausgesprochenen Veredelungswirtschaft kann es auch in der Zukunft mit der Ausfuhr von Fertigwaren einen wesentlichen Beitrag zur Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft leisten. Die Außenhandelsabteilung meines Ministeriums ist angewiesen, keine Mühe zu scheuen, damit der Beitrag auch wirklich geleistet werden kann.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich am Schluß meiner Ausführungen angelangt. Die Ausführungen hatten die Absicht, Ihnen einen Überblick über die vielfältigen, schwierigen und problematischen Aufgaben meines Ministeriums zu vermitteln. Vielleicht haben Sie den Eindruck gewonnen, daß manches erreicht wurde. Noch ist vieles zu tun. Die Arbeit kann nur mit einer ausreichenden, kenntnisreichen und fleißigen Verwaltung geleistet werden. Der augenblickliche Umfang entspricht dem Umfang der Aufgaben. In dieser Feststellung liegt nach meinem Gefühl die Berechtigung des vorgelegten Etats meines Ministeriums.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, im Interesse unseres Landes den Etat zu genehmigen.

(Lebhafter Beifall, insbesondere bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich möchte dem hohen Haus folgenden eben eingelaufenen Antrag Dr. Korff und Fraktion bekanntgeben:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, die zur Schulreform notwendigen Gesetze, insbesondere

a) das Gesetz zur Neugestaltung der Lehrerbildung,

b) das Schulaufbaugesetz

noch in dieser Sitzungsperiode dem Landtag vorzulegen.

(I. Vizepräsident)

Ich schlage dem Hause vor, diesen Antrag dem Kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. — Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Dann schlage ich vor, daß wir jetzt unsere Beratung abbrechen und heute nachmittag um 3 Uhr fortsetzen. Wir nehmen zuerst eine Reihe kleiner Gesetze vor — das wird ungefähr eine halbe Stunde in Anspruch nehmen — und treten dann in die Debatte zum Haushalt des Wirtschaftsministeriums ein.

(Staatsminister Dr. Seidel: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß ich heute um 20 Uhr 20 nach Bonn zum Bundesrat fahren muß.)

— Es läßt sich nicht anders machen, weil der Senat die Gesetze verabschieden muß. — Das Haus ist also damit einverstanden; es ist so beschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung.

(Die Sitzung wird um 11 Uhr 55 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 15 Uhr 15 Minuten durch den Präsidenten Dr. Stang wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Nach dem heute früh gefaßten Beschluß, vorerst die Weiterberatung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums für Wirtschaft zu unterbrechen, werden zunächst einige kleinere Gesetzentwürfe Gegenstand unserer Beratung und Beschlußfassung sein. Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Beschluß des Senats vom 25. Januar 1950 zum Vierten Gesetz über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates (Beilage 3326).

Berichterstatter ist der Abgeordnete Schefbed. Zu § 3 Abs. 5 dieses Gesetzentwurfs liegt ein **Abänderungsantrag** des Haushaltsausschusses vom 1. Februar 1950 vor, der Ihnen vervielfältigt ausgehändigt worden ist und über den der Abgeordnete Dr. Winkler berichtet.

Ich gebe zunächst dem Herrn Abgeordneten Schefbed als Berichterstatter das Wort.

Schefbed (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Senat hat mit Beschluß vom 25. Januar 1950 gegen das Vierte Gesetz über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates vier Einwendungen erhoben.

In seiner ersten Einwendung (Anlage 15) begründet der Senat den Vorschlag, in § 2 Abs. 2 des Gesetzentwurfs die Worte „nach Möglichkeit“ zu streichen.

Der Berichterstatter und der Mitberichterstatter konnten sich jedoch in der 126. Sitzung des Verfassungsausschusses diesen Einwendungen nicht anschließen, da bei deren Berücksichtigung die Staatsregierung in der Möglichkeit der Kreditgewährung eingeengt würde. Der Ausschuß hat daher am 31. Januar 1950 beschlossen, den Einwendungen des Senats in Ziffer 1 nicht Rechnung zu tragen, und empfiehlt Ihnen, diesem Beschluß beizutreten.

In Ziffer 2 der Einwendungen wird vorgeschlagen, in § 3 Abs. 4 die Worte „sowie Abs. 3 Satz 2“ zu strei-

chen, nachdem in Abs. 3 der Satz 2 gestrichen wurde. Der Ausschuß beschloß einstimmig, dieser Einwendung des Senats Rechnung zu tragen, da hier ein redaktionelles Versehen des Landtags vorgelegen habe; die Worte „sowie Abs. 3 Satz 2“ in § 3 Abs. 4 des Gesetzes hätten auf Grund der Streichung von § 3 Abs. 3 Satz 2 ebenfalls gestrichen werden müssen.

In Ziffer 3 seiner Einwendungen empfiehlt der Senat, dem § 3 Abs. 5 einen zweiten Satz folgenden Wortlauts anzufügen:

Diesem Ausschuß gehört ein vom Senat bestelltes Mitglied seines Finanz- und Haushaltsausschusses mit beratender Stimme an.

Bei der Ausschußberatung sprach sich der Berichterstatter grundsätzlich gegen die Einführung gemischter Parlamentsausschüsse aus, die die Bayerische Verfassung nicht kenne, und beantragte daher, die Einwendungen des Senats insoweit abzulehnen. Der Mitberichterstatter schloß sich der Auffassung des Berichterstatters an. Der Ausschuß beschloß sodann einstimmig, Ihnen vorzuschlagen, den Einwendungen des Senats in Ziffer 3 nicht Rechnung zu tragen.

Die vierte vom Senat vorgeschlagene Änderung geht dahin, daß in § 5 Ziffer 2 und 4 jeweils vor dem Worte „Verbindlichkeiten“ das Wort „langfristigen“ eingefügt werden sollte. Der Berichterstatter erhob hiergegen keine Bedenken. Der Mitberichterstatter schloß sich dieser Ansicht des Berichterstatters an. Der Ausschuß faßte daraufhin den Beschluß, den Einwendungen des Senats in Ziffer 4 mit der Maßgabe Rechnung zu tragen, daß in § 5 Ziffer 2 und 4 jeweils vor dem Worte „Verbindlichkeiten“ das Wort „langfristigen“ eingefügt wird.

Ich bitte Sie, den vorgetragenen Beschlüssen des Rechts- und Verfassungsausschusses Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Der Berichterstatter hat Ihnen die vom Senat beschlossenen Änderungen vorgetragen, zu denen der Rechts- und Verfassungsausschuß teilweise Zustimmung empfiehlt. Auch aus dem Hause werden verschiedene Änderungen beantragt, so daß ich eine ordnungsgemäße dritte Lesung empfehle. Es haben bereits zwei Lesungen dieses Gesetzes stattgefunden. Der Abänderungsantrag des Haushaltsausschusses ist von mir vorhin bereits erwähnt worden.

In der Aussprache, die ich nunmehr eröffne, hat zunächst der Herr Abgeordnete Stod das Wort.

Stod (SPD): Meine Damen und Herren! Im Haushaltsausschuß ist bei der Beratung des Vierten Gesetzes über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates darüber gesprochen worden, wie diese Kredite im einzelnen verteilt werden sollen. Bei dieser Aussprache wurde auch erwähnt, daß ein Kredit von vorerst 5 Millionen DM an die **So-lig-Homogenholz-Werke** gegeben werden soll.

Diese Holog-Homogenholz-Werke haben schon früher einen Kredit von ca. 13 Millionen Mark des Reichsluftfahrtministeriums verbraucht, um ihre Patente auszuwerten. Es hat sich herausgestellt, daß keine positiven Ergebnisse dabei erzielt wurden. Ich habe schon seit Monaten mündliche und schriftliche Verhandlungen mit dem Wirtschaftsministerium über diese Angelegenheit gepflogen. Mein letztes Schreiben ist vom

(Stad [SPD])

26. Januar 1950. Ich habe mich in ihm mit folgenden Ausführungen an den Herrn Staatsminister gewandt:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Vor einigen Wochen habe ich mich mit Ihnen wegen obigen Betreffs unterhalten und gebeten, daß an die betreffende Gesellschaft keine Kredite gegeben werden sollen, da die Angelegenheit sehr umstritten ist.

Nun wurde mir wiederum mitgeteilt, daß jetzt die Frage erwogen wird, doch einen Kredit von 9 bis 10 Millionen DM durch Vermittlung des bayerischen Staates für das Projekt Regensburg der Hölzig-Homogenholz-Werke zu geben.

Mir ist bekannt, daß die Firma Gebrüder Micher, Holzindustrie in Rosenheim, sowie der Sprecher der westdeutschen Faserplattenindustrie, Herr Dr. Heinrich Wöß, in Firma W. Ruhensstroth G.m.b.H., Gütersloh, sich scharf gegen eine solche Kreditgabe ausgesprochen haben.

Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister, im Interesse unserer bayerischen Wirtschaft bitten, daß ein Kredit an die Firma Hölzig-Homogenholz-Gesellschaft nicht gegeben wird.

Wenn wir schon Kredite hinausgeben, haben wir so viele bayerische Firmen, die Kredite benötigen und es auch verdienen, daß ihnen durch Kredithilfe geholfen wird.“

Meine Damen und Herren! Bei dieser Firma handelt es sich um ein fremdes Unternehmen, das noch nicht besteht, sondern erst von Grund auf aufbauen will. Dieses Unternehmen hat nicht einmal die erforderlichen 10 Prozent Eigenkapital. Aus diesem Grunde glaube ich verpflichtet zu sein, eine Warnung auszusprechen, damit wir nicht einen zweiten Rühllein-Skandal in Bayern bekommen. Skandale sind schnell inszeniert und Volksvertretung und Regierung haben dann alles auszubaden, was einmal leichtfertig unternommen wird. Ich habe in dieser Angelegenheit Zuschriften noch und noch bekommen; ganze Pakete sind mir übergeben worden. Darin wird auch auf das hingewiesen, was ich schon sagte: Wenn schon ein Unternehmen aufgebaut werden soll und Eigenkapital nicht vorhanden ist — nicht einmal die 10 Prozent; denn die sind nur vorläufig einmal gezeichnet worden, und zwar von den Herren, die Aufsichtsratsmitglieder werden wollen —, so kann man, glaube ich, nicht genügend warnen, dafür einen Kredit von vorerst 5 Millionen DM hinauszugeben. Dann kommt es nämlich so: Mit den 5 Millionen DM wird diese Firma nicht so aufgebaut, wie es notwendig wäre, und dann kommen zu diesen 5 Millionen DM — weil wir sie schon einmal gegeben haben — noch weitere Millionen hinzu, so daß dann schließlich ein Betrag von 10 bis 15 Millionen DM, wie es hier von Fachleuten festgestellt wird, an ein Unternehmen hinausgegeben wird, das dem bayerischen Staat nach keiner Richtung hin einen Nutzen bringt.

Heute ist ja die Situation so: Weil leider nicht genügend Mittel vorhanden sind, um den Wohnungsbau so vorwärts zu treiben, wie es im Interesse der Wohnungsuchenden notwendig wäre, mangelt es am Ab-

satz dieses Produkts schon bei den Firmen, die es bereits heute herstellen, so daß auch diese nicht einmal voll beschäftigt sind, während auf der anderen Seite, wenn dieser Betrieb wirklich seine Produktion aufnehmen könnte und ins Laufen käme, dadurch Arbeitslose eigentlich gar nicht abgeschöpft würden; denn es könnten höchstens 200 oder 300 Leute dort beschäftigt werden und dafür würden in den anderen Betrieben infolge des Absatzmangels wieder 200 bis 300 Leute arbeitslos. Auch nach dieser Richtung hin wäre also dann gar kein Gewinn zu verzeichnen.

Deshalb möchte ich das hohe Haus bitten, in diesem Fall die Entscheidung noch zurückzustellen. Auch die große Firma Gebrüder M i c h e r in Rosenheim hat sich mit Schreiben vom 21. Januar 1950 direkt an das Finanzministerium gewandt. Ich will Ihnen nicht den ganzen langen Brief vorlesen, aber wenigstens den ersten Absatz, der sich mit dem Eigenkapital befaßt. Da heißt es:

1. Das Eigenkapital der Firma beträgt zirka 500 000 DM. Als erste Rate soll vom bayerischen Staat eine Ausfallbürgschaft über 5 Millionen gestellt werden. Das Verhältnis Eigenkapital zu Fremdkapital beträgt 1:10. Das heißt also, der bayerische Staat übernimmt neun Zehntel des gesamten Risikos.

Im dritten Absatz heißt es dann weiter:

Beachten Sie bitte aus den einzelnen Unterlagen die bisherige Verwendung von 13 Millionen Reichsmark, die damals vom Luftfahrtministerium gegeben wurden! Im Ausland besteht nur ein kleines Versuchswerk. Es stimmt schon sehr nachdenklich, warum in Europa die Schweizer Hölzig-Gesellschaft noch wenig Kapital, mit Ausnahme einer kleinen Anlage noch keine Fabrik auf die Beine gebracht hat. Nur Deutschland war schon einmal das Versuchsfeld mit Mitteln des Reichsluftfahrtministeriums und diesmal sollen es Mittel des bayerischen Staates sein.

Meine Damen und Herren! Ich wollte nicht versäumen, auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen und Sie dringend davor zu warnen, diese 5 Millionen DM hinauszugeben. Wenn wir schon Mittel haben, können wir sie meiner Ansicht nach im Interesse b a y e r i s c h e r Firmen anders verwenden.

(Zuruf aus der Mitte: Dem Micher in Rosenheim geben! — Heiterkeit.)

— Das habe ich nicht gesagt. Es gibt andere, und zwar kleine Betriebe. Ich darf Sie dabei auf folgendes aufmerksam machen: Wir haben heute in Bayern sehr viele Betriebe — ich könnte sogar konkrete Fälle anführen —, die in der Lage wären, noch Arbeit hereinzunehmen, wenn sie genügend Kredite bekommen würden. Sie sind aber nicht in der Lage, Arbeit hereinzunehmen, weil ihnen die Betriebsmittel dazu fehlen. Sie müssen doch bedenken: Wenn hier ein mittlerer Betrieb einen Auftrag von meinerwegen 600 000 Mark erhält — ich habe jetzt einen konkreten Fall im Auge —, dann ist es notwendig, daß er mindestens einen Kredit von 80- bis 100 000 DM bekommt, weil er ja diesen Auftrag vorfinanzieren muß. Er muß die Rohstoffe dafür anschaffen, die Arbeitslöhne und alles, was drum und dran hängt, bezahlen. Erst 4 oder 6 Wochen nach auftragsgemäßer Ablieferung bekommt er

(Stod [SPD])

sein Geld. Deshalb kann er diesen Auftrag nicht annehmen, weil ihm dazu die nötigen Mittel fehlen. Ich glaube, wenn wir die Mittel haben, so wäre es notwendig, diese Betrieben unter die Arme zu greifen und hier helfend einzuspringen. Dann hätten wir etwas Gutes für unsere bayerische Wirtschaft und für das bayerische Volk getan.

Präsident: Der Bericht des Herrn Abgeordneten Schefbeck hat sich nur auf die Verhandlungen des Verfassungsausschusses bezogen und nicht auf die des Staatshaushaltsausschusses, der einen Abänderungsantrag eingebracht hat. Deshalb erteile ich, bevor wir in der Rednerliste weiterfahren, zunächst einmal dem Herrn Berichterstatter Dr. Winkler das Wort zum Bericht über die Beratungen des Haushaltsausschusses.

Dr. Winkler (CSU) [Berichterstatter]: Damen und Herren dieses hohen Hauses! Der Ausschuß für den Staatshaushalt hat sich in seiner 143. Sitzung mit folgender Angelegenheit befaßt. In der Nachtsitzung vom 19. zum 20. Januar dieses Jahres hat die Vollversammlung des Bayerischen Landtags das Vierte Gesetz über Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen des bayerischen Staates gemäß Beilage 3283 und Beilage 3291 beschlossen. In § 3 dieses Gesetzes hat der Landtag seine Zustimmung dazu gegeben, daß für 30 Millionen DM ERP-Mittel die Bürgschaft des bayerischen Staates übernommen wird, um damit die Kreditgewährung zu gewährleisten. Für diese Bürgschaftsleistung des bayerischen Staates ist sodann nach § 3 Abs. 5 ein Ausschuß eingesetzt worden, bezüglich dessen es heißt:

Das Staatsministerium der Finanzen hat vor Abgabe einer Bürgschaftserklärung die Zustimmung des vom Bayerischen Landtag bestellten Ausschusses einzuholen.

Dieser Ausschuß ist sodann gebildet worden und hat bis heute vier Sitzungen abgehalten. Während in zwei Sitzungen ausschließlich die Frage erörtert wurde, wie weit die Prüfungstätigkeit dieses Ausschusses gehe und ob er nicht bloß die Prüfung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, sondern auch nach der finanztechnischen Seite und insbesondere nach der banktechnischen Seite vorzunehmen habe, wurden in den beiden anderen Sitzungen die vorgelegten Gesuche genehmigt.

Nachdem im Ausschuß Zweifel nicht beseitigt werden konnten, habe ich für die 143. Sitzung des Staatshaushaltsausschusses diesen um eine Entscheidung angerufen. Hier ist dann nach einer mehrstündigen Debatte der Beschluß gefaßt worden, daß nicht die Zustimmung, sondern nur die Meinung des Kreditausschusses zu erholen ist. Es kann nicht Sache der Legislative sein, sich in die Interna der Exekutive einzumischen und die banktechnische Seite jedes Gesuches zu prüfen. Dazu ist der Bayerische Landtag nicht da, sondern er soll nur auf Grund der Unterlagen, die vom Wirtschaftsministerium zu erstellen sind, seine Meinung zum Ausdruck bringen. Diesem Ergebnis hat der Haushaltsausschuß, wie gesagt, nach mehrstündiger Beratung dadurch Rechnung getragen, daß er in § 3 Absatz 5 das Wort „Zustimmung“ durch „Meinung“ ersetzt hat, so daß dieser Satz nunmehr folgenden Wortlaut hat:

Der Staatsminister der Finanzen hat vor Abgabe einer Bürgschaftserklärung die Meinung des vom Bayerischen Landtag bestellten Ausschusses einzuholen.

Ich darf das hohe Haus bitten, diesem Antrag seine Zustimmung zu geben.

Präsident: In der Reihe der Redner hat das Wort der Herr Staatsminister Dr. Seidel.

Staatsminister Dr. Seidel: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stod können nicht unwidersprochen bleiben, und zwar auf Grund folgender Tatsachen und Überlegungen: Das Homogen-Projekt ist von vornherein im Wirtschaftsministerium sehr eingehend geprüft worden. Schon vom Beginn der Projektierung an hat die Konkurrenz gegen dieses Objekt Sturm gelaufen. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb eine Reihe von Gutachten eingeholt, um sich Klarheit über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Vorhabens zu verschaffen. Diese Gutachten waren zum Teil gegen, zum Teil für das Projekt. Das Ministerium hat daraufhin den Kreditantrag an die Verwaltung für Wirtschaft nach Frankfurt nicht etwa ausschließlich von der günstigen Seite her befürwortend gegeben, sondern es hat die Verwaltung für Wirtschaft auch mit den Stimmen vertraut gemacht, die sich gegen das Projekt aussprachen. Die Verwaltung für Wirtschaft hat daraufhin zu einer eigenen Sitzung im Laufe des vorigen Jahres Wissenschaftler und Praktiker eingeladen, um mit ihnen zusammen die Möglichkeit dieses Verfahrens zu prüfen und die Auffassungen abzuwägen. Das Ergebnis war, daß diese Wissenschaftler und Praktiker erklärten, man müsse das Verfahren billigen.

Die Verwaltung für Wirtschaft hat sich damit nicht begnügt, sondern sie hat in der Folgezeit auch die Konkurrenten zu sich geladen

(Abgeordneter Niehling: Ganz richtig!)

und hat mit ihnen die Sache besprochen.

(Abgeordneter Niehling: Auch mit Richter-Rosenheim?)

Schließlich mußten auch die Konkurrenten zugeben, daß es sich hier um ein Projekt handelt, das natürlich wie jedes neue Verfahren problematisch ist, aber immerhin ein sehr ernsthaft zu wertendes Verfahren darstellt. Daraufhin hat die Verwaltung für Wirtschaft das Projekt in die Kapitalmarktempfehlungsliste aufgenommen. Die Wiederaufbaubank, die ja den Kredit, also das Geld, geben muß — der bayerische Staat soll ja kein Geld geben, sondern nur die Bürgschaft übernehmen —, hat nicht nur die volkswirtschaftliche Bedeutung des Projekts, sondern auch die Wirtschaftlichkeit des geplanten Unternehmens geprüft und ist zu dem Schluß gekommen, daß es sich hier um ein Vorhaben handelt, das nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch betriebswirtschaftlich gerechtfertigt und insolgedessen zu fördern ist. Der Kredit wurde deshalb bewilligt. Das ist die Sachlage.

Wie sollen sich nun die Dinge auf der bayerischen Ebene abspielen? Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Stod sagen, daß sein Parteifreund — mein Kollege in Nordrhein-Westfalen — Professor Nötting nicht so zögernd ist wie er; denn Professor Nötting hat unter Anwendung aller Mittel, die im

(Staatsminister Dr. Seidel)

Landes Nordrhein-Westfalen überhaupt zur Verfügung standen, das Werk in Triangel gefördert und gebaut.

(Abgeordneter Stoc: 1,3 Millionen!)

— 1,3 Millionen Betriebsmittel! Außerdem hat das Wirtschaftsministerium seine ganze Kraft eingesetzt, damit dieses Unternehmen in Triangel gebaut wird. Dort wird, soviel ich unterrichtet bin, im April die Produktion anlaufen. Ein weiteres Werk wird in Straßburg gebaut — auch die Franzosen haben sich die Dinge sehr genau überlegt —, ein anderes in Baiersbronn.

Wir im Wirtschaftsministerium stehen auf dem Standpunkt, daß man die Staatsbürgerschaft geben sollte, und zwar mit einer Bedingung versehen: mit der Bedingung, daß die dem Verfahren eigentümlichen Maschinen erst dann angeschafft werden sollen, wenn das Werk in Triangel zu laufen begonnen hat, daß also der erste Betrag, der von der Wiederaufbaubank gegeben wird, in erster Linie zur Anschaffung solcher Maschinen verwendet wird, die in jeder Faserholzverarbeitung Verwendung finden können.

Meine Damen und Herren! Sie können bei allen solchen Projekten nicht hundertprozentig auf Sicherheit gehen. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie von jeder Neuerung Abstand nehmen, dann dürfen Sie nur in den ausgetretenen alten Geleisen marschieren. Es ist eine Sache der Exekutive; das hat der Haushaltsausschuß erkannt. Die Verantwortung für diesen Kredit muß ja letzten Endes die Staatsregierung tragen, das heißt das Finanzministerium, das seine Unterschrift geben muß. Das Finanzministerium wird die Dinge sehr genau prüfen und hat sie schon sehr genau geprüft, und es wird eine weitere Sicherheit, so wie es heute vom Herrn Staatssekretär Dr. Müller formuliert worden ist, dadurch einzubauen versuchen, daß es die Bank zur Übernahme eines Teils des Risikos veranlassen wird.

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Prechtl.

(Zuruf des Abgeordneten Bodesheim.)

Zur Geschäftsordnung Abgeordneter Bodesheim!

Bodesheim (FDP): Ich habe den Eindruck: Unsere Debatte bewegt sich in einer falschen Richtung. Es ist nur Aufgabe des Plenums, den Satz zu bestätigen, daß der Kreditausschuß die Zustimmung geben soll. Im Plenum sollen nicht besondere Einzelfälle behandelt werden, sondern das Gesetz steht ausdrücklich vor, daß der Ausschuß allein diese Zustimmung gibt.

Präsident: Das ist Ihre Auffassung, Herr Kollege. Es soll im Plenum nur eine Aussprache über die grundsätzliche Frage stattfinden. Wir entscheiden hier nicht über die einzelnen Fälle.

Herr Abgeordneter Prechtl!

Prechtl (CSU): Meine Frauen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Stoc veranlassen mich doch auch, zu dieser Frage „Homogen“ einige Richtigstellungen zu treffen. Erstens einmal verwechselt der Herr Kollege Stoc dieses Unternehmen mit dem früheren Unternehmen, das während des Krieges solche Werke errichtet hatte, die sich dann nicht mehr auswirken konnten, weil der Krieg zu Ende ging. Die

Holig-Gesellschaft als solche hat mit dieser Gesellschaft, die hier als Bewerberin für einen ERP-Kredit auftritt, nichts zu tun, weil diese Gesellschaft Homogen-Holzwerk Bayern G. m. b. H. erst durch notarielle Urkunde am 29. Dezember 1949 begründet worden ist, die alte aber nicht mehr besteht. Ich bitte das sehr zu beachten. Der Herr Kollege Stoc sagt: Es handelt sich um ein nichtbayerisches Unternehmen. Auch das ist irrig. Ich kann hier mitteilen, wer die Gesellschafter sind:

Erster Gesellschafter: A. W. Faber-Castell, Stein bei Nürnberg;

zweiter Gesellschafter: A. Hausherr, Fabrikant, Sprochhövel, Westfalen;

dritter Gesellschafter: Holig-Homogen-Holzwerke G. m. b. H., Baiersbronn — das ist die Inhaberin des Fahrspatents —;

viertes Gesellschafter: Johann Jacob Bowinkel, Holzindustrie, München.

Man kann also nicht sagen, es handle sich hier um ein Unternehmen, das mit Bayern nichts zu tun hätte.

Weiter möchte ich feststellen, daß die Angaben des Herrn Kollegen Stoc bezüglich der Eigenleistung nicht stimmen. Zunächst sind, soviel ich weiß und wie ich immer gehört habe, weil es sich hier um ein neues Unternehmen — man könnte sagen, um ein Pionierunternehmen — handelt, von der Wiederaufbaubank nur 10 vom Hundert Eigenleistung gefordert. Diese zehn Prozent sind eingezahlt; das Gesellschafterkapital von 550 000 DM ist voll einbezahlt. Also auch hier irrt Herr Kollege Stoc.

Weiterhin hat die Gesellschaft erklärt, daß die Eigenleistung, wenn das Werk in Anlauf kommt, um weitere 250 000 DM erhöht wird. Die Gesellschafter sind derart, daß man annehmen kann, daß sie wissen, wofür sie ihr Geld einsetzen wollen. Dann möchte ich noch darauf aufmerksam machen: Die vermittelnde Bank ist die Bayerische Creditbank, also die Nachfolgerin der Deutschen Bank. In dem Aufsichtsrat der Gesellschaft sind — festgelegt in der Notariatsurkunde —: Vorsitzender Dr. Robert Frowein, Geschäftsleiter der Hessischen Bank (früher Deutsche Bank), Frankfurt/Main; Stellvertretender Vorsitzender Dr. Hans Feith, Mitglied der Geschäftsleitung der Bayerischen Creditbank, München (früher Deutsche Bank); Graf Roland Faber-Castell, Stein bei Nürnberg; Dr. Bertram Graubner, Fa. Joh. Jac. Bowinkel, Wiesbaden; Rechtsanwalt Franz Liedig, München; Albert Bowinkel, Fa. Joh. Jac. Bowinkel, Schnellsdorf/Unterfranken; Prof. Dr. Walter Wili, Bern, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Interwood A.G. (Schweizerische Homogenholzwerke).

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Ich bin der Meinung, daß, wenn es sich hier um ein Unternehmen handeln würde, das keinerlei Aussicht auf Verwirklichung und Bestand hätte, dann diese Männer, und zwar erstens einmal die Gesellschafter und zweitens auch die Aufsichtsratsmitglieder, ihren Namen nicht dazu hergegeben hätten, und daß vor allem die Bayerische Creditbank sich nicht als vermittelnde Bank zur Verfügung gestellt hätte; denn dafür halte ich die Bayerische Creditbank für ein viel zu ernstes Bankunternehmen,

(Abg. Dr. Hille: Siehe Leonhard!)

(Brechtl [CSU])

von dem ich weiß, daß es mit äußerster Gewissenhaftigkeit vorgeht. — Im übrigen war Leonhard bei der Gemeindebank und nicht bei der Creditbank, Herr Kollege Dr. Hille!

Also, um was geht es nun hier? Hier geht es um ein neues Verfahrensunternehmen für die Herstellung von *Hartholz*, und zwar auf Grund des Patents, das die Schweizer innehaben. Das Produkt wird hergestellt aus Abfallholz und es ist anerkannt, daß es alle bisherigen derartigen Produkte in seiner Bewertung weit übersteigt. Es ist auch anerkannt, daß es sich im Preise niedriger halten kann als die Konkurrenz-erzeugnisse. Daher der in den letzten Wochen entbrannte Konkurrenzkampf gegen dieses neue Unternehmen! Dabei ist es interessant, daß ausgerechnet der Unternehmer *Miher* in Rosenheim sich auch bemüht hat, Lizenzträger dieses Patentverfahrens zu werden. Er war aber nicht mehr dazu imstande, weil die Lizenzen bereits vergeben waren. Es ist sehr interessant, was sich hier im Hintergrund, hinter dem Vorhang abspielt.

Nun, meine sehr geehrten Frauen und Herren, wie komme ich dazu, daß ich in dieser Frage hier das Wort ergreife? Aus dem einfachen Grund, weil dieses Werk erstehen soll auf dem Gelände der ehemaligen *Muna*, das heißt der Luftwaffen-Munitionsanstalt Schierling.

(Abg. Stöck: Kirchturmpolitik!)

— Das ist keine Kirchturmpolitik, Herr Kollege Stöck, sondern eine berechtigte Vertretung der *Flüchtlinge* in meinem Landkreis und in dem benachbarten Landkreis Maltersdorf. Diese beiden Landkreise gehören mit zu den von Flüchtlingen am stärksten belasteten. In meinem Landkreis beträgt die Zahl der Flüchtlinge 34,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, während der Durchschnitt in Bayern wesentlich niedriger ist, und im Landkreis Maltersdorf ist der Prozentsatz nicht viel niedriger. Abgesehen davon hat ja der Herr Wirtschaftsminister soeben die wirtschaftliche Bedeutung dieses Unternehmens dargelegt. Unsere Flüchtlinge, für die wir in den rein landwirtschaftlich ausgerichteten Landkreisen unmöglich Arbeit und Brot in hinreichendem Maße beschaffen können, warten seit Jahren, daß ein größeres Industrieunternehmen entsteht. Wir haben heute aus dem Bericht des Herrn Wirtschaftsministers vernommen, wie sehr wir bemüht sein müssen, Industrie in jene Gegenden unseres Landes hinzubringen, in denen die Flüchtlingsbevölkerung angehäuft ist und keine Arbeitsmöglichkeit hat. Hier liegt ein solcher Fall vor.

Das Unternehmen entsteht auf dem ehemaligen *Muna*-Gelände Schierling. An Sicherheiten kann das Unternehmen dem bayerischen Staate bieten, wenn es den Grund und Boden erworben hat, vor allem die Eintragung einer Grundschuld. Vorläufig soll allerdings im Erbbaurecht gebaut werden, soweit ich unterrichtet bin. Weiterhin werden die gesamten Einrichtungen, die dort erstellt werden und mit dem Grund und Boden verbunden sind, eine Sicherheit darstellen und von einer weiteren Sicherheit hat Ihnen soeben der Herr Wirtschaftsminister berichtet.

Ich möchte also doch bitten, daß das hohe Haus dieser Sachlage Rechnung trägt. Es handelt sich wirklich um ein Neuunternehmen, das in erster Linie unserer Flüchtlingsbevölkerung Arbeit und Brot bringen soll. Hier kann nicht von Kirchturmpolitik die Rede

sein, sondern hier handelt es sich um eine selbstverständliche Verpflichtung, die ich als der Landrat für das Gebiet, in dem dieses Gelände zu einem großen Teil liegt, und als Abgeordneter auch für den benachbarten Landkreis meines Erachtens selbstverständlich übernehmen muß. Es ist ganz klar, daß ich mich unter den schwierigen Verhältnissen, wie sie für unsere Neubevölkerung gegeben sind, dafür einsetze, daß endlich einmal etwas entsteht, wodurch wenigstens einem Teil dieser Bevölkerung Arbeit und Brot verschafft werden kann.

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich bitten, diese Einzelfälle, über die schließlich doch der Ausschuß zu entscheiden hat, nicht hier im Plenum in longum et latum zu erörtern, sondern sich größerer Kürze zu befleißigen.

Das Wort hat Herr Kollege Weidner.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier gewiß um einen Einzelfall, aber dieser Einzelfall beansprucht 5 Millionen Mark, so daß ich glaube, er ist doch besonderer Behandlung wert.

Ich zweifle nicht daran, daß der Herr Wirtschaftsminister die gesamten Unterlagen ausführlich geprüft hat, bevor er zu seinem zustimmenden und anerkennenden Standpunkt gekommen ist. Ich gehe aber als Kaufmann davon aus, daß es zum mindesten ungewöhnlich ist, daß wir hier bei 10 Prozent Eigenkapital 90 Prozent Bürgschaft geben sollen. Ich mache als *Kaufmann* durchaus keinen Unterschied, ob es sich dabei um *Bargeld* handelt, das wir hergeben sollen, oder ob wir eine *Bürgschaft* geben;

(Stöck: Das ist daselbe!)

denn Bürgschaft und Bargeld ist für uns letzten Endes daselbe.

Was ich nicht kenne, bewillige ich nicht. Diese Sache aber kenne ich nicht so, daß ich ohne weiteres für die 5 Millionen eintreten kann. Ich unterstreiche da die Bedenken des Herrn Kollegen Stöck.

Denken wir dabei einmal an das große Problem der *Handwerkerkredite*!

(Sehr richtig!)

Die Handwerker wollen allgemein kleine Kredite haben. Ich glaube, bei der ausgeglichenen sozialen Struktur, die gerade auf diesem mittelständischen Sektor in Bayern zu verzeichnen ist, wäre es vielleicht besser, wenn wir diese 5 Millionen DM den Handwerkern in Kleinkrediten zur Verfügung stellen würden.

(Sehr gut!)

Ich habe im übrigen — ich will hier nicht auf andere Gebiete zu sprechen kommen — zur Frage der *Flüchtlingskredite* ausführlich vor kurzem im Flüchtlingsausschuß gesprochen. Ich habe erklärt, daß ich gegen eine Erweiterung dieser Kredite bin, solange wir nicht wissen, wie die ganze Kreditfrage für uns alle, für den einzelnen sowohl wie für den Staat, sich auswirkt. So denke ich auch im vorliegenden Fall. Wir in Bayern können es uns keinesfalls leisten, ein Versuchsobjekt zu stützen. Wenn das reiche Land Nordrhein-Westfalen ohne weiteres dazu gekommen ist, 3 Millionen DM

(Abgeordneter Stöck: 1,3 Millionen!)

für Triangel zu geben: Nun schön, dann werden wir in einem Jahr noch zurecht kommen, um das Unternehmen in Bayern zu stützen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (FVB): Hohes Haus! Nachdem bereits zur Sache gesprochen worden ist, kann ich mir nicht versagen, auch einige Bemerkungen dazu zu machen. Sie haben ja wiederholt schon in den letzten Monaten über unseren Wald verhandelt und bewegliche Klage über den Zustand geführt, in dem er sich befindet. Bei der Homogen-Gesellschaft handelt es sich letzten Endes auch um den Bestand unseres Waldes. Das Holz besteht ja nicht nur aus Nugholz, sondern zu einem wesentlichen Teil aus dem Abfallholz. Dieses Abfallholz, das bisher fast wertlos war, wird durch das Homogenverfahren, das nur Abfallholz verwenden will, zu einem äußerst wertvollen Rohstoff. Um die Verwendung und Auswertung dieses Rohstoffes handelt es sich. Es wäre — wie soll ich mich ausdrücken — wahnsinnig, wenn wir unser Abfallholz nach Triangel, nach Norddeutschland schicken würden, um dort Homogenplatten daraus machen zu lassen und es dann mit dem entsprechenden Aufschlag wieder in Bayern einzuführen. Warum, so frage ich mich, soll denn dieses Abfallholz nicht in unserem eigenen Lande verwertet werden?

Ich greife das bayerische Argument auf, das Herr Kollege Stöck vorhin so nett erwähnt hat: Wir sind gerade vom ökonomischen Standpunkt aus gehalten, unser Abfallholz entsprechend auszuwerten, wenn sich die Gelegenheit hiezu bietet, wenn sich die Möglichkeit durch die Übernahme einer Bürgschaft von lumpigen 5 Millionen DM erreichen läßt.

(Abgeordneter Stöck: „Lumpigen 5 Millionen DM!“ Hört, hört!)

— Wir haben hier schon über allerhand andere Millionen verhandelt, nicht wahr, und wollen jetzt nicht kleinlich sein in einer Sache, die von äußerster Bedeutung ist. Es handelt sich nämlich um folgendes: Es geht um den Wohnungsbau und um gar nichts anderes. Wir wollen jährlich ungefähr 50 000 Wohnungen erstellen. Wenn für eine Wohnung durchschnittlich 50 Quadratmeter Bodenbretter verwendet werden müssen, ergeben sich somit nicht weniger als 2 500 000 Quadratmeter Bodenholz. Ich gehe jede Wette ein, daß wir nicht imstande sind, in einem Jahr 2 500 000 Quadratmeter getrocknete brauchbare Bodenbretter herzubringen, und wenn es nur Fichtenholz Bretter wären! Schade, daß die Homogen-Gesellschaft den Ausstoß ihres Erzeugnisses erst vom nächsten Jahr ab vornehmen kann! — Dann haben wir zwar Häuser gebaut, aber zum Teil bodenlose Häuser.

Auch mit Rücksicht auf den Wohnungsbau ist es also absolut notwendig, daß wir hier in Süddeutschland, in Bayern, eine derartige Produktionsstätte bekommen. Der Standpunkt des Herrn Kollegen Stöck ist mir nur unter einem Gesichtspunkt verständlich, den zu nennen mir meine Höflichkeit verbietet.

Präsident: Herr Abgeordneter Stöck.

Stöck (SPD): Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, was Herr Kollege Dr. Rief für einen Gesichtspunkt meint, auf den einzugehen ihm die Höflichkeit verbieten würde. Ich habe ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, welche Bedenken ich habe und warum ich gegen die Geldgabe an die Homogen-Gesellschaft sprechen muß.

Nun einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Staatsministers! Der Herr Staatsminister erklärt, daß die Verwaltung für Wirtschaft sich mit dieser Angelegenheit auch beschäftigt und der Wiederaufbaubank vorgeschlagen hat, der Gesellschaft diesen Kredit zu geben. Um rein banktechnisch zu sprechen: Wenn die Wiederaufbaubank der Auffassung ist, daß die 5 Millionen Mark — und später noch einmal 5 Millionen Mark — risikolos der Homogen-Gesellschaft gegeben werden können, dann kann die Wiederaufbaubank diesen Betrag auch ohne die Bürgschaft des bayerischen Staates geben; denn es ist ja doch so, daß die Wiederaufbaubank alle Kredite ohne Bürgschaft gibt, wenn eine Gefahr nicht vorhanden ist.

— Doch. (Widerspruch.)

(Staatsminister Dr. Seidel: Sie verlangt banktechnische Sicherung.)

— Wenn eine Gefahr nicht vorhanden ist, dann braucht man auch die Bürgschaft des bayerischen Staates nicht.

Es ist nicht so, wie einer meiner Herren Vorredner meint, daß die Bürgschaftsübernahme nicht bedeuten würde, 5 Millionen Mark hinauszugeben. Es ist ganz gleich, ob ich nur die Bürgschaft übernehme oder ob ich die 5 Millionen Mark direkt gebe. Geht das Unternehmen bankrott, dann hat der bayerische Staat die 5 Millionen Mark zu zahlen; darüber gibt es gar keinen Zweifel.

Nun hat der Herr Staatsminister auch auf das Werk Triangel hingewiesen. Ich habe schon im Haushaltsausschuß ausgeführt: Das große Nordrhein-Westfalen, das ein steuerkräftiges Land ist, hat in Triangel mit einem kleinen Werk angefangen, und zwar mit 1,3 Millionen Mark. Dort will man einmal ausprobieren, was die Herren glauben erzeugen zu können. Ich bin der Meinung, man sollte erst einmal abwarten, ob das, was dort ausprobiert wird, wirklich so ist, wie man es auf das Papier hingeschrieben hat, oder ob zu befürchten ist — wie es sich seinerzeit bei dem 13-Millionen-Kredit des Reichsluftfahrtministeriums gezeigt hat —, daß es nicht so ist.

Ich will nur ganz am Rande bemerken, daß die Gesellschaft ihr Produktionsverfahren schon geändert hat und von der Naß- zur Trockenherstellung übergegangen ist. Leider kann ich keine Einzelheiten bringen, da ich mein Manuskript im Moment nicht zur Hand habe. Ich meine schon, man sollte zum mindesten abwarten, wie die Produktion in Triangel anläuft und wie das Produkt aussieht, das dort hergestellt wird.

Der Herr Staatsminister hat auch gesagt, daß die Hergabe dieser Millionen ausschließlich Aufgabe der Exekutive sei. Ohne weiteres zugegeben! Wir haben das auch im Haushaltsausschuß so beschlossen. Aber, wenn die Millionen verlorengehen, dann zahlt sie nicht die Exekutive, sondern der bayerische Steuerzahler. Das ist dabei der Unterschied. Deshalb kann man in solchen Fällen gar nicht vorsichtig genug sein.

Nun einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Prechtl. Herr Kollege Prechtl, Sie haben Namen ganz bedeutender Personen genannt, die im Aufsichtsrat sitzen und die alle große Bankfachleute sind. Ja, warum übernehmen denn ihre Banken, wenn sie doch die Generaldirektoren sind, nicht die Bürg-

(Stad [SPD])

schaft? Sie wollen ja das Unternehmen aufbauen. Es wäre doch nichts einfacher, als daß sie mit ihren fünf oder sechs Banken, die beteiligt sind, das Risiko mit übernehmen würden. Sie wollen sich mit ihren Banken aber erst beteiligen, wenn sie wissen, daß der Betrieb wirklich gut läuft und daß auch der Absatz entsprechend ist. Dafür ist der bayerische Staat nicht da, zu ermöglichen, daß nun erst die Produktion anläuft, während auf der anderen Seite die Bankfachleute abwarten, ob dabei wirklich ein Profit herauspringt. Wenn die Leute glauben, daß die Angelegenheit risikolos verlaufen kann, dann sollen sie auch nach meiner Meinung von vornherein eingespannt werden und nicht der bayerische Staat mit einer Bürgschaft von 5 Millionen; die noch nicht einmal langt; denn es ist schon aus den Schriften ersichtlich, daß sie sich auf 10 Millionen ausbreiten wird. Wir werden dann hängen bleiben, wenn das Produkt nicht so ausfällt, wie man glaubt, daß es ausfallen müßte.

Präsident: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Schefbeck.

Schefbeck (CSU): Meine Damen und Herren! Ich wundere mich, daß der Herr Präsident diese Debatte, wie sie sich jetzt entwickelt hat, zugelassen hat. Es wird über einzelne Fälle gesprochen, vor allem über den Fall der Übernahme der Staatsbürgschaft für die Holz-Homogen-AG. Wir haben hier einen Gesekentwurf vor uns und im ganzen Gesekentwurf steht nichts von einer Staatsbürgschaft für die Holz-Homogen-AG. Sie haben, meine Damen und Herren, mit der ersten Annahme dieses Gesetzes, gegen das der Senat allerdings Einwendungen erhoben hat, die Zustimmung zur Abgabe der Bürgschaftserklärung an einen Kreditausschuß delegiert. Nach der jetzigen Fassung des Gesetzes ist es allein Sache des Ausschusses, sich mit diesem Fall zu befassen.

Nun komme ich zu einem Weiteren. Meiner Ansicht nach war diese Fassung des Absatzes 5 des § 3, daß nämlich das Staatsministerium der Finanzen vor Abgabe der Bürgschaftserklärung die Zustimmung dieses Kreditausschusses einzuholen hat, verfassungswidrig. Denn bei Übernahme von Staatsbürgschaften handelt es sich um ein haushaltsrechtliches Problem, zwar nicht direkt, aber doch indirekt, um die Bewilligung von Mitteln. Die Bewilligung von Haushaltsmitteln beziehungsweise die Übernahme von Staatsbürgschaften müssen nach Artikel 70 Absatz 2 der Verfassung durch Gesetz erfolgen. Wir haben ja auch bis jetzt in diesem hohen Hause immer die Gesetzesform gewählt, wenn der bayerische Staat für Kredite die Bürgschaft übernommen hat. Meine Damen und Herren, Sie konnten aber nach Artikel 70 Absatz 3 der Verfassung diese Ihre Befugnis nicht an einen Ausschuß delegieren; denn diese Bestimmung lautet:

Das Recht der Gesetzgebung kann vom Landtag nicht übertragen werden, auch nicht auf seine Ausschüsse.

Ich muß daher den Antrag stellen, die Sache an den Rechts- und Verfassungsausschuß zurückzuverweisen, damit sie dort nochmals gründlich erörtert werden kann.

Präsident: Ich darf eine Bemerkung machen. Wenn der Herr Abgeordnete Schefbeck zugehört hätte, hätte er auch meine Feststellung vernehmen müssen, daß wir über die Zuständigkeit dieses Ausschusses sprechen und nicht über einzelne Fälle des weiten und breiten eine Erörterung pflegen sollen. Die zwei oder drei Fälle, die erwähnt worden sind, sollen nur als Beispiele dienen, wie dieser Ausschuß nach der Meinung der Redner vorzugehen hat. Das ist die Feststellung, die ich vorhin getroffen habe. Sonst hätte ich eine Debatte nicht zugelassen; denn wir haben hier nicht einzelne Fälle zu entscheiden.

Herr Abgeordneter Bodesheim!

Bodesheim (FDP): Ich bin mit Herrn Kollegen Schefbeck vollständig der Meinung, daß die Debatte besonders bezüglich der Homogen-Holzwerke eine Breite angenommen hat, die ihr nicht zukommt. Wie ist eigentlich dieser Ausschuß entstanden? Bei den Beratungen im Haushaltsausschuß war man der Meinung: Wenn wir Staatsbürgschaften übernehmen, so bedeutet das unter Umständen Staatsausgaben, die vom Haushaltsausschuß genehmigt werden müssen. Deshalb bildete man damals diesen Siebener-Ausschuß, der vom hohen Haus beschlossen wurde.

Worüber soll aber nun das hohe Haus heute entscheiden? In den Ausführungen des Herrn Staatsministers für Wirtschaft haben Sie schon heute morgen etwas von der Entstehung der ERP-Mittel gehört. Das Ausland ist günstiger daran als Deutschland; den ausländischen Staaten sind die Forderungen aus den Lieferungen Amerikas nämlich bereits erlassen, während man sie uns noch nicht gestrichen hat, wahrscheinlich in Anbetracht des kommenden Friedensvertrags, um eine Handhabe gegen russische Forderungen zu haben. Wir müssen also unter Umständen mit der Rückzahlung dieser Kredite an Amerika rechnen. Nun bekommt Bayern von dieser Summe 120 Millionen DM. 30 Millionen von dieser Summe können von den Geldempfängern nicht dinglich gesichert werden. Die Banken müssen aber ihre Vorschriften einhalten; denn das Geld, das auf den Banken liegt, summiert sich aus den Einlagen der Sparer und der Geschäftsleute. Würden die Banken mit diesen Einlagen leichtsinnig umgehen und würde es deshalb zum Konkurs einer Bank kommen, so würde sich ein Rattenschwanz von Konkursen der Geschäftsleute anschließen, die das Wirtschaftsleben schwer erschüttern würden, wie wir es früher schon einmal erlebten.

Das Staatsministerium für Wirtschaft hat die Liste der Reflektanten auf diese Kredite nach Frankfurt weitergegeben. Von da wurden sie nach Paris und dann nach New York geleitet und überall wurden diese Eingaben bereits geprüft und gebilligt. Es trifft also nicht zu — da muß ich leider meinem Kollegen Weidner widersprechen —, daß man heute sagen könnte: Wir wollen das Geld den Handwerkern geben.

(Weidner: Habe ich nicht gesagt!)

Ein Umdisponieren hinsichtlich der angeforderten Mittel ist jetzt nicht mehr möglich. Wenn ein Reflektant den Betrag nicht bekommen kann oder, was auch vorkommt, das Geld nicht mehr haben will — denn der Zinsendienst beträgt immerhin ungefähr 9 Prozent, die nicht jedes Unternehmen aufbringen kann —

(Wimmer: 6½ Prozent!)

(Bodesheim [FDP])

— mit den Spesen 9 Prozent —

(Wimmer: Mit dem, was die Banken zu Unrecht nachfordern!)

— manche Unternehmer schrecken davor zurück, eine so große Zinsenlast auf sich zu nehmen —, oder wenn wir die Bürgschaften für diese 30 Millionen DM, von denen allerdings ungefähr 5 Millionen DM auf die Landwirtschaft entfallen, die global bewilligt und dann in kleineren Krediten ausgegeben werden, nicht übernehmen, werden diese Beträge von der Liste gestrichen. Es kann sein, daß dann auf der Liste ein anderer bayerischer Betrieb nachrückt und in den Genuß dieser Zahlung kommt. Es kann aber auch sein, daß die Mittel in andere deutsche Länder fließen.

Nun fragt sich, ob wir das Risiko einer Staatsbürgschaft übernehmen sollen, um diese Mittel in die bayerische Wirtschaft hineinzupumpen. Außerdem erhebt sich die zweite Frage: Ist es Sache der Exekutive oder Sache des Landtags, über die Mittel zu entscheiden? Der Ausschuß war der Meinung, es handle sich um eine Sache des Landtags, die im Wege eines Gesetzes beschlossen werden muß, da es sich um eine Staatsausgabe handelt, die ja auch in jedem anderen Fall vom Landtag genehmigt werden muß.

Sie haben nun darüber abzustimmen, ob dieser Siebener-Ausschuß, der gebildet wurde und der bereits getagt hat, sich ganz zurückziehen und überhaupt nicht mehr eingreifen soll oder ob er — sein „Gutachten“ wäre zuviel gesagt — seine Meinung zu den Vorschlägen des Ministeriums abgeben soll oder nicht. Verweigert er die Zustimmung, dann läuft die Sache genau so, als wenn er sie gegeben hätte. Wenn Geld verloren geht, dann trägt allerdings der Landtag mit die Verantwortung; wenn er die Genehmigung nicht gegeben hat, so trägt die Verantwortung letzten Endes der Finanzminister.

(Stoß: Aber gezahlt wird es mit den Steuergeldern!)

— Im übrigen hat natürlich Kollege Stoß recht: Es ist nicht der Herr Minister, der das Geld bezahlt, sondern der Steuerzahler.

Ich glaube aber, es ist nicht mehr viel daran zu ändern. Wir hätten vielleicht früher darüber sprechen müssen; denn die angeforderten Mittel mußten bis 31. Januar gemeldet sein.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Schefbeck hat vorhin im Rahmen seiner geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung den Antrag gestellt, die ganze Angelegenheit an den Rechts- und Verfassungsausschuß zur neuerlichen Behandlung zurückzuleiten. Ich glaube aber, daß die Sache, die wir jetzt erörtern, im Rechts- und Verfassungsausschuß bereits so eingehend besprochen worden ist, daß eine solche Zurückverweisung nicht unbedingt notwendig erscheint.

(Schefbeck: Zur Geschäftsordnung!)

Wenn der Herr Abgeordnete Schefbeck aber auf seinem Antrag beharrt, so lasse ich darüber abstimmen.

(Schefbeck: Darf ich zur Geschäftsordnung ums Wort bitten!)

— Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Schefbeck.

Schefbeck (CSU): Meine Damen und Herren! Ich bestehe nicht auf meinem Antrag auf Zurückverweisung; aber ich muß dann darauf bestehen, daß in § 3 des Gesetzes der Abs. 5 gestrichen, und zwar vollständig gestrichen wird, wonach das Staatsministerium der Finanzen vor Abgabe einer Bürgschaftserklärung die Zustimmung des vom Bayerischen Landtag bestellten Ausschusses einzuholen hat.

(Bodesheim: Das wäre nur eine Ablehnung des bereits vorliegenden Antrags. — Dr. Hoegner: Das Wort „Zustimmung“ ist im Ausschuß schon geändert worden.)

Wir haben in § 3 dem Finanzministerium die Ermächtigung erteilt, Bürgschaften für Wiederaufbaufkredite bis zum Betrage von 100 000 DM zu übernehmen, und zwar nach Abs. 4 in Höhe von 30 Millionen DM beziehungsweise von 15 Millionen DM. Damit ist, wie ich vorhin ausführte, dem Art. 70 der Verfassung meiner Ansicht nach Genüge getan. An wen die Staatsregierung die Kredite verteilt, ist ihre Sache; sie hat diese Kreditverteilung dann vor dem Parlament zu verantworten. Ich würde es aber für abträglich halten, diese Einzelfälle hier im Plenum zu behandeln, wie es jetzt geschehen ist. Dann müßte die Bestimmung anders lauten. Das Plenum müßte sich dann jeden einzelnen Fall vorlegen lassen, wie es in § 5 des Gesetzes in Bezug auf vier Fälle tatsächlich geschehen ist. Das ist aber meines Erachtens nicht notwendig und auch gar nicht zweckmäßig, weil die Regierung hierfür allein die Verantwortung übernehmen soll.

Ich ziehe darum meinen Antrag auf Zurückverweisung zurück und stelle dafür den Antrag,

(Bodesheim: Sie brauchen keinen neuen Antrag zu stellen; Sie stimmen einfach mit Nein!)

§ 3 Abs. 5 des Gesetzes zu streichen.

Präsident: Es liegen nun zwei Anträge vor: der Antrag des Haushaltsausschusses, in § 3 Abs. 5 des Gesetzes statt des Wortes „Zustimmung“ das Wort „Meinung“ einzusetzen, und ein weiterer Antrag des Herrn Abgeordneten Schefbeck, § 3 Abs. 5 überhaupt zu streichen.

Ich darf aber auf Grund der Erfahrungen des Haushaltsausschusses nur darauf hinweisen, daß dieser Ausschuß Wert darauf gelegt hat, den Landtag so einzuschalten, daß er wenigstens seine Meinung zum Ausdruck bringen kann.

(Dr. Hoegner: Sehr richtig!)

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Hille.

Dr. Hille (SPD): Meine Damen und Herren! Ich habe bereits im Kreditausschuß dem Sinne nach folgendes ausgeführt: Dem Landtag werden in einer Reihe von Kreditfällen Erposés vorgelegt. Diese Erposés enthalten, sagen wir einmal, Mindestangaben, die es keinesfalls auch nur einem Mitglied dieses Ausschusses ermöglichen, sich eine sachkundige oder abschließende Meinung über das Unternehmen, seine Kreditwürdigkeit, seine Produktion und über all die betriebswirtschaftlichen Momente zu bilden, deren Kenntnis für eine Zustimmung unbedingt notwendig wäre.

(Hagen Georg: Sehr richtig!)

(Dr. Hille [SPD])

Allein aus diesen Erwägungen heraus wollen wir es dabei belassen, daß der Ausschuß nur gehört wird. Wir wollen einen Einblick gewinnen. In das Ministerium aber müssen wir das Vertrauen setzen, daß es alle Grundsätze der Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre in praxi durchführt, daß es nichts vernachlässigt, was im Effekt bedeuten könnte, daß der Staat an die Stelle der Bank für die Ausfallbürgschaft zu treten hat. Und darum geht es ja.

Wenn ich mir im Geiste jetzt einmal die zehn Exposes — so will ich einmal kurz sagen — ansehe, so erscheinen die Risiken betriebswirtschaftlich und bankpolitisch gesehen auf den ersten Blick unerhört groß, wenn man die Interna nicht kennt. Ich will mich hier auch nicht auf Interna einlassen; es steht aber fest, daß es sich hier im Prinzip um echte Ausgabebewilligungen handelt und daß im Effekt der Staat die Kosten zu tragen haben wird, wenn alle, sagen wir einmal, gutgemeinten Absichten der einzelnen Unternehmer und die Voraussetzungen und Begutachtungen nicht eintreffen.

Gestatten Sie mir aber in diesem Zusammenhang auch ein grundsätzliches Wort zur Frage der Risiken, die hier der Staat eingehen muß! Wir haben heute aus den Worten des Herrn Wirtschaftsministers gehört und wissen es selbst, daß jedes Mittel ergriffen werden muß, um zumindest einen Teil der Arbeitslosigkeit zu überwinden. Wir müssen der Regierung den guten Glauben und die Sachkunde zugestehen, daß sie auch im Rahmen der Kreditgewährungen und Sicherheitsleistungen in erster Linie die Absicht hat, die Arbeitslosigkeit zu überwinden und die Wirtschaft anzukurbeln. Wenn sie das tut und wenn die sachverständigen Organe jene Sorgfalt angewendet haben oder anwenden lassen, die wir vom Standpunkt des gewissenhaften Kaufmanns und Volkswirtschaftlers aus fordern, dann müssen die Kredite genehmigt werden. Aber nur dann!

Präsident: Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung in der dritten Lesung.

§ 1 soll in der Fassung auf Beilage 3283 unverändert bleiben. — Aus dem Hause erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Zu § 2 Abs. 2 empfiehlt der Senat die Streichung der Worte „nach Möglichkeit“. Der Rechts- und Verfassungsausschuß des Landtags schlägt vor, diese Einwendung des Senats abzulehnen, § 2 also in der Fassung auf Beilage 3283 unverändert zu belassen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses zum Antrag des Rechts- und Verfassungsausschusses fest.

Ich rufe auf: § 3. — Die Absätze 1 und 2 werden nicht beanstandet. In Abs. 3 wurde in der zweiten Lesung Satz 2 gestrichen. Dadurch werden in Abs. 4 einige Änderungen notwendig, nämlich die Streichung der Worte „sowie Abs. 3 Satz 2“ und der Worte „Satz 1“, da ja Satz 2 nicht mehr vorhanden ist. Abs. 4 lautet in der neuen Fassung:

(4) Die gesamte Darlehenssumme, für die Bürgschaftsverbindlichkeiten übernommen werden,

darf den Betrag von 30 Millionen DM für die Fälle des Abs. 1 und 2 und von 15 Millionen DM für die Fälle des Abs. 3 nicht übersteigen.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, welche dieser Fassung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Zu Abs. 5 beantragt der Senat die Einfügung eines zweiten Satzes, wonach dem Ausschuß ein Senatsmitglied mit beratender Stimme angehören soll. Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen des Landtags beantragt, dieser Einwendung nicht Rechnung zu tragen.

Aus dem Hause erhebt sich gegen diesen Antrag des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen kein Widerspruch. — Es ist im Sinne dieses Antrags beschlossen; die Einwendung des Senats ist somit abgelehnt.

Dann liegen zu Abs. 5 noch drei Anträge vor: zunächst einmal ein Antrag des Haushaltsausschusses, das Wort „Zustimmung“ durch das Wort „Meinung“ zu ersetzen, so daß Abs. 5 dann lauten würde:

Das Staatsministerium der Finanzen hat vor Abgabe einer Bürgschaftserklärung die Meinung des vom Bayerischen Landtag bestellten Ausschusses einzuholen.

Der Herr Abgeordnete Schefbeck beantragt, den Abs. 5 des § 3 völlig zu streichen. Das ist der weitergehende Antrag.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die diesem Antrag Schefbeck, über den als weitergehenden Antrag zuerst abgestimmt werden muß, die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

(Dr. Sacherbauer: Zur Geschäftsordnung!)

— Bitte!

Dr. Sacherbauer (CSU): Ich beantrage, bei § 3 Abs. 5 eine textliche Änderung vorzunehmen.

Präsident: Ich bitte aber, daß mir ein solcher Antrag rechtzeitig zugeleitet wird; denn wir stehen jetzt mitten in der Abstimmung.

Dr. Sacherbauer (CSU): Wir haben schon wiederholt in der Abstimmung Änderungen vorgenommen. Ich beantrage, § 3 Abs. 5 wie folgt zu ändern:

Das Staatsministerium der Finanzen hat vor Übernahme einer Bürgschaft den vom Bayerischen Landtag bestellten Ausschuß zu hören.

Das ist gesetzestechisch richtig.

(Dr. Hoegner: Das ist genau dasselbe, damit kann man einverstanden sein. — Dr. Hundhammer: Akzeptieren wir!)

Präsident: Das ist nur ein Ersatz für den Wortlaut des Abs. 5; aber der Inhalt ist der gleiche wie in der bisherigen Fassung.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, welche dieser Fassung des § 3 Abs. 5 zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Abs. 5 ist in dieser Fassung angenommen.

§ 4 bleibt unverändert. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Zu § 5 empfiehlt der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen, der Anregung des Senats stattzu-

(Präsident)

geben und in den Ziffern 2 und 4 jeweils vor dem Wort „Verbindlichkeiten“ das Wort „langfristigen“ einzufügen, also „langfristigen Verbindlichkeiten“ zu sagen.

Aus dem Hause erhebt sich kein Widerspruch. — Ich stelle fest, daß § 5 mit dieser Einfügung angenommen ist.

§ 6 ist unbeanstandet geblieben. — Ich stelle die Zustimmung fest.

Damit ist die dritte Lesung beendet. Wir haben jetzt noch über das ganze Gesetz in der nunmehrigen Fassung nach den Beschlüssen der dritten Lesung abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in dieser Fassung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Erstere war unzweifelhaft die Mehrheit. Das Gesetz ist als ganzes angenommen.

Überschrift und Einleitungsworte sollen nach dem Wortlaut der Beschlüsse der zweiten Lesung unverändert bleiben. — Ich stelle auch hierzu die Zustimmung des Hauses fest.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bezüglich der weiteren geschäftlichen Dispositionen möchte ich anregen, daß wir jetzt abseits von den Verhandlungen über den Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft nur noch die Gesetzentwürfe behandeln und die Punkte 6, 7 und 8 der gestrigen Tagesordnung bis morgen zurückstellen, damit wir heute noch in den Beratungen über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums fortfahren können. Ich würde auch vorschlagen, daß der Punkt 6 — es handelt sich um die Rückgliederung des Landkreises Friedberg in den Regierungsbezirk Oberbayern —, über den ja in der Öffentlichkeit gewisse Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind, nochmals den Fraktionen zur Beratung übergeben wird und im Rechts- und Verfassungsausschuß zur nochmaligen Behandlung gelangt.

(Dr. Hundhammer: Einverstanden!)

Das Haus ist damit einverstanden. Es wird also mit Punkt 6 entsprechend verfahren.

Ich rufe dann auf:

Mündliche Berichte zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten

- a) des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 3279)
- b) des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 3324).

Zunächst berichtet als Berichterstatter des Haushaltsausschusses der Herr Abgeordnete Donsberger.

Donsberger (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt vom 23. Juni 1948 ist das Gesetz über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten vom 3. Mai 1948 abgedruckt. Der Herr Ministerpräsident hat am 6. Dezember 1949 dem Präsidenten des Bayerischen Landtags den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pen-

sionisten in Vorlage gebracht. Dieser Entwurf ist im Ausschuß für den Staatshaushalt am 18. Januar 1950 erörtert worden.

Der Berichterstatter ging zunächst auf den Inhalt des Gesetzes vom 3. Mai 1948 ein und hob daraus hervor, daß auf diese Unterhaltsbeträge kein Rechtsanspruch bestehe. Die Zuwendungen würden nur bei Bedürftigkeit gewährt und könnten bei Ablehnung zumutbarer Arbeit entzogen werden.

Was die Änderungen anlange, so solle Art. 3 einen Abs. 2 erhalten, der bisher in Art. 4 enthalten war; im übrigen entfalle der bisherige Art. 4 und erhalte eine neue Fassung. Die Zuwendungen würden etwas erhöht, da sich die bisherigen Sätze nicht aufrechterhalten ließen.

In der dem Entwurf beigegebenen Begründung der Staatsregierung heißt es:

Nach Art. 4 des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten vom 3. Mai 1948 werden die Zuwendungen, wenn der Versorgungsbezug des nichtbayerischen Pensionisten 100 DM im Monat nicht übersteigt, in voller Höhe des Versorgungsbezugs gewährt. In den übrigen Fällen beträgt die Zuwendung die Hälfte des vollen Versorgungsbezugs, jedoch mindestens 100 DM monatlich und höchstens, wenn es sich um Personen mit unterhaltsberechtigten Angehörigen handelt, 200 DM, sonst 120 DM im Monat.

Diese Regelung erweist sich im Hinblick auf die nach der Währungsstellung eingetretene Erhöhung der Lebenshaltungskosten nicht mehr als ausreichend. Die durch das Gesetz über die Aufhebung der sechsprozentigen Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge nach der Ersten Gehaltskürzungsverordnung vom 28. September 1949 erfolgte Aufhebung der Ersten Gehaltskürzung von 6 v. H. kommt den Zuwendungsempfängern nicht zugute, weil die Zuwendungen den Kürzungen nach der Ersten Gehaltskürzungsverordnung nicht unterworfen waren.

Durch die Neufassung des Art. 4 werden die Zuwendungen besser als durch die bisherige Regelung den Versorgungsbezügen angeglichen. Während bisher Versorgungsberechtigte mit Monatsbezügen zwischen 100 und 200 DM einheitlich eine Zuwendung von 100 DM erhalten, werden nach dem Entwurf ihre Zuwendungen in Anlehnung an den Versorgungsbezug steigen. Die Höchstbeträge der Zuwendungen werden in Anlehnung an die Regelungen der meisten übrigen Länder der Bizone angemessen erhöht.

Aus der Beilage 3178 geht hervor, daß die Zuwendungen wie folgt erhöht werden sollen: Die Pensionen, die bis zu 100 DM betragen, werden in Form der Zuwendungen voll ausbezahlt. Pensionen von über 100 DM wurden bisher nur zur Hälfte, und zwar bis zum Höchstbetrag von 200 DM bezahlt. In Zukunft sollen nach dem vorliegenden Gesetzentwurf die 100 Mark übersteigenden Pensionsbezüge zusätzlich zu einem Drittel des übersteigenden Teils des Versorgungsbezugs bis zum Höchstbetrag von 300 DM bezahlt werden. Bisher war, wie gesagt, der Höchstbetrag 200 DM. Bei den Witwen soll, insoweit waisengeldberechtigter Kinder nicht vorhanden sind, der bisher fest-

(Donsberger [CSU])

gelegte Höchstbetrag von 120 DM auf 180 DM erhöht werden.

Der Art. 4 Ziffer 3 Satz 2 soll in Zukunft als Abs. 2 zu Art. 3 geschlagen werden, und zwar in der im Gesetzentwurf enthaltenen Fassung. Das Gesetz soll am 1. Januar 1950 in Kraft treten.

Nach den Darlegungen des Vertreters der Staatsregierung soll der Mehrbedarf, der sich aus der Erhöhung ergibt, 4,4 Millionen Mark im Jahr betragen; für das Jahr 1949 ergibt sich, wenn das Gesetz am 1. Januar 1950 in Kraft tritt, ein Mehrbedarf von 1,1 Millionen Mark.

Der Mitberichtersteller erklärte, er möchte in einem Zeitpunkt des Rückgangs der Wirtschaftskonjunktur einer Pensionserhöhung nur schwer zustimmen, insbesondere im Hinblick darauf, daß das Arbeitseinkommen vielfach unter den Witwenbezügen von 180 DM liege. Die Angleichung an andere Gesetze werde sich aber nicht umgehen lassen. Er gebe zu erwägen, in Abs. 2 des Art. 3 an Stelle der Worte „mindestens drei Jahre“ zu setzen „mindestens fünf Jahre“.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses sprach demgegenüber aus, die neuen Beträge seien nicht zu hoch, zumal die genannten Zahlen nur Höchstätze darstellen.

Abgeordneter Zietsch war damit einverstanden, daß in den Fällen, in denen bereits ein Pensionsanspruch gegeben war, die Prüfung der Bedürftigkeit nach dreijährigem öffentlichem Dienst wegfällt. Bedenken bestünden aber gegen den Satz 2 von Art. 3 Abs. 2, durch den dem Finanzministerium eine Vollmacht gegeben werde.

Ministerialdirigent Kallenbach erwiderte, die letztere Bestimmung bringe materiell nichts Neues; sie gewinne nach dem Wegfall des bisherigen Art. 4 eine bessere organische Verbindung mit Art. 3. Es handle sich lediglich um eine redaktionelle Änderung. Das Gesetz unterscheide zwischen Flüchtlingen und Versorgungsberechtigten aus der russischen Zone. Für letztere sei ein Stichtag festgesetzt. Sie fielen nur unter das Gesetz, wenn sie vor dem 1. April 1946 herübergekommen seien. Die Ausnahmebestimmung solle die Möglichkeit geben, bei besonderem Interesse an der Dienstleistung in Bayern durch Zusicherung der Versorgung nach dem Anwendungsgesetz auch später nach Bayern gekommene Beamte zu gewinnen. Dieses Bedürfnis sei insbesondere im Bereich des Kultusministeriums, und zwar im Universitätswesen, aufgetreten.

Der Vorsitzende stellte fest, daß gegen den Entwurf keine Einwendungen erhoben werden.

Die Abstimmung über den Gesetzentwurf ist aus Beilage 3279 ersichtlich, in der es heißt:

Antrag des Ausschusses:

Zustimmung mit der Maßgabe, daß Art. 2 Abs. 1 folgende Fassung erhält:

„Das Gesetz tritt am 1. Januar 1950 in Kraft.“

Ich bitte das hohe Haus, dem Ausschlußbeschluß stattzugeben.

Präsident: über die einschlägigen Verhandlungen des Rechts- und Verfassungsausschusses berichtet der Herr Abgeordnete Zillibiller. Ich erteile ihm das Wort.

Zillibiller (CSU) [Berichtersteller]: Meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen hat am 31. Januar den vorliegenden Gesetzentwurf überprüft und erhebt keinerlei rechtliche Einwendungen.

Es ist lediglich hinzuzufügen, daß auf Anfrage des Kollegen Dr. Hille Ministerialdirigent Kallenbach bekanntgegeben hat, daß die Beamten, die 1933 wegen ihrer demokratischen Haltung entlassen worden sind und dadurch das zur Versorgung berechtigende Dienstverhältnis verloren haben, so behandelt werden, als ob diese Maßnahme nicht erfolgt wäre. Erfüllen sie inzwischen die Voraussetzungen des Pensionsfalles, so erhalten sie die Zuwendungen unter den gleichen Voraussetzungen, wie wenn sie im Dienst geblieben wären. Dies gilt auch für die Hinterbliebenen.

Präsident: Meine Damen und Herren! Wir treten jetzt in die Behandlung des Gesetzes ein, nachdem wir den Bericht der beiden Berichterstatter gehört haben.

Ich schlage vor, die allgemeine und die besondere Erörterung mit einander zu verbinden und auf die erste Lesung gleich die zweite Lesung folgen zu lassen. — Widerspruch gegen diese Regelung erfolgt nicht. Ich werde also so verfahren.

Ich eröffne zunächst die Aussprache in der ersten Lesung. Zum Wort hat sich niemand gemeldet. — Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung in der ersten Lesung. Ihr liegt, soweit ich nicht ausdrücklich etwas anderes feststelle, die Fassung des Gesetzes auf Beilage 3178 zugrunde. Ich bitte also diese Beilage 3178 für die Abstimmung heranzuziehen.

Ich rufe auf: Art. 1. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Art. 1 die Zustimmung geben wollen, sich vom Platz zu erheben. — Art. 1 ist angenommen.

Ich rufe auf: Art. 2. Hier schlägt der Haushaltsausschuß in Übereinstimmung mit dem Rechts- und Verfassungsausschuß vor, dem Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1950 in Kraft.

Absatz 2 bleibt unverändert nach dem Wortlaut auf Beilage 3178.

Es erhebt sich aus dem Hause kein Widerspruch. Ich stelle die Zustimmung des Hauses zu Art. 2 fest.

Die erste Lesung ist damit beendet. Wir treten in die zweite Lesung ein.

Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort hat sich niemand gemeldet. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dabei liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf: Art. 1, Art. 2. —

Ich stelle mangels Widerspruchs fest, daß die beiden Artikel auch in der zweiten Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Da sich kein Widerspruch erhebt, werde ich so verfahren.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und

(Präsident)

zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Der Titel des Gesetzes lautet:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten.

Die Einleitung hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat folgenden Beschluß beschloffen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe auf:

Mündliche Berichte zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen

- a) des Ausschusses für den Staatshaushalt (Beilage 3280),
- b) des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 3325).

Über die Verhandlungen im Ausschuß für den Staatshaushalt berichtet Abgeordneter Donsberger, über diejenigen im Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen Abgeordneter Zillbiller.

Auch hier wird die allgemeine und besondere Erörterung, wenn kein Widerspruch erfolgt, miteinander verbunden werden und auf die erste Lesung des Gesetzes gleich die zweite Lesung folgen.

Ich erteile zuerst das Wort dem Herrn Berichterstatter Donsberger.

Donsberger (CSU) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt vom 26. August 1948, und zwar auf Seite 147 ff., ist das Gesetz über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen abgedruckt. Der Herr Ministerpräsident hat am 2. Januar 1950 dem Präsidenten des Bayerischen Landtags den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen zugehen lassen. In der Haushaltsausschußsitzung des Bayerischen Landtags vom 18. Januar 1950 ist dieser Entwurf einer eingehenden Beratung unterzogen worden.

In der Begründung der Staatsregierung zu diesem Gesetzentwurf heißt es:

Die Gewährung von Unterhaltsbeträgen an Witwen von berufsmäßigen Wehrmachtangehörigen ist in Verfolg der von der Militärregierung gegebenen Richtlinien bisher auf Witwen begrenzt, die entweder das 60. Lebensjahr vollendet haben oder höchstens zu einem Drittel erwerbsfähig sind oder 3 oder mehr unterhaltsbetragsberechtigzte Kinder oder 2 unterhaltsbetragsberechtigzte Kinder unter 8 Jahren oder 1 unterhaltsbetragsberechtigtes Kind unter 3 Jahren aufziehen. Diese Abgrenzung entspricht im wesentlichen der ursprünglichen Regelung

für die **RB**-Witwenrente. Der Kreis der **RB**-rentenberechtigten Witwen ist inzwischen durch das Gesetz vom 14. Juni 1949 (GBl. S. 140) erweitert worden. Durch Art. 1 des Entwurfs soll die Neuregelung für die **RB**-Witwenrenten nunmehr auch für die Unterhaltsbeträge der Witwen der berufsmäßigen Wehrmachtangehörigen übernommen werden.

Art. 2 des Gesetzes soll die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an Frauen und Kinder kriegsgefangener berufsmäßiger Wehrmachtangehöriger ermöglichen.

Nach Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen vom 12. August 1948 können Witwen aus einer nach dem Auscheiden des Wehrmachtangehörigen aus dem Dienst geschlossenen Ehe keine Unterhaltsbeträge erhalten. Art. 3 des Entwurfs will in Anlehnung an die früheren versorgungsrechtlichen Vorschriften Übergangsweise die Zahlung von Unterhaltsbeträgen bis zu 100 DM monatlich auch für Witwen aus einer nach dem Auscheiden aus dem Dienst, jedoch noch vor dem 8. Mai 1945 geschlossenen Ehe zulassen. Auch für schuldlos geschiedene frühere Ehefrauen und für Witwen, die sich wieder verheiratet haben und wieder Witwen geworden sind, aus vor dem 8. Mai 1945 geschlossenen Ehen sollen künftig Unterhaltsbeträge gewährt werden können.

Die im Entwurf vorgesehenen Änderungen werden die Zahl der unterhaltsbetragsberechtigten Witwen um etwa 2500 erhöhen. Die hieraus zu erwartende Mehrausgabe wird jährlich etwa 3 Millionen DM und unter der Voraussetzung, daß der Entwurf nicht vor dem 1. Januar 1950 in Kraft gesetzt wird, für das laufende Rechnungsjahr noch etwa 750 000 DM ausmachen.

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist auf Beilage 3237 abgedruckt.

Der **Mitberichterstatte**r hielt, auch wenn seine Fraktion mit dem zugrunde liegenden Gesetz nicht einverstanden gewesen sei, eine grundsätzliche Debatte für entbehrlich, da darüber künftighin im Bundestag zu reden sei. Gegen Art. 1, Art. 2 und Art. 3 Abs. 1 und 2 habe er keine Bedenken. Dagegen frage sich, ob die Notwendigkeit bestehe, nach Art. 3 Abs. 3 bei Frauen, die nach einer zweiten Ehe wieder Witwen geworden seien, den Versorgungsanspruch wieder aufleben zu lassen, den sie aus der ersten Ehe mit einem Berufssoldaten hatten. Er bat dazu um Äußerung der Regierung.

Ministerialdirigent **Kallenbach** erwiderte, die Bestimmung in Art. 3 Abs. 3 schaffe kein neues Versorgungsrecht. Sie sei die Wiederholung einer Kannbestimmung, die bereits im Deutschen Beamtengesetz wie im Bayerischen Beamtengesetz, und zwar in Art. 148 Abs. 3, enthalten war. Ihre praktische Auswirkung sei ganz unbedeutend; es handle sich vielleicht um sechs Fälle. Nachdem die Militärregierung im letzten Jahr die Ermächtigung gegeben habe, die Bestimmungen über die Wehrmachtversorgung den vergleichbaren Bestimmungen des Beamtenrechts anzugleichen, solle man es dabei lassen. Die Bestimmung werde eher zu Einspa-

(Donsberger [CSU])

rungen als zu einer Belastung führen, da dadurch die Wiederverheiratung von Witwengeldempfängern vielfach erleichtert werde. Gleichzeitig sei das ein Ausgleich für die Abfindung der Frauen, die Witwenrente aus der Sozialversicherung erhalten, im Falle der Verheiratung. Der Mitberichterstatter anerkannte die vorgetragenen Gesichtspunkte und beantragte Zustimmung zu den Artikeln 1 mit 3. Der Bericht-er-statter schloß sich diesem Antrag an.

Der Haushaltsausschuß faßte dann einstimmig den auf Beilage 3280 abgedruckten Beschluß. Dieser lautet:

Zustimmung mit der Maßgabe, daß Art. 4 folgende Fassung erhält:

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1950 in Kraft. Die hierzu einschlägigen Eingaben wurden durch den gefaßten Beschluß als erledigt erklärt.

Ich bitte das hohe Haus, diesem Beschluß des Haushaltsausschusses beizutreten.

Präsident: über die Verhandlungen im Verfassungsausschuß berichtet der Herr Abgeordnete Zillibiller.

Zillibiller (CSU) [Berichterstatter]: Auch über diesen Gesetzentwurf hat der Verfassungsausschuß in seiner Sitzung vom 31. Januar beraten und ihn von der rein rechtlichen Seite her überprüft. Auf Antrag der beiden Berichterstatter erfolgte einstimmige Zustimmung zu dem Entwurf.

Präsident: Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist niemand gemeldet. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Dieser liegt, soweit ich nicht ausdrücklich etwas anderes feststelle, die Fassung des Gesetzes auf Beilage 3237 zugrunde.

Ich rufe auf:

Art. 1. — Ein Widerspruch gegen Art. 1 erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung fest.

Art. 2. — Auch hier erhebt sich kein Widerspruch. Art. 2 ist angenommen.

Art. 3 — Ist ohne Widerspruch angenommen.

Zu Art. 4 schlagen die beiden Ausschüsse folgende Fassung vor:

Das Gesetz tritt am 1. Januar 1950 in Kraft.

— Ich stelle, da sich kein Widerspruch erhebt, die Zustimmung des Hauses fest.

Die erste Lesung ist damit beendet.

Wir treten sofort in die **z w e i t e L e s u n g** ein.

Ich eröffne die Aussprache. Zum Wort ist niemand gemeldet. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Dabei liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde.

Ich rufe auf Art. 1, Art. 2, Art. 3, Art. 4. — Ich stelle fest, daß die einzelnen Artikel auch in der zweiten Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Die zweite Lesung ist damit beendet.

Wir kommen zur **S c h l u ß a b s t i m m u n g** über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, diese Schlußabstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Da sich kein Widerspruch erhebt, werde ich so verfahren.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem ganzen Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten

und zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle die Annahme des Gesetzes fest.

Das Gesetz hat den Titel:

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird.

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte keiner Erinnerung begegnet sind und somit die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Nun sind noch einige **E i n g a b e n** auf der Beilage verzeichnet.

(Kübler: Die haben durch die Beschlußfassung ihre Erledigung gefunden.)

— Sie sind durch die Beschlußfassung **e r l e d i g t**. — Ich stelle fest, daß auch das Plenum in diesem Sinne beschlossen hat.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Punkt 6 der gestrigen Tagesordnung, der die Rückgliederung des Landkreises Friedberg in den Regierungsbezirk Oberbayern betrifft, soll, wie erwähnt, zurückgestellt werden. Darüber sollen die Fraktionen nochmals beraten und dann soll der Verfassungsausschuß erneut damit beschäftigt werden.

Ich rufe auf:

Mündliche Berichte zum Antrag der Abgeordneten Dr. Hille und Genossen betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen

- a) des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten (Beilage 3316),
- b) des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 3327).

Sowohl über die Beratungen des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten wie über diejenigen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen berichtet der Herr Abgeordnete Trepte. Ich erteile ihm das Wort.

Trepte (CSU) [Berichterstatter]: Hohes Haus, meine Damen und Herren! In der Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitische Angelegenheiten vom 25. Januar 1950 wurde ein Antrag der Abgeordneten Dr. Hille und Genossen betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen vorgelegt. Der Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter Herr Kollege Wolf.

In der Begründung des Antrags Dr. Hille auf Beilage 3273 ist gesagt, die Praxis der Arbeitsämter habe gezeigt, daß in manchen Fällen Entlassungen zu verhüten gewesen wären, wenn sich die Betriebe rechtzeitig an das Wirtschaftsministerium um Hilfe gewandt hätten. In erster Linie sei dabei an die Vermittlung von Krediten und Steuernachlässen und auf rein wirtschaftlichen Gebieten liegende Beratungen gedacht. Auch die beabsichtigte Abwanderung von Betrieben in außerbayerische Bezirke könne unter Umständen durch Einwirkung des Wirtschaftsministeriums verhindert wer-

(Treppe [CSU])

den. Da es sich dabei in der Regel nur um größere Entlassungen handeln könne, solle für geringfügige oder saisonbedingte Entlassungen von Arbeitnehmern die Hilfe des Wirtschaftsministeriums nicht erforderlich sein.

Der Berichterstatter schloß sich diesen Ausführungen an unter Hinweis auf seine in der Praxis gewonnene Erfahrung, daß Betriebe, die Entlassungen vornehmen, vorher nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Besserstellung des Betriebes herbeizuführen beziehungsweise um Entlassungen hintanzuhalten.

Der Mitberichterstatter erklärte, es gehe nicht an, einen Betrieb mit der Ausrede stillzulegen, man habe keine Kapitalien mehr. Deshalb müßten die Betriebe im gegebenen Fall viel engere Verbindung mit den Arbeitsämtern und vor allem mit dem Wirtschaftsministerium halten, damit möglichst alles nachgeprüft werde, was geeignet sei, eine Stilllegung doch noch zu vermeiden.

Der Abgeordnete Dr. Hille betonte im Ausschuß, daß man in manchen Betrieben eine gewisse Hilflosigkeit beobachten könne und gewisse Möglichkeiten dort nicht immer ausgeschöpft würden. — Ähnlich verhalte es sich mit den Überstunden. Hierzu möchte er den Gesetzentwurf dahin ergänzt wissen, daß unter Umständen eine Zustimmung des Arbeitsamtes zu Entlassungen nicht gegeben werden dürfe, wenn regelmäßige Überstunden nachgewiesen würden.

Der Abgeordnete H e m m e r s b a c h vertrat demgegenüber die Ansicht, daß Überstunden manchmal notwendig seien, und zwar dann, wenn zur Herstellung von Spezialartikeln Spezialarbeiter benötigt werden.

Der Mitberichterstatter stellte noch einmal die mitunter geringfügigen Anlässe heraus, aus denen Betriebe stillgelegt werden.

Der Abgeordnete Dr. Hille gab zu, daß in gewissen Fällen Überstunden berechtigt seien.

Dr. Thumser führte als Vertreter der Staatsregierung aus, daß an sich auch der neue Entwurf den Bemühungen, die Arbeitslosigkeit zu beheben, gerecht werde. Es sei ein interministerieller Ausschuß errichtet worden, der sich mit diesen Fragen eingehend befasse und dem der Herr Wirtschaftsminister selbst vorstehe. Insofern erscheine es berechtigt, eine Bescheinigung des Wirtschaftsministeriums im Sinne des vorliegenden Antrags beziehungsweise Gesetzentwurfes zu verlangen. Hinsichtlich der Überstunden sei zu erwähnen, daß das Arbeitsamt ohnehin schon die Möglichkeit habe, seine Zustimmung zu Entlassungen von der Abschaffung der Überstunden abhängig zu machen, und zwar auf Grund des § 8 der Durchführungsbestimmungen.

Der Berichterstatter erklärte, er habe in seiner Praxis bisher noch keinen einzigen Fall festgestellt, wo es in diesem Punkt irgendwelche Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitsämtern gegeben hätte. Er halte den vorliegenden Passus nicht für unbedingt erforderlich. Die Entscheidung hänge immer ab von der Stellungnahme des Vorstehenden, der einen gewissen Weitblick in wirtschaftlicher Hinsicht besitzen müsse, von der Einsicht des Betriebsrats und der Gewerkschaften und von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Der Mitberichterstatter schloß sich diesen Ausführungen an.

Der Ausschuß hat dann einstimmig folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung gegeben:

Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen.

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Das Gesetz gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstillegungen vom 22. Oktober 1948 (GVB. S. 240) wird wie folgt ergänzt:

§ 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

Der Anzeige nach § 1 Abs. 1 ist eine Bescheinigung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft beizufügen, aus der hervorgeht, daß der Arbeitgeber zur Abwendung der Entlassung mit den zuständigen Abteilungen des genannten Ministeriums ohne Erfolg verhandelt hat.

Art. 2

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Februar 1950 in Kraft.

Weiterhin wurde der Beschluß gefaßt:

Die Staatsregierung wird ersucht, den § 8 in der im Entwurf auf Beilage 3273 vorgesehenen Fassung im Weg einer Verwaltungsanordnung durchzuführen.

Der Rechts- und Verfassungsausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 31. Januar 1950 mit dem Gesetz befaßt. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter Kollege Dr. Hille.

Der Berichterstatter gab folgenden Abänderungsantrag des Wirtschaftsministeriums zu § 1 Abs. 2 bekannt:

Beabsichtigt der Arbeitgeber, innerhalb von vier Wochen mehr als 100 Arbeitnehmer zu entlassen, so ist der Anzeige gemäß Abs. 1 eine Bescheinigung des Staatsministeriums für Wirtschaft beizufügen, aus der hervorgeht, daß der Arbeitgeber zur Abwendung der Entlassung mit dem Staatsministerium für Wirtschaft ohne Ergebnis verhandelt hat.

Durch diese Änderung solle dem Bedenken Rechnung getragen werden, daß das Wirtschaftsministerium nicht in der Lage sei, alle Fälle größerer Entlassungen mit der gebotenen Schnelligkeit zu behandeln. Der Berichterstatter erklärte sich mit diesem Vorschlag grundsätzlich einverstanden. Die Einschaltung einer Sicherung sei unbedingt erforderlich, da die Praxis gezeigt habe, daß die Arbeitgeber nicht immer von allen Mitteln zur Abwendung größerer Entlassungen Gebrauch machen.

Der Mitberichterstatter beantragte, dem Abänderungsvorschlag des Wirtschaftsministeriums mit der Maßgabe zuzustimmen, daß statt der Zahl von 100 Arbeitnehmern die Zahl von 50 Arbeitnehmern eingesetzt wird. In all diesen Fällen müsse das Wirtschaftsministerium eingeschaltet werden, da unbedingt jede Möglichkeit einer Hilfe zu erwägen sei.

Dr. von Sivers als Vertreter der Staatsregierung begründete die vom Wirtschaftsministerium vor-

(Treppe [CSU])

geschlagene Zahl 100 damit, daß durch § 7 Abs. 2 des Gesetzes bereits genügend Kautelen vorgesehen seien, um solche Fälle an das Wirtschaftsministerium heranzutragen zu können. Das Wirtschaftsministerium habe weiterhin vorschlagen wollen, die Arbeitsämter durch eine Anordnung des Arbeitsministeriums ausdrücklich zu verpflichten, alle Fälle, in denen ein Antrag auf Entlassung von mehr als 50 Arbeitnehmern gestellt werde, sofort dem Wirtschaftsministerium zu unterbreiten.

Der **Mitberichter** blieb auf seinem Antrag bestehen, die Zahl 100 auf 50 herabzusetzen.

Der **Ausschuß** behandelte sodann den auf Beilage 3316 niedergelegten Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses:

Die Staatsregierung wird ersucht, den § 8 in der im Entwurf auf Beilage 3273 vorgesehenen Fassung im Weg einer Verwaltungsanordnung durchzuführen.

Hiegegen erhob der **Vorsitzende**, Herr Kollege Dr. Hoegner, Einwendungen. Es handle sich um ein Gebot und Verbot an die Arbeitgeber, denen die Pflicht auferlegt werde, die überstunden wegfällen zu lassen, wenn sie mit Erfolg einen Antrag auf Entlassung von Arbeitnehmern stellen wollen. Die Schaffung eines solchen Gebots und Verbots nach außen sei seines Erachtens nur im Wege des Gesetzes möglich.

Beide **Berichter** statter schlossen sich dem an.

Regierungsvertreter Dr. **Thumser** machte jedoch darauf aufmerksam, daß § 7 des Gesetzes ohne weiteres die Möglichkeit zulasse.

Der **Vorsitzende** hielt an der Forderung der Gesetzesform fest. Daraufhin nahm der **Mitberichter** seinen ursprünglichen Antrag wieder auf, dem § 7 des Gesetzes folgenden neuen Abs. 4 anzufügen:

Werden in einem Betrieb im Sinne des § 1 regelmäßig überstunden geleistet, so kann die Zustimmung zur Entlassung von Arbeitnehmern vom Wegfall der überstunden abhängig gemacht werden.

Der Verfassungsausschuß beschloß einstimmig, dem Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses in folgender Fassung zuzustimmen:

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen.

Art. 1

1. § 1 des Gesetzes erhält folgenden Abs. 2:
Beabsichtigt der Arbeitgeber innerhalb von vier Wochen mehr als 50 Arbeitnehmer zu entlassen, so ist der Anzeige gemäß Abs. 1 eine Bescheinigung des Staatsministeriums für Wirtschaft beizufügen, aus der hervorgeht, daß der Arbeitgeber zur Abwendung der Entlassung mit dem Staatsministerium für Wirtschaft ohne Erfolg verhandelt hat.
2. § 7 des Gesetzes wird folgender Abs. 4 angefügt:
Werden in einem Betrieb im Sinne des § 1 regelmäßig überstunden geleistet, so kann die Zustimmung zur Entlassung von Arbeitnehmern vom Wegfall der überstunden abhängig gemacht werden.

Art. 2

Dieses Gesetz ist dringlich. Es tritt am 1. Februar 1950 in Kraft.

Ich bitte das hohe Haus, dem Gesetz entsprechend den Ausschlußbeschlüssen die Zustimmung zu geben.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht.

Ich schlage dem Hause vor, die allgemeine und besondere Erörterung dieses Gesetzes miteinander zu verbinden und auf die erste Lesung unmittelbar die zweite Lesung folgen zu lassen. — Da sich kein Widerspruch erhebt, werde ich so verfahren.

Wir treten in die Aussprache ein. Zum Wort ist niemand gemeldet. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ihr liegt der Wortlaut auf Beilage 3327 zugrunde.

Ich rufe auf: Artikel 1. Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die dem Artikel 1 in der vorgeschlagenen Fassung zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß Artikel 1 angenommen ist.

Ich rufe auf: Artikel 2. Er bezeichnet das Gesetz als dringlich; das Gesetz soll am 1. Februar 1950 in Kraft treten. — Widerspruch erfolgt nicht. Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

Damit ist die erste Lesung beendet.

Wir treten sofort in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Da niemand zum Wort gemeldet ist, schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ihr liegen die Beschlüsse der ersten Lesung zugrunde. Ich rufe auf Artikel 1, Artikel 2. — Ich stelle die Annahme der einzelnen Artikel auch in der zweiten Lesung fest.

Die zweite Lesung ist damit beendet.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung** über das ganze Gesetz. Ich schlage dem Hause vor, diese Abstimmung in einfacher Form vorzunehmen. — Da kein Widerspruch erfolgt, werde ich so verfahren.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Beschlüsse der ersten und zweiten Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat.

Das Gesetz hat den Titel:

Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes gegen mißbräuchliche Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitungsworte keiner Erinnerung begegnet sind und somit die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich habe vorhin bereits angeregt — und das Haus hat sich auch einverstanden erklärt —, den Punkt bezüglich der Rückgliederung des Landkreises Friedberg

(Präsident)

in den Regierungsbezirk Oberbayern dem Rechts- und Verfassungsausschuß nochmals zuzuleiten und den Fraktionen vorher Gelegenheit zu geben, zu dieser Frage erneut Stellung zu nehmen.

Da mir die mündlichen Berichte zum Antrag der Abgeordneten D. Strathmann und Genossen, Dr. Hille, Dr. Hoegner, Bezold Otto und Bodesheim betreffend Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Verhältnisse der Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen nicht so vordringlich zu sein scheinen, daß wir sie heute schon behandeln müßten, schlage ich mit Rücksicht auf den Herrn Staatsminister für Wirtschaft, der noch heute abend nach Bonn reisen muß, vor, jetzt in der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums für Wirtschaft fortzufahren. —

Ich rufe auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft für das Rechnungsjahr 1949 (Einzelplan VII) — Beilage 2773 — (Fortsetzung der Beratung).

In der Reihe der Redner hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Beck.

Dr. Beck (SPD): Herr Präsident! Ich darf bemerken, daß weder der Herr Minister noch der Herr Staatssekretär anwesend und das Haus fast vollkommen leer ist. Ich bitte, mit den Gesetzen fortzufahren. Denn hier vor leerer Regierungsbank und vor leerem Haus zu sprechen, kann man wohl auch der Opposition nicht zumuten.

Präsident: Ich bin ersucht worden, dafür zu sorgen, daß diese Aussprache heute noch fortgesetzt wird, da der Herr Staatsminister für Wirtschaft heute abend nach Bonn fahren muß.

(Zuruf von der SPD: Er ist jetzt wahrscheinlich abgereist!)

Ich würde doch schon meinen, wir sollten die Debatte weiterführen.

(Dr. Beck: Es ist doch kein Minister da. Ich kann doch nicht gut zu seinem Etat reden, wenn er selber nicht da ist.)

— Der Herr Wirtschaftsminister ist jetzt erschienen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Beck.

Dr. Beck (SPD): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Wirtschaftspolitische Fragen gehören heute zu den Kernfragen der Staatspolitik schlechthin. Von der wirtschaftlichen Entwicklung des westdeutschen Bundes, von der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas überhaupt wird unsere politische Zukunft abhängen. Der Damm, der gegen den Radikalismus heute errichtet werden soll, wird nur dann Bestand haben, wenn seine einzelnen Bausteine wirtschaftliche Sicherheit, Vollbeschäftigung, Lösung des Wohnungsproblems, Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft usw. heißen werden. Wir sind in Westeuropa noch weit von der Erfüllung der Forderung Präsident Roosevelts entfernt: Freiheit von Furcht und Freiheit von Not! Nicht nur in Europa, in der ganzen Welt ist, seitdem der erste

Weltkrieg bereits das wirtschaftliche Gleichgewicht in den einzelnen Ländern und zwischen den Ländern zerstört hat, der Kampf zwischen den beiden Prinzipien entbrannt, die heute noch als feindliche Brüder auftreten, nämlich die Erhaltung der Freiheit und die soziale Sicherheit, und die morgen zusammen genannt werden müssen und — gegenseitig sich ergänzend — eine neue wirtschaftliche Konzeption einleiten müssen. An dem Mangel einer klaren wirtschaftspolitischen Konzeption, an dem Geist des Zauderns, der Resignation ist neben zuzugebenden anderen Ursachen die Regierung Brüning und damit die deutsche Republik 1932 gescheitert.

(Sehr richtig! links.)

In der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes 1927/28 in Genf waren die entscheidenden Fehlerquellen der europäischen und der Weltwirtschaft klar aufgezeigt: Die unsinnige Reparationspolitik des Versailler Vertrags gegenüber Deutschland, das gegenseitige politische Mißtrauen der europäischen Länder, das eine wirtschaftliche Zusammenarbeit unmöglich machte, die Zollmauern der einzelnen Länder waren die wesentlichsten Ursachen, die Europas Wirtschaft nicht zur Ruhe kommen ließen. Der grundsätzliche politische Fehler Brünings scheint mir darin zu liegen, daß ihm im Jahre 1930 der Mut fehlte, einige Milliarden für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm auszugeben. Das Reich hat dann eine vielfach gesteigerte Summe für eine unproduktive Arbeitslosenfürsorge ausgeben müssen. Allein 1932 betrug die Last für die Arbeitslosenunterstützung des Reiches, der Länder und der Gemeinden 4½ Milliarden Reichsmark. Damit hat man nach meiner Meinung zum Zusammenbruch der Weimarer Republik im Jahre 1933 mehr beigetragen als mit allen anderen politischen Fehlern, die man damals auf dem Gewissen hatte. Zwischen den radikalistischen politischen Bewegungen und den Erwerbslosenziffern besteht ein enges Verhältnis. Wer wird es leugnen wollen, daß auch heute zwischen den Bewegungen, ob sie auf der einen Seite Feitenhansl oder Meißner oder Richter heißen oder auf der anderen Seite KPD heißen, und unseren ansteigenden Erwerbslosenziffern eine innere Verbindung, eine Affinität besteht? Ohne in Schwarzmalerei verfallen zu wollen, muß man doch sagen, daß die heute im Gebiete der Bundesrepublik vorhandenen Erwerbslosen uns keineswegs optimistisch in die Zukunft schauen lassen; sie werden auch heute wieder den Nährboden für diese Radikalismen abgeben. Wir können den Zweckoptimismus eines Professors Erhard über den Ausgang seines Experiments der freien Marktwirtschaft, die sich heute aus propagandistischen Gründen soziale Marktwirtschaft nennt, nicht teilen.

(Weidner: Sie hat aber ganz schöne Erfolge gezeitigt. — Widerspruch links.)

Da wirtschaftspolitische Fragen — das ist wohl unbestritten — zu den entscheidendsten politischen Fragen gehören, wäre es nach unserer Meinung Aufgabe der Staatsregierung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit diese Probleme in voller Offenheit vor dem Parlament aufzurollen und zu diskutieren. Wir haben jedoch zu häufig den Eindruck, daß man sich allzu gerne hinter dem Zuständigkeits Schlüssel der Bundesre-

(Dr. Beck [SPD])

gierung in wirtschaftspolitischen Fragen versteckt, um einer Diskussion dieser Probleme aus dem Weg zu gehen. Es muß der Eindruck entstehen, daß die Regierung zu einer reinen Verwaltungsmaschine geworden ist, die von des Tages Nöten hin- und hergerissen hinter der jeweils auftretenden Notlage herläuft, aber längst darauf verzichtet hat, eine eigene politische Konzeption zu entwickeln. Es zeigt sich immer mehr, daß diese angebliche Ein-Partei-Regierung in Wirklichkeit in vielen Fragen zerrissen ist, als es die frühere Koalitionsregierung war. Es kann von diesem Parlament nicht bestritten werden, daß die heutige Regierung nicht mehr Initiative entwickelt als die frühere Koalitionsregierung.

(Hört, hört! — Dr. Hundhammer: Das ist aber dann kein Lob für die frühere Regierung.)

Es hat sich bei der Beratung der Einzelpläne im Haushaltsausschuß ganz klar gezeigt, daß jeder Minister, jedes Ministerium Politik auf eigene Faust betreibt.

Die Schuld an diesem Zustand trifft nach meiner Meinung auch das Parlament mit. Durch eine Unmasse von Einzelanträgen wird die Bürokratie so voll- auf beschäftigt, daß es ihr unmöglich ist, die ihr eigentlich zustehenden Aufgaben der Lenkung und Planung zu erfüllen. Es muß nach meiner Meinung in aller Offenheit ausgesprochen werden, daß das Parlament, wenn es seine bisherige parlamentarische Tätigkeit in der Weise fortsetzt, kaum in der Lage sein wird, seine wichtigste Funktion neben der Gesetzgebung, nämlich die Kontrolle der Regierung, wirksam auszuüben. Aufgabe eines Parlaments — auch in wirtschaftspolitischen Fragen — kann es nicht sein, eine Nebenregierung zu bilden, sondern seine Aufgabe muß sein, die Regierung zu kontrollieren und ihr eine politische Linie aufzuzwingen. Ich werde bei der Behandlung der bayerischen Notstandsgebiete auf diese wenig glückliche Praxis noch zu sprechen kommen.

Zur Frage der bayerischen Politik gegenüber dem Bund nur einige Sätze! Ich kann gewissen Kritikern nicht völlig unrecht geben, wenn sie erklären, daß diese Regierung und die hinter ihr stehende Partei bisher sehr wenig getan hat, um eine föderalistische Politik im Bund in die Tat umzusetzen. Föderalistische Gestaltung einer Bundesrepublik bedeutet doch wohl aktive Mitarbeit aller einzelnen Glieder zum Wohl des Ganzen. Trotz der Erklärung des Herrn Wirtschaftsministers haben wir den Eindruck, daß Bayern im Bund, obwohl es eine sehr beachtliche Anzahl von Bundesministern stellt, keineswegs die Stellung hat, die es infolge seiner Größe, infolge seiner Aufgaben verdienen würde. Wir hoffen, daß das Kabinett Adenauer seinem Bundesgenossen, der bayerischen CSU, die es ja wohl braucht, wenn es an der Regierung bleiben will, aus eigenem Interesse hilft; wir würden dann in Bayern auch ein wenig davon profitieren.

Zur Verwaltung des Ministeriums selbst: Nach unserer Auffassung fehlt es im Wirtschaftsministerium auch heute noch an der Erfüllung des ernsthaftesten Gebots der Stunde, nämlich an Sparsamkeit. Der Apparat ist trotz des beträchtlichen Abbaus, den der Herr Minister erwähnt hat, auch heute noch viel

zu groß und aufgebläht. Aber während auf der einen Seite von Sparsamkeit nicht allzu viel zu spüren ist, fehlen ihm offensichtlich auf der anderen Seite die Mittel für absolut wichtige Aufgaben, wie sie zum Beispiel das Institut für Wirtschaftsforschung in München leistet. Dieses Institut, das einzige seiner Art im Bundesgebiet und ohne Zweifel von sehr hoher Qualität, benötigt, um seine Arbeit fortzuführen, unbedingt 500 000 DM. Es freut mich, daß auch der Herr Minister auf die Bewilligung dieser Mittel dringt.

Einer Abteilung im Wirtschaftsministerium gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, und zwar der Landesplanung. Sie ist heute noch im wesentlichen eine reine Angelegenheit der Bürokratie. Die Ergebnisse, soweit sie dem Landtag bekannt wurden, entsprechen unseren Erwartungen nicht. Wir fordern deshalb den sofortigen Umbau in eine wirklich demokratische Organisation, die auch entsprechend dezentralisiert sein muß. Auf der Basis der Regierungsbezirke müssen die Stadt- und Landkreise, die Gewerkschaften, die Bauernverbände, Handwerk und Industrie zu einem Planungsausschuß zusammengefaßt werden. Nur so ist eine lebensnahe und den Bedürfnissen der einzelnen Regierungsbezirke und dem Gesamtbedürfnis des Landes nützliche Planung zu erreichen. Insbesondere verlangen wir die größte Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft für die traditionellen bayerischen Notstandsgebiete: die Oberpfalz, den Speßart, die Rhön usw. Ich habe im Etat des Landwirtschaftsministeriums bereits einen eigenen Etatposten für diese Notstandsgebiete beantragt, der vom Ausschuß auch gebilligt wurde. Ich habe dort betont und möchte es hier mit allem Nachdruck wiederholen: Die Planung ist nicht eine Angelegenheit eines Ministeriums, sondern der gesamten Staatsregierung. Die so dringend notwendige Koordinierung aller an diesen Problemen interessierten Ministerien muß jetzt erfolgen. Auch der Bund scheint nun für diese Fragen ein wesentliches Interesse aufzubringen. Allerdings ist es nach meiner Ansicht nicht ausreichend, daß ein Minister herkommt und die Gelegenheit benutzt, in Bayern Propaganda für seine Partei zu machen, wie es in Bayreuth geschehen ist, statt zu den sämtlichen Problemen Stellung zu nehmen. Das Arbeitsministerium, das Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen, das Verkehrs-, das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium müssen gemeinsam einen Plan auf lange Sicht ausarbeiten. Der Herr Ministerpräsident wird gut daran tun, einem Beamten der Staatsverwaltung die Koordinierung dieser Aufgaben zu übertragen. Dieses Problem kann nicht ernst genug genommen werden. Es genügt nicht, von Zeit zu Zeit Reisen in die Oberpfalz zu unternehmen, dort schöne Reden zu halten und hier oder da planlos auch eine Hilfe zu gewähren. Die der Staatsregierung zur Verfügung stehenden Mittel sind äußerst beschränkt. Ihr Einsatz kann daher nur nach einem vorher ausgearbeiteten und sinnvollen Plan geschehen. Ich habe schon einmal ausgeführt, wie durch eine entschlossene Inangriffnahme eines solchen Planes aus dem jahrhundertalten Notstandsgebiet des Kantons Wallis ein, wenn auch nicht reicher, aber doch wohlhabender Kanton wurde.

Gerade weil diese Notstandsgebiete Grenzgebiete sind, können Sie nicht länger zusehen, wie hier eine arbeitswillige, tüchtige Bevölkerung durch die

(Dr. Beck [SPD])

Härte der Natur, durch ihre Abgeschlossenheit usw. einer langamen totalen wirtschaftlichen Verelendung preisgegeben wird. Wir fordern die Regierung nochmals auf, die Initiative zu ergreifen und alles zu tun, was in ihren Kräften steht. Wir stehen hier vor einer nationalen Aufgabe Bayerns, die nicht nur das gegenwärtige Kabinett, sondern sehr viele Regierungen beschäftigen wird. Es ist eines der Probleme, bei denen Opposition und Regierungspartei eine gemeinsame Basis der Zusammenarbeit finden. Die Behebung der Not dieser Gebiete ist keine parteipolitische, sondern eine nationale Aufgabe für uns, und eine wahre Heimatliebe wird hier das Kriterium bilden, an dem ihre Echtheit gemessen werden kann.

Ich darf aber nochmals wiederholen: Die Erstellung eines solchen Planes auf lange Sicht kann nur mit den Kräften aus diesen Bezirken selbst und nicht im Zimmer eines Büros erfolgen.

Ich darf auf einige Fragen unseres Außenhandels eingehen, die der Herr Minister heute morgen gestreift und selbst kritisiert hat. Ich nehme an, daß die Fragen des Außenhandels noch zum Gebiet des Wirtschaftsministeriums gehören. Manchmal hatte man den Eindruck, als ob man diese Gedanken beim Justizetat hätte vorbringen müssen. Bayern führt Graphit aus Österreich ein, der erstens eine schlechtere Qualität besitzt und zweitens unsere in dem Graphitwerk Passau beschäftigten etwa 350 Arbeiter zur Arbeitslosigkeit zwingen wird, denn bereits jetzt liegen vier Monatsproduktionen auf Lager. Daß die ganze Sache auch unnützlich Devisen kostet, die ja Mangelware sind, sei dabei nur am Rande bemerkt. Die Oberpfalz produziert Flußspat in ausreichender Menge, um damit das gesamte Bundesgebiet versorgen und darüber hinaus noch wesentliche Mengen exportieren zu können. Trotzdem wird Flußspat eingeführt, unsere Arbeiter werden arbeitslos und Devisen werden in diesem Falle zum Fenster hinausgeworfen. Bei Talkum ist es genau daselbe. 200 oberpfälzische Arbeiter müssen kurzarbeiten und 30 000 Tonnen Talkum werden eingeführt, wobei es keineswegs sicher ist, daß dieser Talkum nicht ursprünglich aus der Oberpfalz selbst stammt und über Belgien wieder nach Deutschland zurückgekommen ist. Von der tschechischen Kohle hat mein Kollege Piehler im Hause so oft gesprochen, daß ich es mir ersparen möchte, hier nochmals darauf einzugehen. Was auf diesem Gebiete gemacht wird, ist volkswirtschaftlich und politisch gesehen zumindest grober Unfinn. Weiterhin sind unsere Arbeiter in der Pflastersteinindustrie in Niederbayern arbeitslos. — Der Herr Minister hat heute schon einige der Maßnahmen genannt, die die Regierung ergriffen hat. Ich hoffe, daß diese Hilfe der Regierung anhält, denn sie ist dringend notwendig.

Meine Damen und Herren! Wenn ich auf diese Außenhandelsbeziehungen, die noch in einer anderen Art und Weise wichtig sind, besonders eingegangen bin, so deshalb, weil die Frage des Schutzes, die Frage des Außenhandels, noch längere Zeit eine größere Rolle spielen wird. Diese ganze Politik könnte einen Sinn haben, wenn hier wie unter Hitlers Autarkiebestrebungen eine Industrie unter unwirtschaftlichen Bedingungen oder an unmöglichen Standorten künstlich aufgezo-gen worden wäre. Aber das ist hier

nicht im geringsten der Fall; im Gegenteil: Die einheimischen Produkte sind sowohl in der Qualität wie standortmäßig günstiger gestellt als ihre ausländische Konkurrenz. Wir haben der jetzigen Regierung Chancen zu einer konstruktiven Arbeit im Interesse unseres Volkes gegeben, sogar so weitgehend, daß uns die CSU oftmals ermuntert hat, unsere Opposition zu verstärken, vielleicht, weil sie manchmal selbst das Gefühl hatte, eine Spritze zu brauchen.

(Zurufe von der CSU: O mei, o mei! — Heiterkeit.)

— Meine Herren, wir sind ja keine Ärzte am Krankenbett der CSU. — In diesen Wirtschaftsfragen, wo es um die Kernfrage der Politik geht, meine Herren, können Sie glauben, daß unsere Opposition noch bedeutend entschiedener und entschlossener ist als in der Frage einer vierten Landesuniversität. Hier geht es nämlich um Interessen, die über unsere gesamte, nicht nur wirtschaftliche, sondern politische Zukunft entscheiden werden. Wir haben der Regierung in unserem Plan A praktisch ein fertiges Wirtschaftsprogramm vorgelegt.

(Weidner: Und das Geld?)

— Die Regierung hat ihn ja aufgegriffen: aber, Herr Minister, es hat sehr, sehr lange gedauert! Wir haben auch heute noch den Eindruck, als habe es die Regierung gar nicht verstanden, daß der Plan A nicht nur ein Plan für den Wohnungsbau ist, sondern ein ganzes Wirtschaftsprogramm beinhaltet, daß er, einmal abgeschlossen begonnen, sämtliche Gebiete der Wirtschaft nach sich ziehen wird. Es ist ja an sich eine Binsenwahrheit, daß die Belebung der Bauwirtschaft auch alle anderen Zweige der Wirtschaft erfasst. Der Wohnungsbau ist heute nicht nur eine zwingende soziale Maßnahme; er ist Wirtschaftspolitik par excellence. Ich darf nochmals wiederholen: Europas Wirtschaft ist noch lange nicht gesund genug, um eine politische Radikalisierung auszuschließen oder fernzuhalten.

Zur Kreditpolitik: Die Voraussetzungen für einen solchen Aufschwung der Wirtschaft in Westdeutschland sowohl wie in Bayern sind nach unserer Meinung materiell gegeben, obwohl ernsthafte Beobachter immer wieder auf die Labilität unserer Wirtschaftssituation hingewiesen haben. Es ist, glaube ich, nur der Herr Bundeswirtschaftsminister, Professor Erhard, der der Meinung ist, daß es uns dank seines Konzepts von der Liberalisierung der Wirtschaft von Tag zu Tag besser gehe. Aber seine Politik vermochte doch drei Krisenerscheinungen unserer heutigen Situation nicht zu verhindern, nämlich

1. die Arbeitslosigkeit, die allmählich bedrückende Formen annimmt (allein in Bayern 516 000 Arbeitslose),
2. die passive Handelsbilanz, auf Grund deren unsere Einfuhren doppelt so hoch wie unsere Ausfuhren sind, und
3. der Rohstoffmangel als Folge verfehlter Einfuhrdispositionen.

Der dadurch bedingte Schrumpfungsprozeß unserer Wirtschaft trifft zusammen mit dem Rückgang der Dollarahilfe des Marshallplans. Die Einfuhren aus dem Dollarraum sind für uns bekanntlich lebenswichtig. Über die Hälfte unserer Dollareinfuhren betrifft

(Dr. Bed [SPD])

Getreide, Fett, Öle, Zucker, Fleisch usw. Aus dem Dollarraum beziehen wir ferner Baumwolle, teure Mineralöle und einige Nichteisenmetalle.

Vom nächsten Jahr ab ist mit einem erheblichen Rückgang dieser Einfuhren zu rechnen, wie uns der Herr Wirtschaftsminister heute selbst gesagt hat. Ab 1952/53 wird die Situation noch viel ernster, wenn nicht katastrophal sein. Die zu erwartenden Einfuhr-rückgänge aus dem Dollarraum sind, wie das Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, deshalb so kritisch, weil unsere Wirtschaft noch immer stark expansionsbedürftig ist. Dieses Ausdehnungsbedürfnis hat seine Ursache im Nachhol- und Wiederaufbaubedarf unserer Betriebe und ferner im Zwang zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zur Eingliederung der Flüchtlinge.

Der Rückgang der Dollarhilfe bedingt naturgemäß auch einen Rückgang der Investitionsmittel, die bisher zu einem beachtlichen Teil aus den sogenannten Gegenwertmitteln gespeist wurden. Daß aus dem Ausland mit größerer Kapitalzufuhr zur Befriedigung unserer Investitionen zu rechnen ist, ist sehr unwahrscheinlich, schon deshalb, weil für Ausländer eine Kapitalanlage in Deutschland zu risikofull und der Ertrag nicht zu transferieren wäre.

Es gibt also nur zwei Möglichkeiten und diese sind: die Kapitalbildung im eigenen Land mit allen Mitteln zu fördern, und ferner, das knappe Kapital nicht, wie es bisher stets gemacht worden ist, im wesentlichen planlos zu investieren, sondern planvoll zu lenken. Unsere derzeitigen Wirtschafts- und Finanzpolitiker tun in dieser Hinsicht entweder gar nichts oder kurieren mit halben Maßnahmen an unserer Krankheit herum. Es hängt von der Kreditpolitik ab, ob die Produktionsmöglichkeiten, die vorhanden sind, genutzt werden können; denn wir haben sowohl Arbeitskräfte wie auch Rohstoffe, wenn auch letztere in geringerem Maße. Voraussetzung ist die politische Stabilität, die die echte Voraussetzung für eine Wirtschaftspolitik ist. Nur wenn die kreditpolitischen Voraussetzungen für eine Ausweitung des Investitionsvolumens erfüllt sind, können Produktion und Bewirtschaftung weiter anwachsen. Die erhebliche Zunahme der Arbeitslosen und ihr ernster Charakter wird wohl heute auch von der Regierung erkannt und nicht mehr bestritten. Wir erinnern uns sehr gut, wie vor einem halben Jahr der Herr Justizminister in einer längeren Rede auf unsere Interpellation mit einer Nonchalance und Eleganz darüber hinweggeschritten ist, die man ihm bei der Schwere seines Körpers gar nicht zugetraut hätte.

(Zurufe von der CDU.)

Wir erinnern uns noch gut, wie Arbeitsminister Storch und Wirtschaftsminister Erhard verkündet haben, daß die Arbeitslosigkeit kein ernstes Problem, sondern mehr oder weniger saisonbedingt sei. Heute fängt man an, sich sowohl in Bonn wie in Bayern sehr ernsthafte Gedanken zu machen, und ich glaube kaum, daß die Regierung heute noch die Stellungnahme ihres Justizministers von damals billigen würde. Aber es fragt sich, ob es nicht genau so, wie es Ende 1930 und Anfang 1931 für die Regierung Brüning zu spät war, heute auch für uns zu spät ist, mit kleinen Mitteln dem ganzen Problem zu begegnen.

Nach unserer Meinung ist das die Folge der von der SPD von Anfang an bekämpften Politik der Konsumfinanzierung, die die Fehler der Währungsreform des Herrn Lannenbaum noch verstärkt hat, die ohne Berücksichtigung der Güterseite und des notwendigen Investitionskapitals nur vom Gelde her dachte. Es wären heute auch die anderen Faktoren, die relative politische Stabilisierung in Westdeutschland wie die Beständigkeit des Preisniveaus, günstige Momente für eine Konjunktur-entwicklung. Sie kann jedoch nur eintreten, wenn die Investitionswirtschaft Fortschritte macht. Die Entwicklung der brachliegenden Produktionskredite, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sozialer Wohnungsbau und nochmals Wohnungsbau, Rationalisierung und allgemeine Verbesserung der volkswirtschaftlichen Produktivität sowie die Steigerung der Ausfuhr sind Wege, die zu einer Konjunktur und Vollbeschäftigung führen. Wenn die deutsche Wirtschaft bis zum Ende der Marshallplanhilfe, die bekanntlich bis 1952 vorgesehen ist, nicht auf den Höchststand volkswirtschaftlicher Produktivität gebracht wird, ist nach unserer Meinung eine volkswirtschaftliche Katastrophe unvermeidlich; denn Sie müssen sich auch darüber im klaren sein, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf die Dauer nicht auf den Kulilebensstandard der deutschen Arbeiter zu begründen ist.

(Sehr gut! von der SPD.)

Sie werden mir darin zustimmen, daß die sozialen Unterschiede und Spannungen nie so stark waren, wie es heute der Fall ist.

Die Moral, früher von allen Lehrern der Volkswirtschaft — von Wagner angefangen über Schmoller zu Sombart und Schumpeter — als Wirtschaftsmoment, ja als Basis der Wirtschaft schlechthin betrachtet, ist, wie auf vielen anderen Gebieten unseres Lebens, auch in der Wirtschaft weitgehend zerstört. Die Schande des 21. Juni 1948, dieses einzigartigen Ständals in der deutschen politischen Geschichte, hat wesentlich dazu beigetragen. Sie wehren sich dagegen, daß wir Herrn Professor Erhard und mit ihm die Vertreter seiner Wirtschaftspolitik Anwälte der Reichen gegen die Armen nennen. Wenn kein anderes Beispiel für diese Behauptung vorhanden wäre, der Skandal des 21. Juni würde allein genügen, diesen Vorwurf zu rechtfertigen. Sie können überzeugt sein, daß dieser Vorgang auch in der politischen Auseinandersetzung später noch eine wesentliche Rolle spielen wird. Wer die Dinge beobachtet hat, für den bedarf es keiner besonderen Begründung, daß von der Nachwährungs-konjunktur nur die konsumnahen Industrien, insbesondere aber der Handel, profitiert hatten. Im Interesse der Gesamtwirtschaft ist es aber heute ein dringendes Gebot, Investitionen bei den Schlüsselindustrien — Bauindustrie, Energiewirtschaft, Bergwerke usw. — vorzunehmen.

Die Finanzierung könnte praktisch auf drei Arten geschehen: erstens durch Eigenfinanzierung, zweitens durch langfristige Bankkredite oder Anleihen, drittens durch Auslandskredite. Eine Selbstfinanzierung wird für die konsumfernen Industrien in nennenswertem Umfang kaum möglich sein. Langfristige Bankkredite werden kaum oder ganz selten gewährt. Wir haben heute — das ist wohl ein offenes Geheimnis — den wenig sinnvollen Zustand,

(Dr. Beck [SPD])

daß kurzfristige Bankkredite in Wirklichkeit als Investitionskredite, das heißt als langfristige Kredite gegeben und aufgenommen werden. Anleihen in der bisherigen Form aufzunehmen ist schon deswegen sinnlos, weil die Anleihen, die bisher aufgenommen wurden, noch immer zu 90 Prozent bei den Banken liegen und dadurch deren Liquidität gefährden. Wie ich schon sagte, hilft sich die Wirtschaft zum Teil mit kurzfristigen Krediten, die jeweils verlängert werden. Aber auch dieser Weg ist im allgemeinen nur für die konsumnahen Industrien gangbar, schon weil die Zinssätze viel zu hoch liegen. Ausländische Kredite haben außer ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedenklichkeit — erinnern Sie sich der Jahre 1929 bis 1931/32! — den Nachteil, daß sie im Moment zumindest in größerem Umfang überhaupt nicht zu haben sind.

Wir halten daher den Weg einer vorsichtigen Kreditschöpfung aus wirtschaftspolitischen Gründen für vertretbar und notwendig. Die Einwände, daß dadurch die Gefahr einer Inflation entstünde, sind irrelevant; solange echte, unausgenutzte Kapazitäten, die nur durch eine Kapitalzufuhr aktiv gemacht werden können, vorhanden sind, kann eine solche Gefahr nicht bestehen. Allein der Konsumsektor ist mit Leichtigkeit noch um mindestens 25 Prozent ausdehnungsfähig.

Natürlich würde eine Kreditschöpfung eine Planung der gesamten industriellen Produktion voraussetzen und hier, glaube ich, liegt der Hund begraben: Von Planung möchte man in Bonn nichts wissen, und Bayern hat sich in diesen Dingen zu fügen; denn bei der Wahl hat sich gezeigt, daß das politische Spielchen, Planwirtschaft mit Zwangswirtschaft gleichzusetzen, ganz nette Früchte getragen hat. Nun, meine Damen und Herren, ich höre schon das Argument, daß der Bayerische Landtag diese Fragen nicht entscheiden könne, da der Bund hierfür zuständig sei. Das ist richtig, da nach dem Grundgesetz Wirtschaftsfragen in erster Linie Angelegenheiten des Bundes sind. Aber auch Bayern gehört zum Bund und hat dort Gehör. Daher ist eine Diskussion dieser Probleme im Bayerischen Landtag keineswegs überflüssig. Sache der Regierung wird es sein, die Wirtschaftspolitik, die der Bayerische Landtag befürwortet und wünscht, im Bund zu vertreten.

Ob die begonnene Stabilisierung in Westdeutschland anhält, wird im wesentlichen davon abhängig sein, ob und wie uns die wirtschaftliche Stabilisierung gelingen wird. Alle, die einen Teil der Verantwortung mittragen, müssen sich mit diesen Problemen auseinandersetzen. Die Sozialdemokratische Partei als Partei der Werktätigen, der Schaffenden ist selbstverständlich an diesen Fragen brennend interessiert.

(Zurufe.)

Daß die Wirtschaftsfragen weit über den Rahmen der politischen Parteien hinausgetrieben werden, beweist der Bochumer Katholikentag und die Katholisch-Soziale Woche in München. Das Thema der wirtschaftlichen Sozialisierung hat die Sozialdemokratische Partei bereits vor zwei Jahren konkret in einem Gesekentwurf in diesem Hause niedergelegt. Es ist aus der politischen und wirtschaftlichen Diskussion nicht mehr hinwegzudenken.

(Glocke des Präsidenten.)

I. Vizepräsident: Ich möchte lediglich auf § 71 der Geschäftsordnung aufmerksam machen:

Das wörtliche Ablesen ist nur Mitgliedern der Staatsregierung und ihren Bevollmächtigten sowie den Berichterstattern erlaubt.

(Zurufe. — Körner: Unerhört! Ausgerechnet bei einem Redner von uns! — Glocke des Präsidenten.)

— Ich möchte diese Bemerkung des Herrn Abgeordneten Körner zurückweisen.

Dr. Beck (SPD): — Ich nehme diese Rüge zur Kenntnis. Ich gebe Ihnen selbstverständlich vollkommen recht dabei. Ich muß allerdings, geschätzter Herr Präsident, darauf hinweisen, daß ich nicht das erste Mitglied im Hause bin, das vor allem bei derart komplizierten wirtschaftlichen Fragen sich Notizen und schriftlicher Unterlagen bedient.

(Stod: Wir werden dann sehr Obacht geben, ob die anderen nicht ablesen!)

I. Vizepräsident: Ich habe lediglich auf diese Bestimmung unserer Geschäftsordnung aufmerksam gemacht.

(Zuruf von der SPD: Aber das muß auch bei anderen geschehen!)

Dr. Beck (SPD): Es gehört zu den politischen Erfahrungen der letzten 40 Jahre, daß die Demokratie auch in der Wirtschaft Eingang finden muß, wenn sie sonst im Gemeinschaftsleben Bestand haben soll. Die Sozialdemokratische Partei wird jede Regierung, ganz gleich welcher Couleur, unterstützen, sobald sie eine aktive und fortschrittliche arbeiterfreundliche Politik betreibt. Sie wird eine Politik des Laissez faire, laissez aller, wie sie bisher betrieben wurde, auf das schärfste bekämpfen. Es genügt nicht, wirtschaftliche Grundätze im Prinzip anzuerkennen, es gilt, sie in die Praxis umzusetzen, und wer dabei mithilft, kann unserer Unterstützung sicher sein.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Kroll.

(Zuruf: Herr Doktor, aber nicht ablesen! — Bezold Otto: Wenn der Mann abliest, dann gnade ihm der Herr! — Dr. Hundhammer: Jetzt kommt die Probe auf das Exempel! — Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Dr. Kroll (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Auch ohne die Unterbrechung durch den Herrn Präsidenten hätte ich dem Herrn Redner Dr. Beck das Kompliment gemacht, daß er jüngst eine ausgezeichnete Rede zum Thema der vierten Landesuniversität gehalten hat. Seine heutigen wirtschaftspolitischen Ausführungen hatten aber dieses Niveau nicht. Ich hoffe, den Nachweis erbringen zu können.

Ich darf eingangs bemerken: Die Vorstellung, daß es sich hier um außerordentlich komplizierte Probleme handelt, ist richtig, aber darum sollte man über sie so sprechen, daß sie in völliger Klarheit jedem Mitgliede des Hauses bewußt werden.

(Sehr richtig!)

Eine Verquickung der verschiedensten sehr komplizierten Dinge zu einem Vortrag, in welchem in kurzer Rede

(Dr. Kroll [CSU])

Außenhandelsprobleme, Kreditprobleme und alle möglichen Fragen, die noch nicht geklärt sind und auch heute noch nicht endgültig geklärt werden können, als fertige Weisheiten vorgebracht werden, dient der parlamentarischen Diskussion dann um so weniger, wenn man sich, wie es hier geschehen ist, auf wissenschaftliche Autoritäten beruft. Ich werde darüber noch ein ganz besonderes Wort zu sagen haben, aber ich will hier zunächst einmal an Folgendes erinnern: Die Kritik, die der Herr Abgeordnete Dr. Beck an der Regierung Brüning übte — sie war an sich in diesem Zusammenhang nicht angebracht, wiewohl sie hinsichtlich der Brüning'schen Wirtschaftspolitik an sich sachlich richtig war —, enthielt leider nicht die Tatsache, daß die Sozialdemokratie der damaligen Zeit eine Lösung dieser Probleme genau so wenig vorzuschlagen wußte wie irgend jemand in den Reihen der amtlichen Politiker, und zwar einfach deshalb, weil die Entwicklung der Kredittheorie noch in den Kinderschuhen steckte und die ganze Welt, nicht nur Deutschland, auf diesem Gebiete irriger Meinung war. Von Seiten der Sozialdemokratischen Partei — ich habe die Dinge sehr eingehend verfolgt — ist damals nicht ein einziger Beitrag erschienen, der die kühnen Vorstöße des damaligen Präsidenten Wagemann vom Institut für Konjunkturforschung unterstützt hätte. Im Gegenteil! Darum ist es heute gefährlich, eine solche historische Rückerinnerung zu pflegen und die Sache so darzustellen, als habe man das Rezept in der Tasche gehabt, das aber von der Regierung leider Gottes nicht zur Anwendung gebracht worden sei.

Ich möchte auch noch etwas anderes sagen. Man mag zur Erhard'schen Politik stehen, wie man will — und ich gehöre zu denen, die sich das Recht herausnehmen, sich kritisch dazu zu stellen —, aber sie als völlig zielunklar hinzustellen, weil sie nicht Planwirtschaft ist, ist, gelinde ausgedrückt, eine Begriffsverwechslung. Sie ist in manchem sogar sehr klar, viel klarer als alle anderen Systeme, die wir in der Praxis kennen, und es gehört zu den Vorzügen und Nachteilen des Liberalismus, daß er ein sehr durchsichtiges geistiges Gebäude geschaffen hat, das allerdings in seinen Konsequenzen immer umstritten war und es auch bleiben wird. Aber zu sagen, daß diese Politik verschwommen und unklar ist, ist eine Behauptung, für die ein gesonderter Beweis angetreten werden müßte.

Aus der Rede des Wirtschaftsministers Dr. Seidel ist wohl allen, die ihr mit gutem Willen zuhörten, deutlich geworden, daß gerade die bayerische Initiative im Wirtschaftsraum nicht gering ist innerhalb der sämtlichen Länder der westdeutschen Bundesrepublik.

(Zuruf von der SPD: Ist auch eine andere wie die Erhard'sche Auffassung!)

— Die Dinge gehören zusammen. Aber Sie werden mir zugeben, daß der bayerische Wirtschaftsminister, wenn er seine Statrede hält, sich zunächst für die bayerische Wirtschaftspolitik verantworten muß, und da hätten auch einige Worte sachlicher und nüchterner Betrachtung darüber fallen können, daß etwa die Bemühungen des Wirtschaftsministers, die Industrialisierung Bayerns zu fördern, Hochachtung verdienen. Daß sie Folgen gezeitigt haben, wird niemand bestreiten

können. Daß hierfür große Opfer gebracht werden und über den Etat manchmal riskante Unterstüzungen bewilligt werden müssen, wird immer Anlaß zur Kritik bieten, wenn man nicht objektiv ist; man wird dagegen stimmen, weil man in der Opposition ist, andererseits aber, wenn nichts geschehen würde, würde man sagen, die Regierung habe keine Initiative gezeigt. Ich glaube, zwischen diesen zwei Ungeheuern muß eben einfach die Regierung hindurchsteuern und sie muß sich entscheiden. Ich muß sagen, daß ich den Eindruck habe, daß der Herr Wirtschaftsminister zweifellos ein deutscher Minister ist, bei dem niemand, der mit ihm zu tun hat und der seine Ausföhrungen und seine Arbeiten kennt, sich über Mangel an Initiative zu beklagen hat.

Ich darf vielleicht noch auf etwas anderes hinweisen. Mitten in der Rede des Herrn Kollegen Dr. Beck — der Grund hierfür war nicht ganz klar ersichtlich — ist die Unterstüzung des Instituts für Wirtschaftsforschung in München versprochen worden. Ein Wort zu dieser Angelegenheit! Ich darf selbst für mich in Anspruch nehmen, daß ich als ehemaliges Mitglied des Berliner Forschungsinstituts — und eine Reihe der dortigen Herren sind jetzt in München, als Bayern sogar — eine Unterstüzung dieses Instituts immer befürwortet und bei der Staatsregierung volles Verständnis gefunden habe. Es ist, Herr Dr. Beck, nicht möglich und es fördert das süddeutsche Institut nicht, es als das einzige Institut seiner Art hinzustellen. Wir haben heute noch das Nachfolgeinstitut in Berlin unter Dr. Friedensburg, wir haben vergleichsweise, mit anderen Aufgaben betraut, das Kieler Institut; wir haben ein anderes Institut bei der Verwaltung für Wirtschaft, von dem es nicht klar ist, ob es sich in Bonn einmal erneuern wird; wir haben auch ein Institut im Rahmen der Zentralbank. Und alle diese Institute sind durch eine Arbeitsgemeinschaft miteinander verbunden. Ich möchte Ihnen das eine sagen: Mir ist bekannt, daß die Arbeit des süddeutschen Instituts heute führend ist und von allen übrigen und den Auslandsinstituten anerkannt wird. Ich kann feststellen: Die CSU darf es als Pluspunkt buchen, daß die Arbeit dieses Instituts unter Ausschaltung jeder Parteipolitik geleistet wird, und wenn sie jetzt dazu beiträgt, daß das Institut aller Voraussicht nach mit bayerischer und Bundesunterstüzung in München bleiben wird, ohne daß wir irgendwo ein zentrales Institut bekommen, das erst wieder von vorne anfangen müßte, so ist das eine Leistung. Soviel zu diesem Institut, das wir lebhaft unterstützen.

Nun hat Herr Kollege Dr. Beck verschiedene Ausföhrungen gemacht, und zwar in einer Reihenfolge, die ich mir etwas zu ändern erlaube. Vorweg aber sei mir eine Bemerkung gestattet. Er hat von der Kreditpolitik gesprochen und ist dann merkwürdigerweise — ich habe das so auf meinem Zettel stehen — plötzlich auf die passive Handelsbilanz zu sprechen gekommen. Mit den Krediten hat diese wenig zu tun. Ich möchte mich aber damit heute nicht weiter auseinandersetzen.

Nehmen Sie mir es nicht übel: Es ist heute im Bayerischen Landtag über Wirtschaftspolitik eine Rede gehalten worden, als hätte es nie einen Krieg gegeben, als hätte es nie Demontagen gegeben und als wäre niemals eine Katastrophe über Deutschland hereingebrochen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

(Dr. Kroll [CSU])

Eine solche Rede mit derartigen theoretischen Begründungen kann man nur halten, wenn man den Ausgangspunkt nicht mehr in Betracht zieht. Zu erklären, es sei der Regierung unter Erhard nicht gelungen, die passive Handelsbilanz jetzt schon zu liquidieren, ist geradezu lächerlich;

(sehr richtig! bei der CSU)

denn es ist klar, daß wir auf diese zusätzlichen Einfuhren auch über das Jahr 1952 hinaus, d. h. bis über den Ablauf der Marshall-Plan-Jahre hinaus angewiesen bleiben werden, weil, wie Sie doch ganz genau wissen, der Boden für die Eigenernährung jenseits der Oder-Neiße-Linie und jenseits des Eisernen Vorhangs für uns im Augenblick verloren ist und wir daher gegenwärtig eine Wirtschaftspolitik nur auf der Basis der Subventionen betreiben können. Daß dieses Loch allmählich in irgendeiner Form geschlossen werden möge, ist unsere Hoffnung. Doch wäre es notwendig gewesen, die Erfolge in der Steigerung des Exports zu berücksichtigen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Der Herr Wirtschaftsminister kann hier wohl noch genauere Zahlen angeben. Ich habe sie nicht im Kopf, weiß aber, daß ganz erhebliche Erfolge auf diesem Gebiet erzielt wurden. Man sollte daher keine utopische Forderung aufstellen, die geradezu lächerlich ist, sondern sich an die Realitäten halten und sehen, was wirklich erreicht worden ist. Kein Mensch in der ganzen Welt wird heute fordern, daß wir bereits jetzt nach diesen Zerstörungen ohne Zuschüsse auskommen sollen, nachdem die Siegermächte, die nichts verloren haben, wie England und Frankreich, auch nicht in der Lage sind, sich aus Eigenem zu ernähren.

(Sehr gut!)

Es ist also völlig utopisch, diese Dinge so darzustellen, wie Herr Dr. Beck es tat. Infolgedessen müssen wir diese passive Handelsbilanz unter dem Gesichtspunkt ihrer allmählichen Verbesserung, bis zum völligen Verschwinden, betrachten. Jeder weiß, daß es unter den gegebenen Verhältnissen, vor allen Dingen infolge der Absperrung der Weltmärkte, zur Zeit vollkommen unmöglich ist und auch noch 1952 unmöglich sein wird, daß wir uns aus dem Export allein ernähren. Infolgedessen wird dieses Problem ein Problem der hohen Politik bleiben müssen. Wenn die Liberalisierung im Außenhandel vielleicht einmal große Erfolge haben wird, soferne die anderen mitmachen und uns nicht allein lassen und soferne auch Amerika eine größere Einfuhrebereitschaft zeigt und nicht weiter für die Zeit nach 1952 die Forderung der Selbsterhaltung der europäischen Länder aufstellt, werden Fortschritte zu erzielen sein. Ob sie aber hinreichen, um auch nur annähernd eine ausreichende Ernährungs- und Rohstoffbasis zu gewährleisten, ist eine durchaus offene Frage. Im Augenblick müssen wir davon ausgehen, daß wir von diesen Krediten leben, und müssen auch die innerdeutsche Wirtschaft nach diesen Momenten ausrichten. Früher hätte man gesagt, das sei vollkommen ungesund, das könne man nicht tun, das sei eine ständige Neuverschuldung, wobei vielleicht hinzuzufügen ist, daß auch die Gläubiger wissen, wie fragwürdig diese Ver-

schuldung im Grunde genommen ist; denn es sind Subventionen in irgend einer Form, und es ist besser, das Problem einer künftigen Rückzahlung dieser Kredite heute nicht zu diskutieren und diese Posten in der passiven Handelsbilanz zum mindesten etwas einzuklamern.

Ich darf nun aber ein Wort zur Kreditpolitik auch von meiner Seite aus sagen. Zunächst hat Herr Dr. Beck die Forderung aufgestellt, daß diese Kredite nicht planlos sein sollen, und er hat das eigentlich im gleichen Augenblick gesagt, als der Herr Wirtschaftsminister erklärt hatte, daß für alle gegenwärtig zur Verfügung stehenden Kredite Pläne vorhanden sind. Ich hätte erwartet, daß der Nachweis geliefert wird, daß die Pläne des Herrn Wirtschaftsministers und des Bundes planlose Pläne sind.

(Sehr gut!)

Solange dieser Nachweis nicht geliefert wird, kann ich mich nicht dazu entschließen, einfach eine Behauptung gelten zu lassen, die nicht bewiesen ist.

Aber nun zu dem eigentlichen Thema! Zunächst, meine Damen und Herren, unterliegen Sie alle einer großen Verwechslung, wenn Sie für die Kreditpolitik, die wir im Augenblick haben, den Bundeswirtschaftsminister verantwortlich machen. Er mag zu dem Thema der Kreditpolitik eine Meinung haben, wie immer er sie haben will, er hat auf alle Fälle keine Macht, über die Kredite zu entscheiden.

(Sehr richtig!)

Denn erstens einmal hat der ausländische Bankrat auf die Notenbank, und zwar auf die zentrale Notenbank, den entscheidenden Einfluß. Aber das ist nicht das Wichtigste. Diese Bank selbst ist so konstruiert, und zwar nicht zum erstenmal — wir hatten das bereits nach dem ersten Weltkrieg, wiederum auf Anraten des Auslands; vielleicht eine glückliche Lösung, ich will darüber nicht diskutieren —, daß der Wirtschaftsminister nichts zu sagen hat, das heißt die amtliche Politik hat über die Richtlinien der Kreditgewährung überhaupt nicht zu bestimmen, sondern der Zentralbankrat beziehungsweise das Bankpräsidium allein hat, und zwar unter dem obersten Gesichtspunkt des Schutzes der Währung, die Linien der Kreditpolitik festzusetzen. Aber, meine Damen und Herren, ich gehöre zu denen, die seit Jahren leidenschaftlich das Ziel einer Reform unserer gesamten Kreditpolitik auf Grund langjähriger theoretischer Arbeiten unter Übernahme von Arbeiten der angelsächsischen Schule verfolgen. Ich darf Ihnen nur das eine sagen: Mit dem von den Alliierten befohlenen Bankengesetz können Sie die Kreditausweitung überhaupt nicht durchführen.

(Zuruf bei der CSU: Ausgeschlossen!)

Die erste Forderung wäre die Abänderung des Statuts, was nicht in der Hoheit der Deutschen, sondern in der Hoheit der Aufsichtsbehörden, in diesem Fall der Angelsachsen beziehungsweise der Amerikaner, liegen würde. Man scheint sich in letzter Zeit — wenn Sie die Presse verfolgt haben, werden Sie das gemerkt haben — zu einer Lockerung zu entschließen und scheint Empfehlungen zu geben, die eine gewisse großzügigere Handhabung möglich machen.

Ich darf aber Herrn Kollegen Dr. Beck einmal auf einen ganz grundlegenden Faktor der Geldpoli-

(Dr. Kroll [CSU])

ti f hinweisen. Sie vergessen bei all diesen Argumentationen, daß bei den bisherigen Konstruktionen unseres Geldwesens die Aufgabe der Notenbank überhaupt nicht in der Gewährung mittel- und langfristiger Kredite besteht, sondern daß ihr einzig und allein — das ist eine historische Entwicklung, die sehr merkwürdig ist — die Hergabe von kurzfristigen Geldern auf Grund der Dreimonatswechsel zugebilligt wird. Das müßte so- wie so geändert werden. Natürlich kann man manche Manipulationen versuchen, die nicht sehr einfach sind. Aber das Wesentliche ist dies: Es ist heute merkwürdigerweise, obwohl man sich in England und Amerika längst von diesem Grundsatz entfernt hat, alte Praxis, daß zunächst einmal, sofern man nicht eine Schuld- bevorschussung des Staates über Anleihen vor- nimmt — und Anleihen sind uns heute ver- boten, meine Damen und Herren; auch das ist nicht gesagt worden —, solange man also eine solche Bevor- schussung, die nach den Bankgesetzen immer eine krumme Angelegenheit ist, nicht vornimmt, mittel- und langfristige Kredite nicht gewährt werden können, weil erstens die Statuten dagegen sind und zweitens die Vorstellung herrscht: Geld ist niemals, ich möchte sagen, harmlos! Es muß, wenn es ausgegeben wird, sofort zur Notenbank zurückfließen und sich nach Ablauf der drei Monate selbst vernichten; denn sonst besteht die Gefahr einer Inflation. Inflations- furcht und eine gewisse Panikstimmung sind aber in Deutschland nach zwei tatsächlich erfolgten Inflationen durchaus nicht von der Hand zu weisen; das wollen wir auch dem Zentralbankrat durchaus zugestehen. Aber wie ist nun die Situation tatsächlich?

Man hat einen Grundsatz aufgestellt — und das ist kein deutscher Grundsatz, sondern ein internationaler nationalökonomischer Grundsatz —, daß alle mittel- und langfristigen Kredite auf dem Wege des Sparens zu erfolgen haben, daß nur durch Sparkapital an sich mittel- und langfristige Kredite aufgebracht werden dürfen. Diese Spartheorie ist heute noch in allen nationalökonomischen Lehrbüchern der ganzen Welt zu finden. Erst etwa seit dem Jahre 1930 haben wir schüch- terne Ansätze für eine Entwicklung, die darüber hinaus- geht. Ich brauche die Namen nicht zu nennen. Ich habe sie oft genug genannt. Ich könnte noch ein paar hinzu- fügen. Wenn ich die Namen wiederhole und der Herr Wirtschaftsminister in guter Laune ist, dann wirft er sie mir bei unpassender Gelegenheit wieder an den Kopf. Und die Gelegenheit möchte ich ihm jetzt nicht geben. Aber es ist eine Tatsache: Die Vorstellung, daß ich sparen muß, um neue Investitionen vorzunehmen, ist an sich gesund. Professor Erhard, ein alter National- ökonom — vielleicht versteht er nach der Meinung von Herrn Dr. Beck zu viel von Nationalökonomie —, denkt immer an die primitiven Beispiele, die wir aus der Tauschwirtschaft und der einfachen Wirtschaft haben, die ich Ihnen hier noch einmal erläutern darf. Das be- rühmte Beispiel ist das, daß ein Fischerstamm vom Speerfischen zum Nezfischen übergeht. 14 Tage braucht er Zeit, um die Netze zu machen, er muß die Nahrungs- mittel für diese 14 Tage zuvor gespart haben, um die- sen Produktionsumweg einschlagen zu können. Dieser Grundgedanke beherrscht auch die hochmoderne — und ich möchte fast sagen: überproduktive — Volkswirt-

schaft. Darin steckt der Fehler. Die Spartheorie ist rich- tig, wenn die gesamte Kapazität der Volks- wirtschaft ausgenutzt ist. Sie können bei der vollen Ausnutzung der Wirtschaft nur durch Sparen neues Kapital bilden, weil Sie sonst Inflation treiben und die Preise erhöhen. Nun setzt die moderne Kaufkraft- theorie ein und sagt: Wir akzeptieren natürlich, wie jeder vernünftige Mensch, den Vorgang von Sparen und Kapitalbildung; wenn aber in der modernen Pro- duktivität der Wirtschaft, die wir so furchtbar leicht unterschätzen, ein Zustand eintritt, daß die Wirtschaft mehr produzieren könnte, als sie effektiv produziert, und wenn die Kombination der drei großen Produ- ktionsfaktoren: Arbeit, Rohstoffe und Industriekapazität möglich wäre, dann versagt die Spartheorie. Und zwar aus welchem Grunde?

(Dr. Beck: Was habe ich denn anders ausgeführt?)

— Lassen Sie mich es so ausführen, wie ich es für richtig halte; ich habe nichts dagegen, daß Sie es anders ausführten.

(Dr. Beck: Was habe ich denn anders ausgeführt?)

— Ich wollte nur den Dingen ein wenig auf den Grund gehen. Ich habe bei Ihnen die Fundierung der Dinge vermisst. Das waren zwar hingeworfene Thesen, aber ich habe den Eindruck, daß sie das Haus nicht begreift. Sie haben auch die Gefahren, die in einer an sich erfolgreichen Kreditschöpfung liegen, nicht auf- gezeigt. Es ist wie bei jeder Medizin. Wenn Sie eine Medizin verwenden, ohne genau zu wissen, wieweit Sie gehen können, besteht die Gefahr, daß der Patient stirbt. Vor dieser Gefahr möchte ich warnen. Darum versuche ich, die Dinge genau zu umreißen. Der Witz ist nämlich folgender: Wenn man in einer solchen Wirt- schaft, die wirklich über die drei Produktionsfaktoren verfügt, einen mittel- oder langfristigen Kredit schafft, wobei man erst wieder das Notenbankstatut ändern muß, dann ist es möglich, und zwar sogar sehr gut möglich, die Wirtschaft in eine Art Vollbeschäftigung zu bringen, das heißt immer abgestimmt auf die übrigen Produktionsfaktoren. Sie müssen aber vor- handen sein. Die Engpässe, die eintreten, sind die Brems- sen, welche die Preise in die Höhe jagen. Da muß man vorsichtig sein und muß die Kreditschöpfung sofort wie- der drosseln. Man kann sie nicht einfachhin gebrauchen. Solange diese drei Faktoren da sind — ich bin auch der Meinung, daß sie vorhanden sind —, kann man eine Kreditausweitung vornehmen, unter der Voraus- setzung, daß die Unternehmerschaft sich entsprechend diszipliniert verhält und nicht Konjunkturgewinne durch eine spekulative Preiserhöhung vorwegnehmen will. Das könnte sofort das Symptom für ein Abstoppen dieser Kredite sein, ohne daß Vollbeschäftigung erzielt würde. Es ist ein sehr diffiziles Mittel. Bankiers haben gesagt, man mache Kreditschöpfung am besten hinter einem seidnen Vorhang, weil das Volk doch falsch reagiere. Ich möchte mich dem nicht unbedingt an- schließen, aber ich möchte sagen: Nur der Fachmann, und zwar nur derjenige, der diese Theorien und die in der Praxis gemachten Beobachtungen genau kennt, wird in der Lage sein, dieses Mittel anzuwenden.

Sie haben heute über die Parteien hinaus und durch die Parteien hindurch grundsätzlich noch die Gruppen der alten und der modernen Kreditsschule. Das hat mit den Parteien überhaupt nichts zu tun, am wenigsten hat es mit Sozialismus etwas zu tun. Nun

(Dr. Kroll [CSU])

komme ich nämlich gleich auf das Entscheidende. Nichts wäre törichter, als zu behaupten, daß eine derartige Krediterschöpfung etwas mit der Planwirtschaft zu tun habe.

(Sehr richtig!)

Das ist eine vollkommen verfehlte Behauptung, und zwar aus dem sehr einfachen Grund: Sie können sagen, derartige Kredite sollen planvoll eingesetzt werden. Nun, ich habe den Eindruck, daß der Herr Wirtschaftsminister sehr genau weiß, wohin er seine Kredite gibt, nämlich nicht so, daß die Nachfrage primär in die Engpaßindustrie fließt, die wir vielleicht haben wie Textilindustrie usw., sondern so, daß überschüssige Kapazitäten zunächst aufgebraucht werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Bei den Sekundärwirkungen, das heißt bei den Wirkungen, die über die ausgezahlten Löhne sich auf dem Konsumgütermarkt bemerkbar machen, haben Sie ohnedies überhaupt keine Möglichkeit mehr, etwas zu planen, wenn Sie nicht die ganze Wirtschaft in die Zwangsjacke der Bewirtschaftung stecken wollen; und das wollen wir unter keinen Umständen, das ist völlig überflüssig. Der Witz bei einer derartigen Kreditausweitung ist nämlich der, daß die Nachfrage, die diese zusätzlichen Kredite anreizt und hervorruft, bereits gedeckt sein muß durch die latent vorhandenen drei Produktionsfaktoren, die es nun gilt, in einen Arbeitsprozeß zusammenzuführen, damit der entsprechende Gegenwert an Gütern sofort bereitgestellt werden kann. Warum man nun eine Planwirtschaft aufbauen will, ist mir völlig unerfindlich. Herr Dr. Beck, Sie sind uns auch die Spur eines Beweises schuldig geblieben, daß derartige Kredite anders wirken als sonstige Kredite in der Wirtschaft und warum gerade diese eine Planwirtschaft notwendig machen. Ich habe jeden Gedanken in dieser Richtung vermißt und nur die Behauptung vernommen, die ich nachdrücklich zurückweisen muß.

Zur Frage, was sonst noch geschehen kann, möchte ich folgendes sagen: Wenn wir erreichen könnten, daß wir die Kapazität der deutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung der vorhandenen Engpässe voll ausnutzen, dann schätzt das hier auf der Zuhörertribüne vertretene Institut für Wirtschaftsforschung die Kapazität, die vielleicht noch zusätzlich ausgeschöpft werden kann, für das Jahr 1950 unter Außerachtlassung der Mittel des Sparkapitals und des Counterpart Funds auf etwa 5 Milliarden DM. Ich erinnere mich, daß der Wagemann-Plan des Jahres 1932 6 Milliarden vorsah. Ich könnte mir denken, daß es heute weniger, vielleicht nur 3 oder 4 Milliarden wären. Sehr wohl können es aber auch 5 Milliarden sein. Sie sind aber in jedem Falle, gemessen an den in der Wirtschaft auflommenden Krediten, eine enorme Summe, die nun auch tatsächlich bereitgestellt werden müßte. Die Schwierigkeiten, die der Erreichung dieses Zieles entgegenstehen, sind enorm, weil eben nicht nur alte Vorstellungen überwunden werden, sondern weil sich auch die Amerikaner zu einer Änderung des Bankstatuts entschließen müssen. Aber vorausgesetzt, daß es möglich wäre, würde tatsächlich ein großer Teil der Arbeitslosen produktiv eingesetzt werden können; der Wohnungsbau könnte gefördert werden, das Seeschiffsfahrtsprogramm und die anderen

Programme könnten wenigstens zum Teil anlaufen, immer nach Maßgabe der verfügbaren Mittel. Vor allen Dingen könnte man eine Umsiedlung der strukturell Arbeitslosen in die Wege leiten. Das Allerwichtigste wäre der Wohnungsbau für diese Arbeitslosen an Plätzen, wo sie durch Vollaussnutzung der Kapazität beschäftigt werden könnten.

Hier muß ich es auch ausdrücklich sagen: Ich darf auch im Namen meiner Fraktion den Wunsch aussprechen, daß der Herr Wirtschaftsminister, der diesen Auffassungen, wie ich aus bester persönlicher Unterrichtung weiß, sehr aufgeschlossen gegenübersteht, vielleicht gerade, weil er der Theorie gegenüber etwas unbefangener ist als mancher von uns, sich diese Auffassung nach Möglichkeit zu eigen machen möge. Denn der Kampf um die Kredite oder um die richtige Kreditpolitik wird in der Zukunft zweifellos mit noch größerer Erbitterung ausgetragen werden als bisher.

Ich darf zum Abschluß noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Die orthodoxe Geld- und Kreditpolitik hat tatsächlich wesentlich zum Zusammenbruch des Weimarer Systems beigetragen. Die nichtorthodoxe Geldpolitik, die heute die Vollbeschäftigung der Amerikaner finanziert, ermöglicht allein auch die Finanzierung des Marshall-Plans. Mit einer orthodoxen Geld- und Kreditpolitik der Amerikaner hätten wir vermutlich nicht einen Dollar für den Marshall-Plan zur Verfügung. Wir müssen uns also diese Dinge sehr wohl zu eigen machen und sie sorgfältig studieren, müssen aber auch die Schwierigkeiten erkennen, die nicht ausschließlich bei deutschen Stellen liegen, sondern die ganz wesentlich im Statut der Landeszentralbank und der Zentralnotenbank und in der bisherigen Handhabung der amerikanischen Politik zu suchen sind: Keine Staatsdefizite, keine Staatsverschuldung, keinen außerordentlichen Etat, so daß jede Maßnahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge im Wege der zusätzlichen Finanzierung durch Kredite unmöglich gemacht wird!

Zusammenfassend darf ich noch sagen: Ich glaube, die Vorwürfe, daß die Regierung eine planlose Politik betreibt, zurückgewiesen zu haben. Sie ist an sich in einer sehr klaren Linie, die keineswegs Planungsmaßnahmen ausschließt, vielmehr gerade auf dem allerwichtigsten Gebiet der Kreditpolitik derartige Maßnahmen einschließt. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das heißt die Ausschöpfung der vorhandenen Kapazitäten bleibt eine dringende Aufgabe, die mit allem Nachdruck betrieben werden muß. Sich aber die Beseitigung aller wirtschaftlichen Nöte davon zu erhoffen, wäre eine Utopie. 1929 war die Situation anders, als sie 1950 ist. Heute müssen wir froh sein, wenn wir eine Milderung durch eine derartige Politik in diesem Sektor erfahren. Wir müssen uns bewußt bleiben, daß wir an sich im Augenblick Subsidienempfänger des reichen Amerikas sind und von seiner Gnade leben. Dessen eingedenk müssen wir alle Anstrengungen machen, um den Export zu fördern. Es wäre aber töricht, es so hinzustellen, als läge es nur an uns, wenn wir uns im Jahre 1952 vielleicht nicht aus eigener Kraft ernähren könnten. Wir müssen doch nachdrücklich darauf hinweisen: Wie immer auch die Verhältnisse liegen und was geschehen ist, für die Grenzziehung, die wir jetzt haben, für die Ausstattung mit Wirtschaftsgütern, die

(Dr. Kroll [CSU])

wir heute haben, können wir unmöglich allein die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei der CSU und FDP.)

Präsident: Es sind noch fünf Redner gemeldet. Ich hatte ursprünglich die Absicht, bis 19 Uhr durchzutagen und vielleicht heute noch den Haushalt des Staatsministeriums für Wirtschaft zu erledigen. Es scheint mir das aber nicht möglich zu sein. Auf der anderen Seite sehen wir uns aber vor die Notwendigkeit gestellt, unter Umständen ohne den Herrn Wirtschaftsminister verhandeln zu müssen; denn der Herr Staatsminister für Wirtschaft muß in dringenden Angelegenheiten, die morgen in Bonn behandelt werden, noch heute abend abreisen. Infolgedessen entsteht eine schwierige Situation.

(Zuruf: Es ist doch der Herr Staatssekretär da!)

— Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. C h a r d.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich halte es grundsätzlich nicht für richtig und auch nicht für der Würde des Hauses angemessen, wenn bei Haushaltsberatungen der zuständige Minister nicht selbst anwesend ist. Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, Ihnen folgende Bitte vorzutragen. Der Herr Wirtschaftsminister muß morgen absolut persönlich in Bonn sein und daher heute spätestens mit dem Nachtschnellzug wegfahren. Es handelt sich um Beratungen, an denen wir nicht nur von Bayern her besonders beteiligt sind, sondern die weit darüber hinaus Bedeutung besitzen, da sie mit dem Arbeitslosenproblem und sonstigen Fragen zusammenhängen, gleichzeitig aber auch notwendig sind, um unsere weiteren Arbeiten zu fördern.

Ich würde also darum bitten, daß das hohe Haus Nachsicht übt, wenn der Herr Wirtschaftsminister morgen nicht anwesend ist. Der Herr Staatssekretär wird da sein und auch ich werde anwesend sein, wenn ich auch allerdings vorübergehend weg muß.

Ich möchte ferner die Bitte aussprechen, irgendwelche konkrete Fragen, die vom Minister selbst beantwortet werden sollen, jetzt noch zu stellen; vielleicht ließe sich das vorwegnehmen. Außerdem ist ja auch die Möglichkeit gegeben, sie morgen auszusprechen oder sie mir oder dem Herrn Staatssekretär zu übergeben. Wenn es gewünscht wird, daß der Minister sie später beantwortet, läßt sich das ja wohl auch bei einer anderen Gelegenheit nachholen.

Mir liegt nur daran, Sie um Verständnis dafür zu bitten, daß es dringend notwendig ist, daß der Minister morgen persönlich in Bonn weilt; ich würde das sonst nicht selbst aussprechen. Ich bitte deshalb um entschuldigende Nachsicht.

(Stoß: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Stoß!

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Ich sehe es ohne weiteres ein, daß der Staatsminister für Wirtschaft bei den wichtigen Wirtschaftsberatungen in Bonn anwesend sein muß. Der Herr Ministerpräsident hat

uns erklärt, daß es sich um eine unaufschiebbare Reise handelt, weil in Bonn wichtige Verhandlungen stattfinden.

Vielleicht darf ich mir den Vorschlag erlauben, daß wir die Beratungen über den Wirtschaftsetat so lange abbrechen, bis der Herr Staatsminister für Wirtschaft wieder anwesend ist. Wir haben ja auch ohne den Wirtschaftsetat noch eine enorme Tagesordnung zu erledigen. Ich glaube, daß das das Beste ist. Ich befürchte, daß andernfalls doch Fragen gestellt werden, die nur vom Herrn Wirtschaftsminister beantwortet werden können, und daß wir dann den Etat des Wirtschaftsministeriums noch einmal beraten müssen. Der Ältestenrat hat ohnehin beschlossen, daß auch nächste Woche Plenarsitzungen stattfinden sollen. Ich glaube daher, daß wir in der nächsten Woche am Mittwoch früh mit der Weiterberatung des Wirtschaftsetats beginnen können. Damit wäre dem Herrn Wirtschaftsminister und auch dem Plenum des Landtags gedient. Das ist meine unmaßgebliche Meinung dazu.

Präsident: Ich darf nur darauf hinweisen, daß dann die Beratung des Wirtschaftshaushalts in drei Abschnitte zerstückelt würde.

(Stoß: Das ist beim Kultusetat auch der Fall.)

Ich frage das Haus, ob heute abend noch irgendwelche Wünsche speziell dem Herrn Wirtschaftsminister gegenüber geäußert werden wollen. — Das ist nicht der Fall.

Ich würde dann vorschlagen, daß wir morgen die Beratung des Wirtschaftshaushalts fortsetzen und der Herr Staatssekretär Geiger dabei die Vertretung des Herrn Wirtschaftsministers übernimmt.

(Dr. Beck: Wir sind damit einverstanden. —

Bezold Otto: Einverstanden! — Dr. Hundhammer: Unser Wunsch ist es ebenfalls. — Stoß: Wenn der Herr Staatsminister damit einverstanden ist, haben wir nichts dagegen. — Staatsminister Dr. Seidel: Die Beratung kann ja jederzeit abgebrochen werden.)

Ich erachte es nur als wenig schön, wenn die Beratungen durch Unterbrechungen in drei verschiedene Abschnitte zerschnitten werden.

Ich darf also feststellen: Es ist der Wille des Hauses, daß morgen die Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums fortgesetzt wird und die übrigen Gegenstände der Tagesordnung morgen ebenfalls zur Erörterung stehen.

(Dr. Hundhammer: Jawohl. — Stoß: Auch einverstanden!)

— Es erhebt sich kein Widerspruch, nachdem auch der Herr Kollege Stoß seine Einwände zurückgezogen hat.

Ich stelle somit fest, daß morgen vormittag um 9 Uhr die nächste, und zwar die 143. Sitzung des Landtags stattfindet. Ich bitte, pünktlich anwesend zu sein. Die Gegenstände der Tagesordnung stehen fest.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 18 Minuten.)